

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit beifolgender Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die hochgehaltene Anzeigen- und Berichterstattung 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zulässig 2 gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Gründet 1898.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 1. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Rumänien, der „ehrliche“ Makler.

Bukarest, im Juli 1913.

Frägt man nach den Ursachen des rumänischen Eingreifens in den Balkankonflikt, so erscheint das dürftige Mäntelchen der „Gleichgewichtstheorie“ zu durchsichtig, um die Blöße des erbärmlichen Wechselbalges von Sabajier, Reid und Größenwahn, der an der Wiege des Raubzuges unserer Oligarchie stand, zu verdecken. — Denn nichts rechtfertigt den Schritt Rumäniens gegen Bulgarien. Unter Land befand sich seit seiner Befreiung von der türkischen Herrschaft im Jahre 1877 bis heute in den besten freundschaftlichen Beziehungen zu Bulgarien. Das von Rumänien beanspruchte Gebiet ist rein bulgarisch und die paar Hundert Rumänen, die in diesem Grenzgebiet wohnen und keinerlei Unterdrückungen seitens der Bulgaren unterworfen waren, genügen auch nicht, um eine kriegerische Aktion zu rechtfertigen. — Um aber den Wert des Motivs einer strategischen Grenzregulierung, das nämlich die Festlegung einer — natürlichen Grenze gegen Bulgarien für Rumänien angeblich eine Lebensfrage bedeute, richtig zu schätzen, genügt es festzustellen, daß Rumänien diese „natürliche“ Grenze bis zur Linie Turtulaja-Dobritsch-Balkisch längst überschritten hat und auch gar nicht gewillt ist, dieses jenseits der „natürlichen“ Grenze liegende Gebiet zu räumen. Die schlaue Diplomatie Rumäniens ist offenbar bestrebt, schon jetzt den Vorwand für einen späteren „Grenzregulierungs“ Konflikt zu schaffen!

Man kann von einer gewissen feindlichen Gesinnung unseres Volkes gegen Rumänien sprechen, das uns im Jahre 1878, zum Dank für die militärische Hilfe gegen die Türken, das fruchtbare Bessarabien mit 2 Millionen Einwohnern stahl, auch von einer Feindschaft gegen die österreichisch-ungarische Monarchie wegen der Unterdrückung der in Siebenbürgen lebenden 3 Millionen Rumänen durch die Magyaren. Wer aber mit den rumänischen Verhältnissen einigermaßen vertraut ist, weiß, daß das rumänische Volk nichts weniger als bulgarenfeindlich ist. Es ist daher ein Rätsel, wie die Bulgaren über Nacht zum Erbfeind der Rumänen geworden sind. Jedenfalls hat es die rumänische Regierung dekretiert und durch das Sprachrohr der ausländischen bürgerlichen Presse ganz Europa glaubhaft zu machen versucht. Dies ist aber eine starke Vergeßlichkeit der Tatsachen, der aufs energischste entgegengetreten werden muß.

Was die ausländische Presse seit der Mobilmachung Rumäniens in langen Spalten über eine Begeisterung des rumänischen Volkes zu berichten wußte, beruht entweder auf mangelhafter Information oder es ist als bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung Europas zu bezeichnen. Es wurden von diesen Zeitungen und insbesondere vom „Berliner Tageblatt“ wahre Potemkinsche Dörfer über die psychologische Verfassung des rumänischen Bauern und Wundermärchen über sein Kriegseldelirium erzählt, ja der Bukarester Korrespondent des „V. L.“ hat seinen aläbischen Lesern sogar im vollen Ernst berichtet, daß die Kriegsbegierde des rumänischen Volkes keine Stimmungsfrage, sondern sehr echt sei und versichert, daß jeder rumänische Bauer ein selbst- und zielbewußter Politiker sei, der weiß, was er will! Und in einer der jüngsten Abendausgaben derselben Zeitung titelt uns der rumänische Abgeordnete des österreichisch-ungarischen Reichsrats, Herr Christevici, in einem Leitartikel wahre Hintertreppengeschichten über die Ursachen des angeblichen Hasses des rumänischen Volkes gegen die Bulgaren auf.

Aber wer weiß denn nicht, daß Rumänien das klassische Land des Analphabetismus ist, daß dank der „Fürsorge“ seiner Regierungen mehr als 80 Proz. der Landbevölkerung weder lesen noch schreiben kann, daß ferner der rumänische Bauer das ausgebeutete, unterdrückte und unwillendste Wesen der Welt, ja in allen Hinsichten noch ein wahrer Söriger ist, der dank einem elenden, indirekten Dreiklassenwahlrecht vom politischen Leben seines Landes ganz ausgeschlossen ist! Schreibt doch einer der besten Kenner der rumänischen Agrarfrage, Herr Vasile Rosalniceanu, in einem bemerkenswerten Aufsatz, der vor zwei Jahren in dem vom Prof. W. Sombart herausgegebenen „Archiv für Sozialwissenschaft und Politik“ veröffentlicht wurde, folgendes: „Die Unwissenheit der Bauern spiegelt sich in ihrem Rationalbewußtsein und in ihrer Vorstellung vom Vaterlande wieder, von dem der rumänische Bauer nur einen sehr vagen Begriff hat; er gebraucht das Wort Vaterland nicht; sein geistiger Horizont ragt nicht über den Dorfzirkel hinaus. Was politische Ideen anbelangt, so existieren diese Begriffe für den Bauern überhaupt nicht. Gaben doch die Regierungen schon in genügendem Maße dafür Sorge getragen, um das Eindringen solcher Begriffe auf dem platten Lande zu verhindern.“

Was aber die oberflächlichen Wahrnehmungen der fremden Kriegskorrespondenten für eine echte Kriegsbegierde gegen die Bulgaren halten, ist nichts als der jahrhundertelange aufgeregte Stimm, dumpfe Sätze dieses unterjochten und beleidigten Volkes gegen seine Unterdrücker, die besitzenden Klassen, dem diese letzteren in dem Kampfe gegen Bulgarien ein ablenkendes Ziel gesetzt haben.

Der Bulgare soll der Blitzauslöser für das Volksgetöse sein, das in unserem Lande alle zehn Jahre periodisch wiederkehrt und eigentlich der rumänischen Oligarchie gilt. In der Seele des rumänischen Bauern regt sich der dunkle Haß gegen seine Unterdrücker, der periodisch mit gewaltiger Urkraft explodiert, sich aber keine Ziele setzt und deshalb abgelenkt und mißbraucht werden kann. Der rumänische Bauer läßt sich in seinem stumpfen Fatalismus wie in seiner stupiden Vertrauensseligkeit heute ebenso willenlos gegen die Bulgaren lenken, wie er sich gestern gegen die jüdische Bevölkerung heben ließ, und wie er sich morgen vielleicht gegen Russen oder Oesterreicher führen lassen wird.

Und wenn von der rumänischen Regierung durch die ausländischen Zeitungen die Gutmütigkeit und die Gastfreundschaft des rumänischen Bauern gegen die Grenzboten der bulgarischen Soldaten ausgespielt wird, so sei demgegenüber zwar zugegeben, daß die Gutmütigkeit und Gastfreundschaft unseres Bauern in Friedenszeiten tatsächlich ans Grenzenlose reicht, es sei aber gleichzeitig aus hervorzuheben, daß, wenn die Kriegsurie einmal entfesselt ist, sein Haß sich in ebensolchen grenzenlosen Grausamkeiten Luft machen wird, und daß aus dem harmlosen rumänischen Bauer, durch die Aufstachelung seiner schlummernden Racheinstinkte durch einen Krieg eine wahre Bestie wird. Eine kleine Kostprobe davon hat uns der rumänische Bauer anlässlich der Agrarunruhen bereits geliefert und man kann bei dieser Gelegenheit nur über den Jovismus der rumänischen Oligarchie staunen, die jetzt denselben Bauern wegen seiner Tugenden in den Himmel hebt, den sie vor kaum sechs Jahren eine rohe Bestie schalt, die auf derselben Stufe wie die Negers Afrikas stehe, und der gegenüber nur die Sprache der Kanonen geführt werden könne. Tatsächlich haben unsere Herrschenden damals nicht weniger als 11 000 Bauern mit Frauen und Kindern durch Kanonen und Maschinengewehre zusammenschreien lassen.

Das Gelagte genügt, um zu sehen, wie es um die große patriotische Begeisterung für den Krieg gegen Bulgarien bestellt war. Und tatsächlich befanden sich schon sogar vereinzelte offizielle Stimmen ein Nachlassen dieser Begeisterung.

Eine sehr umfangreiche Mobilisierung entzieht der Landwirtschaft, dem Handel und dem Gewerbe alle männlichen Arbeitskräfte; alle wirtschaftliche Tätigkeit ist lahmgelegt, die gesamten Landarbeiten werden nur von Kindern, Frauen und Greisen verrichtet, die einem „patriotischen“ Erlaß der Regierung zufolge, gezwungen sind, auch die notwendigen Arbeiten auf den Grundstücken der durch die Mobilisierung ihrer Arbeitskräfte beraubten Großgrundbesitzer und Großpächter unentgeltlich zu verrichten. — Welch unerhoffentliche Quelle von Willkür sich für die rumänische Bürokratie und welches Maß von neuem Elend sich für die zurückgebliebene ländliche Bevölkerung aus dieser Verfügung ergibt, ist nur verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in normalen Zeiten die Bauern zur Erfüllung ihrer überaus drückenden Arbeitsverpflichtungen auf den großen Latifundien durch den rohen Gendarm und mit der Peitsche getrieben werden. In dessen die Penur sorgt dafür, daß nichts über dieses Elend in die Öffentlichkeit dringt, so daß nach den offiziellen Berichten die größte Zufriedenheit in dem Lande herrscht.

Noch einige Worte über die Lage der Juden Rumäniens. Bekanntlich sind die rumänischen Juden keine rumänischen Staatsbürger, sie gelten nach den Bestimmungen der Landesgesetze und noch mehr durch die Praxis der Verwaltungsbehörden als „Fremde, die keinem fremden Staate angehören“. Somit sind die einheimischen Juden Rumäniens vollständig recht- und schutzlos, gänzlich vogelfrei, haben weder aktives noch passives Wahlrecht, keinen Zutritt zu den öffentlichen Ämtern, kein Bohn- und Grundenerwerbssrecht auf dem Lande, keinen Zutritt zur Advokatur. Sie sind in der Schule, in der Armee, im Handel, in Industrie und Gewerbe als Arbeitgeber oder Arbeiter durch eine unerlöschliche Fülle schändlicher gesetzlicher Maßnahmen auf Schritt und Tritt beschränkt und bedrängt, und können jederzeit nach Willkür als „lästige Ausländer“ aus ihrem Heimatlande ausgewiesen werden. Obwohl die Pflicht zum Militärdienst nach staatsrechtlichen Begriffen untrennbar mit den staatsbürgerlichen Rechten verbunden ist, und obwohl Rumänien durch den Berliner Vertrag von 1878 verpflichtet wurde, die rumänischen Juden zu naturalisieren, so haben es bisher die rumänischen Regierungen verstanden, ihren Verpflichtungen systematisch auszuweichen. So kann man den Anführer der bulgarischen Juden verstehen, als sie von einer Abtretung Silistrias an Rumänien hörten, denn das bedeutete für sie die Herabsetzung von vollwertigen Staatsbürgern zu minderwertigen, rechtlosen, gedächten Kreaturen.

Die Regelung der Rechtslage der Juden ist keine innere Angelegenheit Rumäniens, vielmehr ist sie eine völkerrechtliche Frage und wurde auch durch die Signatarmächte des Berliner Vertrages von 1878 als eine solche behandelt. Heute, wo nicht nur das bedrängte Bulgarien, sondern auch die übrigen Balkanländer und besonders auch Rumänien, das sich zur Unterstützung seiner Ansprüche auf den erwähnten Berliner Vertrag beruft, Europas Mitwirkung anrufen, ist es ein zwingendes Gebot der Gerechtigkeit, daß Rumänien gegen die Anerkennung der Annektierung des in so billiger und bequemer Weise „eroberten“ bulgarischen Gebietes gehalten wird, nicht nur den in dem annektierten Ge-

biete wohnenden Juden, sondern auch den einheimischen, und zwar nicht nur den jetzt mobilisierten, sondern allen rumänischen Juden ohne Ausnahme die volle Gleichberechtigung mit ihren christlichen Vaterlandsgenossen zu verleihen. Nur so wird endlich einem mittelalterlichen Zustand ein Ende gemacht werden, der eine europäische Schande bildet.

Jede andere Art der Lösung der Judenfrage in Rumänien in dem angedeuteten Sinne wird bis auf weiteres an folgenden zwei Faktoren scheitern: erstens an den hartnäckigen Antijudaismus der rumänischen Oligarchie, die nie aus freien Stücken diesen Schritt machen wird, jedoch aber an der würdelosen Haltung der maßgebenden jüdischen Kreise ihrem bittersten Feinde gegenüber. Der erstere ist genügend bekannt, was aber der letztere an hundertprozentiger Besinnung und an byzantinischer Begeisterung für den jehizigen Krieg zur Schau gebracht hat, überbietet noch den blinden Chauvinismus und den wilden Rassenhaß der tollwütigen ebraumänischen Bulgarenfresser. Was aber die jüdische Bevölkerung nach Beendigung des „Feldzugs“ von der Regierung zu erwarten hat, zeigt uns am besten folgende Äußerung des Finanzministers Marabiloman, der jüngst in einer Senatsdebatte interpelliert, ob die Regierung in Anerkennung der patriotischen Haltung der Juden entschlossen sei, dieselben en masse zu naturalisieren, antwortete: „Angesichts der Tatsache, daß bis jetzt auch schon zahlreiche Einzelnaturalisierungen von Juden vorgenommen wurden, erachtet es die Regierung für nicht notwendig, eine verbindliche Zusage in dieser Frage abzugeben!“

Der einzige reale Erfolg, den die rumänische Regierung aus ihrem abenteuerlichen Raubzuge erzielt hat, ist, daß sie die paar Kilometer bulgarischen Landes um den teuren Preis der Freundschaft des bulgarischen Volkes erlitten hat. Wenn wir bis jetzt keinen Feind an der jüdischen Grenze hatten, so hat ihn uns nunmehr unsere Regierung geschenkt. Bei den großen schmerzlichen Opfern an Menschen und Land und bei der Demütigung, die Bulgarien infolge dieses zweiten Krieges zu verzeichnen haben wird, wird es den Verlust des an Rumänien abgetretenen Landstriches wohl nie verschmerzen können. Dieser „eroberte“ Landbesitz wird für unsere Beziehungen zu Bulgarien dieselben Folgen haben wie Elsaß-Lothringen für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Die Bulgaren werden den Revanchegedanken aus ihren Herzen nie ausreiben können. Die früheren freien bulgarischen Bauern werden nunmehr die eiserne Faust des rumänischen Gendarmen und der rumänischen Bürokraten zu fühlen bekommen. Der rumänische Bauer wird zu seinem Elend heimkehren, seinen Siegesrod abwerfen und seinen alltäglichen harten Frondienst auf den Landgütern der rumänischen Bojaren, Diplomaten und Militärführer — denen auch das von ihm besetzte bulgarische Gebiet nunmehr angehört — wieder aufnehmen. Er wird Gelegenheit haben, hinter seinem Pflug seinen Siegesrausch schnell auszutrammen, indem er sich den Kopf darüber zerbricht, was er demnächst wieder verkaufen soll, um die neuen Steuern für die Deckung der Kriegskosten und der neuen Rüstungen zu bezahlen, die zur Sicherung des „eroberten“ Gebietes notwendig sind. Die rumänische Oligarchie mag sich mit dem Erfolg ihrer schlaun Diplomatie brüsten, die „ruhmreiche“ Armeeleitung kann auf den papierernen Lorbeeren ihres glänzenden Overtrennszuges ausruhen, denn einzig und allein der Chauvinismus, der Fremdenhaß, der militaristische Imperialismus und die politische Reaktion werden aus diesem Kriegsrummel gestärkt hervorgehen.

Die Bukarester Friedenskonferenz.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Athen, 31. Juli. Wie das Ministerium des Äußern mitteilt, haben die militärischen Delegierten in Bukarest für die Einstellung der Feindseligkeiten einstimmig Bedingungen beschlossen, in denen es heißt: Die Demarkationslinie, die durch weiße Fahnen gekennzeichnet wird, wird in gleicher Entfernung von den am 31. Juli mittags von den gegenseitigen Vorgesetzten besetzten Linien festgelegt. Der Waffenstillstand beginnt am 31. Juli mittags 12 Uhr und dauert fünf Tage. Die Kriegführenden werden sich die getroffenen Bestimmungen gegenseitig mitteilen, damit auf allen Fronten die Feindseligkeiten gleichzeitig aufhören. Die Hauptquartiere werden dringend benachrichtigt werden, um die notwendigen Befehle erteilen zu können.

Besprechungen.

Bukarest, 31. Juli. Gestern abend fanden zwischen dem bulgarischen Delegierten Tonischew und dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos einerseits und Tonischew und dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch andererseits Unterredungen statt. In den der Konferenz vorangegangenen Beratungen schlugen die Bulgaren vor, daß rumänische Offiziere die Einhaltung der Bedingungen für die Waffenruhe überwachen sollten, was jedoch nicht angenommen wurde. Bei den Besprechungen gaben alle Teile gegenseitig die Versicherung ab, daß sie mögliche Verschönlung walten lassen wollten. In einer langen Besprechung zwischen Tonischew und Venizelos kam die Frage der Ju-

wendung Kavalas zur Sprache. Von rumänischer Seite ist man bemüht, die Verständigung unter den Kriegführenden möglichst zu fördern. Deshalb wurden die Sitzungen auf den Nachmittag verlegt, damit die Delegierten genügend Zeit zu Sonderverhandlungen haben.

Die Serben vor Widdin.

Belgrad, 31. Juli. (Meldung des Pressebureaus.) Die serbischen Einschließungslinien haben sich der Festung Widdin bis auf 2 Kilometer genähert. Die Serben haben Novo Selo, ganz dicht bei Widdin eingenommen. Dicht an der alten Grenze im Angesichte von Vlasina versuchten die Bulgaren in einer letzten Anstrengung drei Stürme auf dem rechten Flügel. Der Feind wurde zurückgewiesen und erlitt beträchtliche Verluste. Die bulgarische Armee ist vollständig erschöpft durch die letzten Anstrengungen und steht vor der völligen Auflösung.

Enver Bei in Adrianopel.

Konstantinopel, 31. Juli. Enver Bei telegraphiert aus Adrianopel, er würde sich weigern, mit seinen Truppen wieder aus Adrianopel abzugehen, selbst wenn dadurch das Kabinett gestürzt werden sollte. Auch der Minister des Innern, Talaat, erklärte, die Türkei werde nicht aus Adrianopel weichen.

England und die Türkei.

London, 31. Juli. Unterhaus. Ronald Macneill fragte Staatssekretär Grey, ob mit Rücksicht auf den Zusammenbruch des Balkanbundes, die Verletzung des Bündnisvertrages und der eingegangenen Verpflichtungen von Seiten Serbiens und Griechenlands, die von den Bulgaren verübten Grausamkeiten und die bewaffnete Intervention Rumäniens irgendeine Bestimmung des Völkerrechts bestünde, um die Türkei zu verhindern, den Londoner Vertrag anzulandigen und Schritte zu ergreifen, um ihre Herrschaft über Adrianopel und Thrazien wiederherzustellen. Grey erwiderte, es sei ihm keine Bestimmung des Völkerrechts bekannt, welche anwendbar wäre. Die Frage erscheine ihm eine Frage der Ethik, der politischen Tugendhaftigkeit und des Eigeninteresses zu sein. Macneill fragte weiter, ob außer dem unerwarteten Erfolg der bulgarischen und serbischen Waffen irgendein Grund bei Ausbruch des Krieges bestanden habe, die Erklärungen der Mächte bei Ausbruch des Krieges unzulässig, und ob im Hinblick auf den Misserfolg der Verbündeten bei Behauptung ihrer Eroberungen auf türkischem Gebiet Grey die Versicherung geben würde, daß die britische Regierung es ablehnen werde, sich einer Zwangspolitik gegen die Türken anzuschließen, die den Zweck habe, die Türken an einer Wiedererlangung des Verlorenen zu hindern.

Grey antwortete: Die beste allgemeine Antwort ist die, daß die Mächte es nicht für wünschenswert halten, unter Anwendung von Zwangsmitteln zu intervenieren, um ihre ursprünglichen Anschauungen zu behaupten. Aber ich muß diese Erklärung ergänzen, indem ich sage, daß die Mächte bezüglich der Agassischen Inseln und Albanien fortfahren, auf ihrer Entscheidung zu beharren und daß sie im Falle Albanien unter Anwendung von Zwangsmitteln intervenieren werden, um ihre Entscheidung durchzusetzen. Es darf darum nicht angenommen werden, daß sie überhaupt keine Aktion in irgendeinem Falle unternehmen werden. Zwar läuft kaum ein Fall einem anderen genau parallel, doch kann ich kein Unternehmen als wünschenswert bezeichnen, das eine Trennung der britischen Regierung von den übrigen Mächten zur Folge haben könnte, auch unter Umständen, die bisher noch nicht eingetreten sind und nicht paragrafieren werden können.

Walter Guinness fragte, ob mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Mächte den ehemaligen Verbündeten gestattet haben, einen bloßen Eroberungskrieg zu führen, irgendein Grund vorhanden sei, sich der Wiederbesetzung Thraziens mit Rücksicht auf das Nationalitätsprinzip zu widersetzen, das Grey ehemals unterstüht habe.

Grey erwiderte: Diese Fragen scheinen auf die Annahme geknüpft, daß die Aktion der Mächte durch Vernunft und Völker-

recht geregelt wird. Die Haltung der Mächte ist, was jede einzelne Macht anlangt, durch die Rücksichten beeinflusst, die ihr eigenes Interesse erfordert, und was die Gesamtheit der Mächte anlangt, durch den gemeinsamen Wunsch, den Frieden Europas zu bewahren. Ich glaube, ihre Aktion wird weiter von diesen beiden Interessen geregelt werden.

Von der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Schweden.

Der Bericht des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Schwedens für das Jahr 1912 ist nunmehr erschienen. Der Bericht zeugt von einer eifrigen Tätigkeit der Partei, die in organisatorischer Beziehung ihre Mitgliederzahl von 57 721 auf 61 898 erhöhen konnte. Die Beitragsleistung der Mitglieder ist allerdings außerordentlich minimal, denn der Kassenertrag verzeichnet eine Beitragsleistung von nur 39 592 Kronen. Es entfällt also auf das einzelne Parteimitglied, wenn wir einen Jahresdurchschnitt von 59 000 Mitgliedern in Ansatz bringen, eine Beitragsleistung von sage und schreibe 66 Öere oder 65 Pf. pro Jahr und Mitglied. Diese geringfügige Beitragsleistung hängt mit dem Organisationsstadium der Partei zusammen, die nicht aus persönlichen Mitgliedern besteht, sondern aus ihr angeschlossenen Vereinen, die für ihre Mitgliederzahl eine gewisse Beitragsleistung übernehmen. Etwa 1/3 der als Parteimitglieder Gebuchten sind in Wirklichkeit Gewerkschaftsmitglieder, deren Gewerkschaftsorganisationen in der Partei angeschlossenen sind. Das einzelne Mitglied ist also mit der Partei wenig oder gar nicht verflochten, ein politisches Organisationsleben, das alleine eine größere Opferwilligkeit und eine sozialdemokratische Erziehung der Parteimitglieder bewirken könnte, kann nicht entstehen. Dazu bedarf es der persönlichen Mitgliedschaft, der selbständig aufgebauten Organisation.

Eine dem Bericht beigegebene Tabelle über die zahlenmäßige Parteientwicklung gibt auch in anderer Beziehung ein recht lehrreiches Material zur Beurteilung der Wirkungen dieses Organisationsstadiums. In den 1890er Jahren galt der Grundsatz, daß die Gewerkschaften der Partei angehören sollten und die beiderseitige Mitgliederzahl war ungefähr die gleiche. Als von 1898 ab die Gewerkschaften erloschen, trat das gleiche bei der Partei ein. Von 1897 bis 1898 stieg die gewerkschaftliche Mitgliederzahl von 31 444 auf 47 121. Die Mitgliederzahl der Partei stieg von 27 136 im Jahre 1897 auf 39 476 im Jahre 1898 und sie hielt sich nun einige Jahre ungefähr auf der gleichen Höhe, wie die der zentralisierten Gewerkschaften. In den Gewerkschaften selbst entstand aber bald eine Opposition gegen den „Zwangsanschluss“, der auch formell beseitigt wurde. Von da an stieg die Mitgliederzahl der Partei nicht so schnell wie die der Gewerkschaften. Im Jahre 1907 hatten die Gewerkschaften ihren Höchststand mit 217 873 Mitgliedern erreicht; die Partei zählte 133 388 Mitglieder. Die wirtschaftliche Krise von 1908 und noch mehr die Wirkungen des Generalstreiks von 1909 löschten die Reihen der Gewerkschaften ungenau und auch die Partei verspürte die Wirkungen. 1910 war ihre Mitgliederzahl auf 55 248 gesunken. Die Zahlen zeigen, daß die Verkopplung von Gewerkschafts- und Parteiorganisation, so bequem sie scheinbar sein mag, auch für die Partei ihre Schattenseiten hat. Je mehr die einzelnen Gewerkschaften mit der Idee der organisatorischen Gemeinschaft brechen, je eher wird sich auch die Partei gewöhnen sehen, zum selbständigen Organisationsstadium überzugehen.

Die Auflage der sozialdemokratischen Presse ist seit 1908 ununterbrochen gestiegen. Sie betrug im genannten Jahre 174 000, 1911: 190 000 und 1912: 158 000.

Ausgezeichnet sind die Wahlerfolge der Partei. Im Jahre 1897 entsandte sie den ersten Vertreter in die Zweite Kammer und noch unter dem alten Wahlrecht konnte 1910 das 35. Mandat erobert werden. Nach der Wahlrechtsreform erzielte die Partei 64 Mandate. In der Ersten Kammer sitzen jetzt 13 sozialdemokratische Senatoren, gegen 2 unter dem alten Wahlrecht 1911. Das zeigt bereits den steigenden kommunalen Einfluß der Partei, denn die Erste Kammer geht aus den Wahlen der Gemeindeförperschaften hervor. Unsere Partei steigerte die Zahl ihrer kommunalen Vertreter folgendermaßen (von 1911 bis 1912): Stadtvorordnete von 229 auf 339, Mitglieder der Verwaltungen von Landstädten von 110 auf 122, Gemeindevertreter von 334 auf 376 und Vorsteher in sonstigen kommunalen Institutionen von 1754 auf 1910. Diese Ziffern sind jedoch nicht erschöpfend, weil vollständige Angaben nicht zu erlangen waren.

Schauplätze ganz ungläubliche, aber leider auch erwiesene Grenelaten zuschulden kommen liehen, die den Haß zur lodern den Flamme schürten. Wahrscheinlich hat man den kriegsmüden bulgarischen Soldaten, die ohnedies von härterer Gemütsart und obendrein seit Adrianopel gewohnt sind, im Feindesland von der Struppe gelassen zu werden, eingureden verstanden, daß die Gegner an der Erneuerung des Krieges Schuld tragen und daher schonungslos behandelt werden müssen.

Die Fahrt von Risch nach Pirov würde sich in Friedenszeiten recht gut lohnen, denn die wildromantische Gebirgslandschaft bietet dem Schönen und Hesselnden außerordentlich viel. . . . Selbstsame Bahnwächter bilden dem Zuge Spalier. Fast jede Minute fällt der Blick auf ein Strohhütchen, in dessen Nähe vier oder fünf Männer mit vertrockneten Gesichtern und grauen Bartstoppeln lauern. In ihrem Munde ist geschliffen macedonischer Tracht, der mächtigen Pudel- mühe auf dem Haupte und der Patronenpallfada um den roten Gürtel, machen sie einen recht dazubehörenden Eindruck, der durch die alten Verbängeweihre mit dem Stidbajonett, die vor dem Zelte stehen, noch erhöht wird. Die Bewaffnung ist übrigens nicht einheitlich; man sieht auch Gewehre anderer alter Systeme, wie Henry-Rattin, Verndl und Mauser-Arns. Auch Vorderlader fehlen nicht ganz. Einer von diesen alten Kriegern, die man für Heiducken halten möchte, die aber in Wirklichkeit die Ausgebirger der Volks- miltig sind und das vierle Aufgebot darstellen, steht aufrecht mit umgehängter Torba und geschultertem Gewehr, um, scharf in die Runde spähernd, Auslug zu halten. . . .

Ich habe nirgends ein vernachlässigtes Stück Ackergrund gesehen, denn die Frauen haben überall doppelte Arbeit geleistet. Ihre Leistungen im Kampfe wider das Verderben, das der Krieg über das Land verhängen konnte, sind nicht geringer zu achten als die Taten ihrer Männer vor dem Feinde.

Ohne ihr rundenheilendes, weibliches Helidentum, das in übermenschlicher Kraftentfaltung bis an die Grenzen des Möglichen ging, hätte das arme Land wohl verbluten und verkrüppeln müssen. Es soll übrigens die Leistung der bulgarischen Frauen der ihrer serbischen Schwestern ganz ebenbürtig sein. . . .

Am zwei Uhr nachmittag fährt der Zug in Pirov ein und eiliche hundert Reuassentierete traben alsbald, von Unteroffizieren begleitet, dem Städtchen zu, um sich durch den Empfang von Gewehren und Patronentaschen in Soldaten zu verwandeln. Abends sah ich sie schon mit geschulterten Gewehren in Doppelreihen durch die Straßen marschieren, und es ging ganz famos. Hätte man sie auch in Uniformen gesteckt, so wären sie dem militärisch geschulten Auge kaum aufgefallen. Sie hätten die schwierige Kunst des Doppelreihen- bildens und Abfallens im Handumdrehen erlernt, ohne millionen- mal „herstellen“ zu müssen. Schützen aber können sie ohnedies, weil das auf dem Balkan ein jeder kann, und weil es sich überdies am leichtesten erlernt, wenn kein sogenannter Instruktor daneben steht, der paroiout verlangt, daß die Hand den Kolbenhals fest um- fohi, selbst wenn dann der Zeigefinger absolut das Bügel nicht erreichen kann, und der dann fünfshundertmal „Seht ab!“ komman-

Zwei wichtige Maßnahmen wurden im Berichtsjahre im Interesse des Bildungswesens ergriffen. In einer Konferenz der Parteileitung mit der Leitung der gewerkschaftlichen Landesorganisation und verschiedenen anderen Organisationen wurde ein Reichsverband der Arbeiter für Bibliotheks- und Verlesungstätigkeit“ errichtet, der dem Bildungsbedürfnis der Arbeiter- massen dienen soll. Diese Einrichtung entspricht zweifellos einem vorhandenen Bedürfnis. Inwiefern es möglich sein wird, dieses Bedürfnis zu befriedigen, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Eine zweite Einrichtung, die dem gleichen Zwecke dienen soll, wurde mit der Reorganisation des Parteiverlages getroffen. Die alle, ziemlich vernachlässigte Verlagsstätigkeit des Parteivorstandes wurde durch die Errichtung einer Verlagsgesellschaft „Tiden“ ersetzt, an deren Spitze ein Verlagschef gestellt wurde. Durch eine Schenkung des Gründers der neuen Arbeiterbank, Olof Åberg, wurde die Parteileitung in Stand gesetzt, die Uebersetzung von Marx' „Kapital“ in die Wege zu leiten; A. Sandberg ist mit dieser schwierigen Aufgabe betraut worden.

Die Monatschrift der Partei, „Tiden“, erforderte erhebliche Zuschüsse, da ihre Auflage erst 2300 beträgt, wovon zudem oft ein erheblicher Teil remittiert wurde.

Gegen die Lebensmittelerhöhung gab die Parteileitung ein Manifest heraus, und in zahlreichen Versammlungen forderten die Arbeitermassen Maßnahmen von Staat und Gemeinden zur Umdeutung der Not. Auch im Reichstage wirkten unsere Genossen in gleicher Richtung. Ein größerer Erfolg ist dieser Tätigkeit noch nicht beschieden gewesen, aber die Partei wird nicht nachlassen, gegen die Lebensmittelerhöhung anzukämpfen. Im ganzen kann gesagt werden, daß im Berichtsjahre eine intensive innere Arbeit der Parteinstangen geleistet wurde.

Politische Uebersicht.

Politisierung der Schule.

„Deutsche Heimat und Schule“ betitelt sich eine illustrierte Zeitschrift, die „für alle katholischen Lehrer, Lehrerinnen und Schulfreunde Deutschlands“ erscheint. In dem 6. Heft (Juni 1913) dieser Zeitschrift findet sich ein Artikel von J. Wensch (Posen), betitelt: „Bemerkungen zur Lesebuchfrage mit besonderer Berücksichtigung zweisprachiger Verhältnisse“. Darin weist der Verfasser hin auf eine Frage, die bisher in den katholischen Lesebüchern noch viel zu wenig beachtet sei, die Frage nämlich, wie das Kind in den sozialen Verband der Kirche eingegliedert werden könne. Wie der Verfasser das versteht, ergibt sich aus folgenden Sätzen:

„Das Lesebuch muß der Gegenwart gerecht werden, muß also auch der sozialen Tätigkeit des Staates, der Kirche, der Gemeinde überall Rechnung tragen. Soziale und damit verwandte Gesehgebung, Gesellen- und Jünglingsvereine (Water Kolping), Jungfrauenvereine und katholische Bahnhofsmission, überhaupt Jugendpflege in der verschiedensten Gestalt, christliche Gewerkschaften, Armen- und Krankenpflege müssen auch durch das Lesebuch dem Interesse der Jugend nahegebracht werden. Das muß für ein Lesebuch für zweisprachige Schulen um so mehr gefordert werden, als sich dadurch zugleich das Bewußtsein der internationalen deutschen Einheit befestigt.“

Man versteht das Bestreben des Merkantilismus, die Schule in seine Gewalt zu bekommen. Die Organisationsformen, in deren Verständnis die Schuljugend nach obiger Anweisung eingeweiht werden sollen, sind halb kirchlicher, halb politischer Art. Zu der Konfessionalisierung der Schule soll also auch die Politisierung im Zentrumssinne treten. Das eröffnet herrliche Aussichten auf die Zukunft unserer Schule!

Die im Sinne der Berliner Richtung geleiteten „Petrus-Blätter“ wenden sich gegen die Vorschläge des Posener Zentrumspädagogen. „Also bereits den Schülkindern“ — so schreibt das genannte Blatt — „müssen die vom Paps nur sehr bedingt geduldeten christlichen Gewerkschaften mundgerecht gemacht werden. Man weiß fastlich nicht, ob man angesichts einer solchen monströsen Theorie, die schon die katholische Schuljugend für bedenkliche Lehren und Zerwürfisse einnehmen soll, mehr an die ungläubliche Unkenntnis oder völlige Verblendung des Artikelschreibers denken soll.“

Auf dem Kriegsschauplatz.

Unser Wiener Bruderblatt, die „Arbeiterzeitung“, hat den Genossen Hugo Schulz, den bekannten Verfasser des im Vorwärts-Verlage erschienenen Werkes „Blut und Eisen“, auf den serbischen Kriegsschauplatz entsendet, weil es der Meinung ist, daß es für die Betrachtung und Kritik des modernen Militarismus wichtig ist, die Operationen einer Armee, zumal einer, deren Organisation der Wiltig sehr nahe kommt, unmittelbar zu beobachten. Es ist dem Genossen Schulz gelungen, bis zum Hauptquartier der zweiten serbischen Armee bei Pirov vorzudringen. Seinem ersten Briefe, datiert vom 22. Juli, entnehmen wir folgendes:

Nach monatelanger überaus peinlichen Verlahaten in vollgepfropften Militärlügen, die mich zunächst nach Rumanowo und Nestib brachten, bin ich nun hierher an die Front der zweiten Armee gelangt. Die aufregende Nähe der Kriegereignisse, die nun meine Aufmerksamkeit fesseln, bestimmt mich, den Bericht über das bisher Gesehante zu verlagern, obgleich die Bilder, die sich da entrollen, nicht minder eindrucksvoll sind als das, was innerhalb des unmittelbaren Wirkungskreises der Gesehänge sichtbar wird. Wenige Kilometer von hier modern Jünglings- und Männerleichen, aber der Anblick der Tausende Grabhügel des letzten Aufgebotes, die die Verbanta schulternd die Bahntrecken bewachen, der Massen, die in allen Orten zusammenströmen, in Freilagern nächtigen und des Rufes harren, der sie an die Grenze beschleht, ist auch nicht wenig aufregend. . . . Zwar wächet auch hier die serbische Sozialdemokratie, wie es ihr Wesen heißt, dieser Massenagitation gegenüber ihre kritische Klarheit, aber sie darf es, ohne beschimpft, ohne verleumdet, ohne mißverstanden zu werden; denn ein kämpfendes Volk ist eben doch etwas anderes als eine kalkulierende Kriegs- samarilla, und selbst dem aufs höchste entwickelten Kriegsführer ist die Friedenssehnsucht eng benachbart. „Man muß doch den ewigen Frieden wünschen“, sagte mir Hauptmann Einbeilich aus Risch, der noch vor wenigen Wochen Leutnant gewesen war und vor Stutari eine Befestigung vollbracht hat, die ihm bei uns das Kreuzenkreuz einbringen mühte. . . .

Das serbische Volk hätte wohl auch genug an diesem Stahlbad, wenn es in seiner Masse nicht überzeugt wäre, daß ihm dieser neue Krieg aufgedrungen worden ist und daß es ihn zu führen hat zur Verteidigung seiner Existenz. Die unselbige bulgarische Politik hat es zuwege gebracht, in ganz Serbien die Meinung zu wecken, daß der Kampf gegen die Bulgaren in höherem Maße ein Volkskrieg sei, als es der Kampf gegen die Türken gewesen. Diese waren das Objekt einer historischen Abrechnung, aber nicht einer ursprünglichen, in das individuelle Gefühl übergreifenden Erbitterung, wie es die Bulgaren nun sind. Daß sie es gewesen, die den Frieden brachen, ist unzweifelhaft bekundet; trotz aller Ablehnungen. Dazu kommt noch, daß sich ihre Truppen an einigen Punkten des Kriegs-

diert, bis dem Schützen die Galle überläuft und ihn veranlaßt, ein Kleintalbüchse nach in die Luft zu schleihen.

Pirov ist ein armseliges Städtchen, das sich noch ganz den türkischen Habitus erhalten hat, der übrigens auch durch eine alte, verwiterte Moschee scharf markiert wird. Wenn nicht die diesen Soldaten herumwimmelten, würde nichts das Leben des Alltags beeinträchtigen. An den Krieg ist die Bevölkerung, seitdem sie des Sieges der serbischen Armee sicher ist, völlig angepasst. Die Erwachsenen weben daheim ihre Teppiche, und die Kinder toben soldaten spielend durch die Straßen. Täglich hört man aus der Ferne durch einige Stunden ein verächtlich summenbes Geräusch, aber die Leute bilden kaum auf zu den Wallenbergern, die den Tal- ausgang decken und mit Beschügen gespickt sind. Nur wenn es auch in der Nacht zu dröhnen beginnt, sind alle auf den Weinen und bilden hinauf zu den Forts, wo es zeitweilig blutigrot aufblüht. An das Graulige gewöhnt, genießen sie das Schauspiel wie ein Feuerwerk.

Nachmittag marschieren einige Bataillone des ersten Aufgebotes unter Hornruf und Trommelschlag durch die Stadt. Sie haben bereits eine weite Strecke hinter sich gebracht und sehen so aus wie unsere Truppen, wenn sie erhit und verhaubt vom Mandev ein- rücken. Entschuldig zu denken, daß von diesen prächtigen Menschen manch einer in einigen Stunden schon bleich und blutig den Rasen decken kann. Es sind Männer bis zu 32 Jahren, kräftige stramme Leute mit blonden Haaren und sonnenverbräunten Jügen. Sie und da ein dunkelbrauner Zigeuner darunter. Die Kasakuniformen sind ein wenig vom langen Kriegesleben hergenommen, aber sonst möchte man glauben, daß es sich um einen friedlichen Übungsmarsch handelt. Und zwar — wenn die Kasakuniformen nicht wären — um einen österreichischen. Dieselben Doppelreihenkolonnen, derselbe Gewehrgriff bei der Ehrenbezeugung, derselbe Streckschritt bei der Defilierung. Aber ein gewaltiger Unterschied ist doch: die Leute machen es zwar genau so wie bei uns und haben überdies auf dem Schlachtfeld sogar das Verhalten der preussischen Garde bei Saint Privat überboten, aber die meisten von ihnen haben bloß sechs Monate gedient; viele nur zwei; auch die meisten Unteroffiziere und die Referveoffiziere sind nur halbjährige „Diener“ gewesen und überdies machen sich die „Porutschniks“, wenn sie nicht gerade mit gezogenem Säbel an der Spitze schreiten, mit den Mann- schaften gemein. Das ist keine Armee, mit der man Parade machen kann, das ist eine Wiltig. . . .

Spät am Nachmittag wurden zwei bulgarische Gefangene eingebracht: ein junger Mensch mit schwarzem Gesicht und ein schwarz- bäriger großer Mann mit scharfgeschmittenem Profil. Beide sahen blaß und stumpf aus und antworteten recht schäuchtern auf die Fragen, die ihnen der Feldgendarm vorlegte. Es sind nicht die ersten bulgarischen Gefangenen, die ich gewahrte; schon in Belgrad hatte ich ganze Kolonnen vorbeiführen sehen. Es war aber das erstmal, daß ich einen unmittelbaren Eindruck gewann, wie solchen Männern zumute sein mag, die sich rings vom Feinde umgeben sehen und innerlich fürchten mögen, daß man Uebies mit ihnen vorhat. . . .

Vielleicht gibt es da einen Ausweg: Man überträgt die Entscheidung über den Streitfall dem Papst, und der stellt das weitere den deutschen Bischöfen anheim, die dann bestimmen können, ob in den Schulen ihrer Diözese die Kinder nach Berliner oder nach P.-Glabbecker Art in den sozialen Verbänden der Kirche einzugliedern sind, d. h. ob sie sich für die katholischen Parteistellungen oder die christlichen Gewerkschaften zu begeistern haben.

Die Vertagung der Verfassungsverhandlung gegen das Erfurter Kriegsgerichtsurteil.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet, die Vertagung der Verfassungsverhandlung gegen das bekannte Erfurter Kriegsgerichtsurteil sei auf Anweisung des Kriegsministeriums erfolgt. Das Kriegsministerium habe erneut um Ueberlieferung der Akten nach Berlin gebeten. Man halte es an zuständigen Stellen für möglich, daß die neue Aburteilung in der Strafsache See und Genossen bereits nach den neuen Richtlinien, die in der Militärstrafprozessnovelle gezogen werden sollen, vor sich gehen dürfte. Es sei daher anzunehmen, daß vor dem Spätherbst auf die Verhandlung dieser Strafsache vor dem Kasseler Oberkriegsgericht nicht zu rechnen sei.

Handwerker und Nationalliberale.

Die Gemeinderäte und Professoren in der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses scheinen Wert darauf zu legen, streng unter sich zu bleiben und alle „Elemente“ fernzubalsten, die nach körperlicher Arbeit riechen. Auf dem Rheinischen Handwerkerkongress wurde nämlich im Jahresbericht laut „Rhein. Volksztg.“ (Nr. 681) mitgeteilt:

Unterm 6. Januar dieses Jahres wandten wir uns an die Geschäftsstelle der nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz mit einem entsprechenden Schreiben, in dem wir besonders auf die guten Aussichten einer nationalliberalen Kandidatur im Wahlkreis Dinslaken-Wülheim a. Ruhr hinwiesen. Der Provinzialvorstand der Nationalliberalen Partei stellte in seiner Sitzung vom 16. Februar fest, daß er unsern Antrag durchaus wohlwollend gegenüberstehe. Leider hatte dieser Bescheid keine durchschlagende Bedeutung, da der Provinzialvorstand der Nationalliberalen Partei — gemäß Schreiben der Geschäftsstelle vom 19. März — bei der Aufstellung der Kandidaturen einen direkten Einfluß auf die Wahlkreislomitees nicht ausüben kann, weil diese Angelegenheit auf Grund der Organisationsbestimmungen Sache der einzelnen Wahlkreise sei. In Dinslaken-Wülheim a. d. Ruhr war bereits der Geheimrat Mathies in Berlin aufgestellt worden, der auch später gewählt wurde. Die Geschäftsstelle sandte uns ein Verzeichnis derjenigen rheinischen Landtagswahlkreise, die mit nationalliberalen Kandidaten noch nicht besetzt waren; sie bezeichnete darunter als sicheres Lebenslicht das dritte Mandat in Saarbrücken-St. Wendel. Wir führten darauf mit allem Nachdruck direkte Verhandlungen mit dem Obmann der dortigen Organisation, jedoch ohne Erfolg. Letzterer, Herr Professor Dr. Gerweg in Saarbrücken, wurde schließlich selbst als Kandidat aufgestellt und gewählt.

Die guten Nationalliberalen hatten also in der ganzen Rheinprovinz für die Handwerker kein Mandat. Das Zentrum war schlauer. Es gab den Handwerkern gleich mehrere Sitze und konnte so in seiner Agitation mit der Maske der Handwerkerfreundlichkeit prunken. Bei solchen Schmeicheleien wundern sich die Nationalliberalen, wenn sie im Rheinland rapid bergab rutschen. Konnten sie sich doch in den wichtigen Wahlkreisen Köln-Stadt und Köln-Land nicht einmal mehr an der Landtagswahl beteiligen.

Die Nöte der Landarbeiter.

In den jüngsten Tagen war in der bürgerlichen Presse wieder einmal viel von den „Nöten der Landarbeiterschaft“ die Rede. Die „Deutsche Tageszeitung“ ließ in ihrer Mittwochnummer sogar einen Leitartikel los, worin sie die in der „Rheinischen Zeitung“ von einem pommerischen Landwirt erhobenen Beschuldigungen, die Agrarier rührten in der jetzigen guten Zeit keinen Finger, um die schlechten Lohn- und Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter aufzubessern, als unrichtig zurückzuweisen versuchte. Von einer Widerlegung kann dabei keine Rede sein; die in der „Rheinischen Zeitung“ und im Anschluß daran auch in der „Westfälisch-Sippischen Volkszeitung“ vom Abgeordneten Behrens vorgebrachten Tatsachen lassen sich eben nicht aus der Welt schaffen. Herr Behrens hatte u. a. besonders darauf hingewiesen, daß selbst königliche Behörden in Preußen vielfach zum Vergerniß der inländischen Landarbeiter verfahren. Im Haag wurde z. B. von anständigen Forstarbeitern beklagt, daß sie mit minderbezahlten Kulturarbeitern beschäftigt wurden, während auswärtige Arbeiter zu den Wegebauarbeiten herangezogen wurden, die dabei Löhne von 5 bis 7 M. verdienen, während sie bei den Kulturarbeiten 2,70 M. bis 3 M. erreichen.“ Es sei zuzugeben, daß diese wohlberechtigten Beschwerden kaum durch Gehör und Beförden allgemein befriedigend beseitigt werden können. Hier kommt es auf das Takt- und Gerechtigkeitsempfinden der Arbeitgeber an. Bei diesen liegt aber in der Regel das rein geschäftlich-wirtschaftliche Eigeninteresse vor.

Diese Dinge kann, wie gesagt, die „Deutsche Tageszeitung“ nicht bestreiten; sie ist aber bei ihrer Antwort in der angenehmen Lage, der „Rheinischen Zeitung“ die ebenso schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der ausländischen Arbeiter in der Industrie entgegenhalten zu können. Im übrigen aber mögen zur Illustration der agrarischen Arbeiterfürsorge folgende Tatsachen dienen: Von einer Konjekturenfabrik in Wülfe bei Hannover werden in der jetzigen Erntezeit Arbeiter in besterlicher Anzahl an die Agrarier zum Erbsenpflücken usw. leihweise abgegeben. Jüngst hatte sie auch einem Landwirt in Giffen im Hildesheimischen 170 Arbeiter (Russen, Galizier, Polen) überlassen. Die Leute führten zunächst jeden Morgen mit der Bahn zur Arbeitsstelle und abends wieder zurück. Damit schien dem Agrarier aber wohl zu viel Zeit verloren zu gehen, und so richtete er auf seinem Gutshofe in einer Scheune ein Massenquartier für die Leute ein. Von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr dauerte die Arbeit auf dem Felde, und nachts lag in der Scheune auf primitivem Strohlager — Betten gab es nicht — alles durcheinander (eine Trennung nach Geschlechtern war nicht durchzuführen).

Ein anderes Bild: Nach einer Meldung des „Hannoverschen Couriers“ wurden dieser Tage in Sarstedt bei Hildesheim auf der Domäne Rube vier ausländische Landarbeiter durch drei Gendarmen festgenommen, weil sie angeblich versucht hätten, ihre Mitarbeiter zum Niederlegen der Arbeit zu veranlassen. Wie das genannte Blatt weiter mitteilt, sollen die „Aufwiegler“ über die russische Grenze abgeschoben werden.

So sehen die Dinge in der Wirklichkeit aus. Es muß schon schämen sein, wenn selbst die anspruchlosen und zufriedenen ausländischen Landarbeiter rebellisch werden.

Die parlamentarische Untersuchungskommission.

Die fortschrittliche Blätter mitteilen, sind in die Kommission zur Untersuchung der Militärleistungen auch die Abgg. Müller-Reimingen und Biesing berufen worden. Die Konservern werden durch die

Abgg. Graf Belpart und h. Püllig vertreten sein. Diese Vorschläge sind von den Fraktionen ausgegangen und von der Regierung selbstverständlich akzeptiert worden. Vielleicht entschließt man sich doch endlich, die Art der Zusammenfassung dieser wichtigen Kommission der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Offizierausbildung im Eiltempo.

Der große Bedarf an Offizieren, der durch die Militärvorlage veranlaßt ist, hat die Generalverwaltung bestimmt, ganz außerordentliche Maßnahmen zu treffen, die schon mehr einer Ueberflutung gleichen. Die beiden neuen Kriegsschulen in Bromberg und in Erfurt kommen für die Ausbildung von Offizieren noch nicht in Betracht, denn sie sind erst im Bau. Dafür hat man bei den anderen Kriegsschulen schleunigst noch einige Hörsäle eingerichtet, der Arbeitenanstalt in Groß-Lichterfelde hat man zwei Kriegsschul-Klassen angegliedert. In den Offizierspreisen wird gleichfalls eine schieferhafte Tätigkeit entfaltet und außerdem hat man Offiziere des Verurlaubtenstandes als aktive Offiziere eingestellt. Die nötige Anzahl Offiziere wird man im Herbst beisammen haben, ob aber diese Ausbildung im Galopp auch wirklich brauchbares Material liefert, das ist eine andere Frage.

Weitere Forderungen der Militaristen.

Von geschätzter parlamentarischer Seite wird der „Rheinischen Volkszeitung“ geschrieben: „Die Rheinische Landeszeitung“ bringt unterm 15. Juli von ihrem militärischen Mitarbeiter einen Leitartikel zum Ausbau strategischer Eisenbahnen, in welchem der Ausbau von nicht weniger als fünf Eisenbahnlinien als Zusatzlinien für den Aufmarsch des Heeres gegen Frankreich, sodann noch weitere Bauten ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt gefordert werden. Trier ist dem militärischen Mitarbeiter der Zentralpunkt seiner strategischen Erörterungen. Die fünf Zusatzlinien, die er behandelt, führen alle nach Trier. Er verlangt eine direkte Schnellbahn von Trier nach Aachen, eine kürzere und schnellere Verbindung von Trier nach Bonn, den Ausbau der rechtsseitigen Projektbahn von Trier nach Koblenz, eine direkte kürzere Verbindung von Trier nach Frankfurt und eine direkte Strecke Trier—Mannheim.

„Wir würden“, schreibt dazu die „Rheinische Volkszeitung“, „keinen Anlaß haben, gegen diese lokalpatriotischen Wünsche uns zu wenden, wenn diese nicht durch ihre strategische Motivierung eine neue schwere Forderung an den Reichsschatz darstellten, und wenn uns nicht der Verfasser des Artikels in der Rheinischen Landeszeitung“ im Laufe des Jahres bei der öffentlichen Erörterung der Behrvorlage mit offenbar aus dem Kriegsministerium stammendem Material begegnet wäre.“

Oesterreich.

Neue Heeresverfäkung.

Wien, 30. Juli. (Eig. Br.) Natürlich „wegen der jüdischen Vorgänge“ soll abermals eine bedeutende Erhöhung des Mannschaftsstandes stattfinden. Der Kompagniestand soll auf 120—130 Mann gebracht werden, an den Grenzen gegen Rußland und dem Balkan auf noch mehr. Es sollen beim Meer 30 000, bei der aktiven Landwehr in Oesterreich und Ungarn 10 000 Mann mehr eingestellt werden. Das Rekrutenkontingent würde dann 1917 265 000 Köpfe betragen, was 0,49 Proz. der ungarischen, 0,56 Proz. der österreichischen Bevölkerung bedeuten würde. Außerdem sollen je 4 Divisionen eine Abteilung schwere Artillerie erhalten.

Holland.

Die Liberalen verzichten auf die Kabinettsbildung.

Haag, 31. Juli. Eine Versammlung von Deputierten und Mitgliedern aller liberalen Parteien erörterte die Haltung, die man gegenüber der Ministerkrise einnehmen sollte, nachdem sich die Sozialisten geweigert haben, die Portefeuilles anzunehmen. Die Versammlung bedauerte einstimmig diese Ablehnung, da ein aus Liberalen und Sozialisten zusammengesetztes Kabinett in der Kammer eine genügende Majorität besessen hätte, um das allgemeine Wahlrecht zur Annahme zu bringen. Die Versammlung entschied, daß die von den Sozialisten gestellten Bedingungen für die Unterstützung eines liberalen Kabinetts nicht die Möglichkeit der Ausführung des Programmes gewährleisten. Infolgedessen erklärte sich die Versammlung gegen die Bildung eines Kabinetts der vereinigten Liberalen.

Afrika.

Mutige Kämpfe in Tripolis.

Benghazi, 31. Juli. Infolge der Feindseligkeiten und Räubereien der Stämme der Abedla griff General d'Alexandria am 28. Juli Bouia el Gaffa und Sidi Ahmeda an, bemächtigte sich dieser Plätze, verfolgte die Rebellen über 10 Kilometer weit und fügte ihnen große Verluste zu. Die Italiener hatten 8 Tote, darunter 2 Weibe, und 22 Verwundete, darunter 2 Offiziere. Auf dem Kampfschauplatz fand man 217 Tote des Feindes. Unter ihnen befand sich auch der Hauptanführer der Abedla. Die Italiener zerstörten das Lager und die Vorräte der Rebellen. Zahlreiche Gemeine und etwa 2000 Stück Vieh fielen in die Hände der Italiener. Jania el Gaffa wurde zerstört.

Aus der Partei.

Kritik an der Reichstagsfraktion.

In der „Leipziger Volkszeitung“ hat Genossin Rosa Duzemburg unter der Spitzmarke: „Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage“, sechs Artikel veröffentlicht, in denen sie vor allem die Haltung der Fraktion zur Redungsfrage und den Steuervorlagen kritisiert. Sie kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Unsere Fraktion hat sich unseres Erachtens im ganzen Verlauf des Kampfes viel zu sehr von dem Verhalten der Konservern impressionieren lassen, sich zu sehr danach gerichtet, was jene tun und sagen, als wenn zur sozialdemokratischen Politik irgendwie die Rücksicht genügt, Antipode des Konservatismus zu sein. Unsere Genossen waren sicherlich die larmoyanten Berücksichtigungen der Dertel und Konsern zu Kopfe gestiegen, wir seien „die Herren der Situation“. Aus den Fraktionskreisen konnte man auch in der Parteipresse wirklich die geschmacklosen Bestätigungen lesen, daß solche Äußerungen und außerordentlich „wohl-täten“. Auf eine so massive Demagogie von Seiten hereinzuwallen, deren politische Kunst es seit jeher ist, „zu klagen ohne zu leiden“ und die nur auf die Liberalen und auf die Regierung eine wohl-berechnete PreSSION ausüben wollten, hatten wir sicher keinen Anlaß. In Wirklichkeit war auch hier die Perspektive unserer Ab-gewandten stark getrübt, denn die „isolierten“ Konservern sahen ihre reaktionären Interessen — in den Grenzen der gegebenen Situation, nach der Annahme der Wehrvorlage durch sie selbst — von dem Zentrum und den Nationalliberalen treu wahrgenommen und geschützt. Wir hingegen, die wir tatsächlich durch den Verrat der Nationalliberalen isoliert waren und gar keine Ursache hatten, uns dieser Lage zu schämen, ja, jeden Anlaß hatten, sie ganz offen vor dem Lande zu zeigen, wir triumphten über die „Niederlage“ der Konservern und feierten das Werk der reaktionären Rückwärtler als unseren Sieg. Nimmt man alles in allem, so scheint es uns, daß diese Taktik hinausgezogen ist, um Arm in Arm mit den Liberalen den schwarzbildigen Vögel zu zerschmettern und „eine gründliche Finanzreform“ zu machen, sich dann aber mit der bescheidenen Rolle begnügt, den Wechselbalg des Reichs-national-

liberalen Kompromisses als einen ersten Anfang der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms herauszuheben zu dürfen, nichts als eine Probe jenes Opportunismus ist, der nach Schänen gräbt und froh ist, wenn er Regenwürmer findet.“

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein Eiberfeld-Barmen hatte am 1. Juli 1913 einen Mitgliederbestand von 6976, darunter 1006 Frauen. 150 Mitglieder, die bei der Landtagswahl nicht gewählt hatten, erhielten eine Rüge. Ueber den Parteitag in Jena referierte Parteisekretär Kohnen, der die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Redungsfragen als im Interesse der Arbeiterschaft befriedigend, bezeichnete. Denselben Standpunkt vertrat der Vorliegende, während zwei weitere Redner gegenwärtiger Ansicht waren.

Ein Beschluß wurde in dieser Sache nicht gefaßt. Beschlossen wurde, an den Parteitag in Jena folgenden Abänderungsantrag zum § 27 Abs. 2 des Statuts zu richten:

„An Stelle: „Unterläßt es der Angeschuldigte usw.“ zu setzen: „Unterläßt es eine Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so ernannt der Parteivorstand für diese Partei die Richter.“

Zur Weisfrage wurde dem Parteitag folgender Antrag zur Annahme empfohlen:

„Alle Parteigenossen, denen es möglich ist, am 1. Mai durch Arbeitnahme zu feiern, und die keinen Lohnausfall erleiden, haben den Tagesverdienst an den Parteifonds abzuliefern.“

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die beiden erschienenen Nr. 16 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Das Endziel der Sozialdemokratie. — Verfassung und Verwaltung in Bayern, Württemberg und Sachsen. (Zur Einführung in die Bürgerkunde). — Der Schulfreik. Eine Jugend-erinnerung von Herbert Wendt. — Die freie Jugendbewegung am Niederrhein. — Ein DYNAMOMOSCHINEN für Handbetrieb. Von Kurt Sellin. (Mit Abbild.). — Chemische Wanderungen durch die Natur I. — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz usw.

Beilage: Der Germanienweg. Erzählung von Ute Franzen. — Die Welt Homers. Von Fritz Eisner. — Der Waldweg. Von Jürgen Brand. — Unsere Hälten. Von Robert Albert-Bürich. (Mit Abbildungen). — Aufstieg. — Müller u. Co. Von Fritz Müller. — Bücher für die Jugend. — Aus der Geschichte von Gollo-Kumm. Von Otto Koenig. — Proletarierfinder. Gedicht von Alfons Rebold.

Letzte Nachrichten.

Ein Fall für unsere Chaudinisten.

Paris, 31. Juli. (B. L. B.) Nach einer Blättermeldung aus Nancy trafen dort gestern nachmittag auf dem Heim-Rarne-Kanal zwei Vergnügungsjachten ein, deren eine, „Meteor“, dem Berliner Kaufmann Mertens, die andere, „Azar“, einem holländischer Kaufmann gehört. Jede der Jachten hatte, dem Brauche entsprechend, ihre Nationalflagge gehißt. Der Anblick der deutschen Flagge rief bei den Hafenarbeitern große Erregung hervor (1), und einer von ihnen rief, als sich Mertens in der Stadt befand, die deutsche Flagge herunter und warf die Flaggenstange in den Kanal. Das Flaggentuch nahm er mit. Bald darauf wurde der Hafenarbeiter J. Schengen als Uebeltäter ermittelt. Er legte sofort ein volles Geständnis ab und erzählte, er habe die Flagge im Hofe seines Hauses verbrannt. Das Justizpolizeigericht verurteilte ihn zu 10 Tagen Gefängnis. Nach einer weiteren Meldung soll Schengen die Tat im Rauche vollbracht haben, ohne daß er wußte, um welche Flagge es sich handelte.

Abermalige Erfolge der Griechen.

Athen, 31. Juli. (B. L. B.) Ähnlich werden neuerlich zwei vollstän-dige Siege der Griechen gemeldet. Als die Bulgaren die Angriffe bei Djumaja wieder aufnehmen wollten, wurden sie zurückgeschlagen, bevor sie Zeit hatten, Verstärkungen heranzuziehen. Sie erlitten eine katastrophale Niederlage. Nichtsdestoweniger führen sie fort, die griechischen Planken anzugreifen. Sie erschienen sehr verstärkt vor dem linken griechischen Flügel im Norden von Vethschewo und suchten nach Süden gegen die Täler der Dregalinje und Delawisa vorzudringen. Die Griechen wurden gezwungen, sich zurückzuziehen und eine Verteidigungsstellung auf den Höhen im Nordwesten von Vethschewo einzunehmen. Die Bulgaren unternahmen drei Tage lang erfolglose Angriffe, wurden jedoch unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Zwei griechische Divisionen griffen die Bulgaren in der Planke an und eroberten nach erbittertem Kampfe die Höhen von Dassin Pascha und Lesca und vertrieben den Feind von allen Höhen. Die Bulgaren wollten bei Vethschewo die griechische rechte Flanke angreifen, wurden jedoch zurückgeworfen. Eine andere bulgarische Abteilung, die aus sechs Bataillonen und acht Kanonen bestand, kam von Latar Bagardzil her und griff ein griechisches Bataillon bei Mahomia an. Das griechische Bataillon mußte sich vor den bedeutenden feindlichen Streitkräften gegen Breverishami zurückziehen, jedoch kam ihr die rechte griechische Division zu Hilfe und schlug den Feind vollständig. Die Verluste der Bulgaren sind bedeutend.

Das Wiederaufflackern der Revolution in Venezuela.

New York, 31. Juli. (B. L. B.) In Willemstad auf Curacao sind Telegramme aus Coro in Venezuela eingegangen, die die bereits gemeldete Empörung der dortigen Garnison bestätigen. Die Rebellen sind ans Kubur gelangt und üben die Funktionen der Regierung aus. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bewegung von Anhängern Castro geführt wird, der einen auf der Höhe von Curacao liegenden Dampfer zur Verfügung haben soll. Von dem Schiffe sind noch keine Nachrichten hierher gelangt, es ist auch nicht gesehen worden. Eine Anzahl von Briefen liegt für Castro auf dem Postamt in Willemstad.

Ein neuer deutscher Höhenrekor.

Gelsenkirchen, 31. Juli. (B. L. B.) Einen neuen deutschen Höhenrekor stellte heute auf dem Flugplatz Essen-Mottshausen bei herrlichem Wetter der Flieger Linnfogel auf. Er erhob sich mit seiner Numplertaupe bis zu einer Höhe von 4200 Metern, womit er den bisherigen deutschen Rekor um ca. 1000 Meter schlug.

Explosion in der Deuter Gasmotorenfabrik.

Köln, 31. Juli. (B. L. B.) In der Versuchabteilung der Gasmotorenfabrik Deut ist heute vormittag eine Explosion erfolgt. Ein Ingenieur ist den erlittenen Verletzungen bereits erlegen. Ein Arbeiter ist schwer verletzt.

Einsurz eines Kirchenneubaus.

Hagen (Westfalen), 31. Juli. (B. L. B.) In Dolar bei Fredeburg wurde beim Neubau einer katholischen Kirche ein Gewölbehöhen ein. Vier Arbeiter stürzten ab, zwei von ihnen blieben sofort tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt.



A. Wertheim



Leipziger Strasse König-Str. am Bahnhof Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse
Alexander-Platz

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden. * Artikel werden nicht zugesandt.

Wurstwaren

- *Rotwurst Pfd. 55, 85 Pf.
- *Jagdwurst Pfund 1.10
- *Landleherwurst Pfund 1.00
- *Teewurst Pfund 1.30
- Bauernmettwurst Pfund 1.25
- Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.35
- Rollschinken ca. 6-8 Pfund 1.50
- Landschinken ca. 8-12 Pfd. 1.35, 1.45
- Mausschinken ca. 2-3 Pfund 1.35
- Schinkenspeck in Büchsen von 1/2-4 Pfd. 1.20
- Speck magerer Pfund 95, fetter 90 Pf.
- Heines Halberstädter Würstchen Dose 4 oder 6 Paar 85 Pf., 8 Paar 1.70
- Regensburger Würstchen Dose 3 Paar 85 Pf.
- Jägersalat, Fleischsalat, Dose
- Schweinskopf, Delikatessülze 55 Pf.

* Obst u. Gemüse

- Weintrauben Pfd. 24 Pf.
- Weintrauben Kiste 1.15
- Augustiner-Aepfel Pfd. 10 Pf.
- Birnen Pfd. 10, Tafelbirnen 14 Pf.
- Alexander-Aepfel Pfd. 13 Pf.
- Strudel-Aepfel Pfd. 15 Pf.
- Coscie-Birnen Pfd. 25 Pf.
- Canarische Bananen Pfd. 24 Pf.
- Tomaten Pfd. 9, Gurken Stk. 4, 8, 15 Pf.
- Radieschen 7 Bund 10 Pf.
- Grüne Bohnen 8 Pfund 20 Pf.
- Schoten Pfund 12 Pf.
- Kohlrabi Mandel 3, 10 Pf.
- Weiss- u. Wirsingkohlrabi 3, 5, 8 Pf.
- Rotkohl Kopf 4, 8, 12 Pf.
- Spinat 20, Salat Kopfe 10 Pf.
- Mohrrüben Pfund 6, 6 Bund 18 Pf.

* Frisches Fleisch

Pa. Ochsenfleisch

- Schmorfleisch Pfund 1.00
- Filet im Ganzen, unausgeschält Pfund 1.10
- Roastbeef Pfund 1.00, unausgeschält 1.50
- Brust Pfd. 90, Fehlrippe 95 Pf.
- Pökelschinken Pfund 1.30

Schweinefleisch

- Schinken Pfund 90 Pf.
- Kotelettes Pfund 1.10
- Kamm u. Schuft Pfund 1.00
- Rückenfett 70, Liesen 75 Pf.
- Kasseler Rippespeer Pfd. 90 Pf. bis 1.05

Kalbfleisch

- Keule u. Rücken im Ganz. Pfund 1.00
- Kotelettes Pfund 1.40
- Brust Pfund 85 Pf.
- Brustspitze Pfund 1.00
- Kamm u. Bug Pfund 80, 90 Pf.

Hammelfleisch

- Keule im Ganzen Pfund 85 Pf.
- Rücken im Ganzen Pfund 75 Pf.
- Dicke Rippe Pfund 80 Pf.
- Kotelettes 2 Stück 25 Pf.
- Dünnung Pfund 70 Pf.

* Fische

- Kabeljau ohne Kopf, i. ganz. Fischen Pfund 11 Pf.
- Seelachs ohne Kopf, i. ganz. Fischen Pfund 9 Pf.
- Schellfische Pfund 12 Pf.
- Brat-Schollen Pfund 12, 18 Pf.
- Rotzungen Pfund 10 Pf.
- Heilbutten Pfund 53 Pf.
- Seezungen Pfund 75 Pf.
- Steinbutten Pfund 75 Pf.
- Tafellachs in ganzen Fischen, Pfd. 55 Pf.
- Leb. Aale Pfd. 58, 80, 95 Pf., 1.10, 1.25
- Leb. Schleie Pfd. 1.15
- Leb. Krebse Mandel 25 Pf. bis 4.00

* Wild u. Geflügel

- Rehwild
- Keule 5 Mk. Rücken 6 Mk. Blatt 1.70 an
- Hirsch u. Wildschwein
- Keule 1.10 Rücken 85 Pf. Blatt 75 Pf.
- Junge Gänse Pf. 58, 68, 75 Pf.
- Gänserümpfe St. 3.00 bis 4.60
- Junge Enten Stk. 1.40 bis 3.40
- Junge Hühner 45 Pf. bis 1.40
- Brathühner Stück 1.40 bis 2.60
- Suppenhühner 1.40 bis 2.60
- Masthühner Stück 2.75, 3.00

Gebrannter Kaffee

Misch. I	II	III	IV
1.25	1.45	1.55	1.65
Misch. V	VI	VII	
1.75	1.90	2.10	

Kaffee- und Teegebäck 92 Pf.
Dose ca. 1 Pfund Inhalt
Kakes Holländ. Mischung. Dose ca. 1 Pfd. Inh. 1.05

Südwein

inkl. Flasche	1/2 Fl.	bei 10 Fl.
Tarragona	82 Pf.	80 Pf.
Fein. alt. Tarragona	1.00	97 Pf.
Douro-Portwein . . .	1.20	1.15
Alt. Douro-Portwein	1.85	1.80
Vermouth di Torino	1.05	1.00
Insel Samos	85 Pf.	83 Pf.
Adria-Blume rot. süß	1.10	1.05

Fruchtsäfte

inkl. Flasche
garant. rein. mit Raffinade eingekocht
Himbeersaft 1/2 Fl. 85 Pf., extra 1.10
Kirsch- u. Johannisbeersaft 1/2 Fl. 85 Pf.
Kirschsafte extra. Ananassaft 1/2 Fl. 1.20
Zitronensaft 1/2 Fl. 85 Pf., extra 1.20

Zur Bowle.

inkl. Flasche	1/2 Fl.	bei 10 Fl.
Obermoseler	65 Pf.	63 Pf.
Wormeldinger	75 Pf.	73 Pf.
1911 Wintringer	85 Pf.	82 Pf.
1911 Oberbilliger	95 Pf.	92 Pf.
1909 Eitelsbacher	1.10	1.05
1912 Edenkobener	70 Pf.	65 Pf.

Henkel's Bleich-Soda

Das Beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen. Altbewährt und unerreicht! HENKEL & Co., Düsseldorf.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 1. August 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Hummelndchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern (Kroll). Die Pfeffer-
finger von Rheinberg.
Anfang 8 Uhr.
Hranfa. Die Insel Rügen.
Deutsches Schauspielhaus. Das
Härnermädchen.
Weiten. Der kleine König. Das
harte Stück.
Schiller O. Ronna Barma.
Westener. Hülyauber.
Thalia. Puppen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Romdlenhaus. Hochehrliche
Bewohner.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Son's Bindhaus.
Lustspielhaus. Der lustige Kolaba.
Kole. Tagelohn einer Verlorenen.
Lustig. Gedächtn.
Solis Caprice. Ein Vögel.
Die Krampfsche.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Schiffbrüchigen.
Theater am Kollendorplatz.
Der Mann mit der grünen
Maske.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in
St. Moritz.
Sternwarte. Zwillingenstr. 57-62.

Theater des Westens.
8 Uhr: Sylvester Schöffer.
Ein angebrochener Abend.
Das harte Stück.
Sommerpreise!

Kroll-Oper
7 1/2 Uhr:
Die Meistersinger von Nürnberg.
Gastspiel: Alois Bennarini und
Wolfgang v. Schwind.
Sonnabend:
Der fliegende Holländer.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

POSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum letzten Male:
Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartebühne:
Achtung! Es geht los!
Große Völle. Anfang 4 1/2 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Reichshallen-Theater
Wiederbeginn
der Sirenen der
Stettiner Sänger
(nach ihrer
Ferienreise).
Anfang,
- 8 Uhr. -

Turnverein 'Fichte' Berlin.
Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.
Sonnabend, den 2. August 1913:
Großes Sommerfest
in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.
Konzert :: Spezialitäten :: turnerische Aufführungen :: Sommernachts-Ball.
Um 9 Uhr: Großer Kinderfackelzug. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne und einen Bon
für Wasserbahn, Liebesmühle oder Karussell an der Kontrolle gratis.
Kinderspiele von 2-5 Uhr. Von 6 Uhr ab Tanz.
Anfang 4 Uhr. Programm an der Kontrolle gratis. Eintritt 25 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung. 186/7

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Freitag, den 1. August 1913:
Nur noch einige Male:
Die schöne Melusine.
Vollst. neue erhalt. Spezialitäten.
Rassend. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Voranzelge. Dienst. 8. Aug.: Beneß
Feinr. Bach: Der Verchwender.

Berliner Prater-Theater
7-9 Kottbuser-Allee 7-9.
Täglich:
Das Hummelndchen
Gr. Ausstattung. In 4 Akt. v. W. Hege
und G. Olonowski.
Rufft von H. Schreyer.
Grillias. Spezialitäten. Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Paul Freund
und G. Olonowski.
Rufft von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

Wo fängt der kleine Spreewald an?
Wo baden die Mädchen so gerne?
Der schönste Ausflugsort im Reiche
Ist Manns Waldschloß in Schöneiche.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsberg. Cel.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

Admiralspalast
Einz. Eispalast der Welt
mit prunkvollen Eisballetten.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
Flirt in St. Moritz.
Wiederauftr. der kleinen Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

LUNA PARK
Morgen Sonnabend:
Große Konfetti-Schlacht
mit grandiosen
Monster-Feuerwerk.
Militär-Konzert!

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Ballermannstr. 20/25.
Freitag, den 1. August 1913:
Debüt der erstklass. Spezialitäten.
Höllig neues Programm.
Winterjagen.
Schauspiel mit Rufft in fünf Akten.
Anfang 4 Uhr.

Neue Welt
A. Scholz. Hasenheide 108-114
Heute Freitag, 1. August 1913:
Konzert und Vorstellung.
Vollständig neues Pro-
gramm (die größten Schlager
der Saison).
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Jeden Sonntag, Dienstag,
Mittwoch und Donnerstag:
Ball.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Der Krupp-Prozess vor dem Kriegsgericht.

Oeffentliche Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit!

Der Anklagevertreter des Kriegsgerichts erklärte heute bei der Eröffnung des Krupp-Prozesses mit wohlthuendem Pathos, daß die Krupp-Affäre die Oeffentlichkeit derart erregt habe, daß diese Oeffentlichkeit auch ein Anrecht darauf habe, daß die Verhandlungen nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Ja mehr noch: gerade das Kriegsministerium habe das lebhafteste Interesse daran, daß die Verhandlungen so weit als irgend möglich vor aller Oeffentlichkeit stattfinden, damit alle Welt erführe, was denn eigentlich los sei. Leider steht der bisherige Verlauf des Prozesses sehr wenig im Einklang mit dieser schönen Erklärung!

Unter Oeffentlichkeit der Verhandlung ist doch wohl zunächst nicht nur zu verstehen, daß nur anderhalb Duzend Vertreter der Presse die Möglichkeit haben, den Verhandlungen beizuwohnen. Sicherlich gibt es auch recht zahlreiche nicht der Presse angehörige Personen, die ein lebhaftes Interesse an den Verhandlungen nehmen und auf Grund besonderer Erfahrungen vielleicht noch viel besser in der Lage sind, den Verhandlungen mit kritischem Verständnis zu folgen, als die wenigen Journalisten. Selbst der ausführlichste Bericht in der Presse ist nur ein höchst unzulänglicher Ersatz für das persönliche Verfolgen der Verhandlung. Warum also hat man nicht ein geräumiges Verhandlungslokal gewählt, wie das doch zuerst geplant gewesen sein soll? Das gewählte Zimmer hat kaum hundert Quadratmeter Flächenraum, so daß die Pressevertreter auf den zwei Zuhörerbänken des Hintergrundes zusammengeschoben sind und selbst zahllose Journalisten die Einlasskarten abgeschlagen werden „müßten“. Nicht einmal Tische sind für die im Schweige ihres Angesichts stonenden Pressenmenschen vorhanden, so daß die Berichte auf den Knien oder auf der zehn Zentimeter breiten Geländerbrüstung niedergeschrieben werden müssen. Zu ventilieren ist der höchst enge, primitive und sehr bald stichige Raum auch nicht. Man sperrt zum Koibehel die Fensterflügel auf — mit dem Effekt, daß den Journalisten die Manuskriptfahnen davonwirbeln und empfindlichere Naturen bei der unangenehmen Zugluft einen bösen Schnupfen riskieren. War das alles nötig, wenn man den ernstlichen Willen hatte, die Oeffentlichkeit der Verhandlung zu sichern?

Aber das sind nur die geringsten Bedenken gegen diese Art militärgerichtlicher „Oeffentlichkeit“. Viel befremdender ist es, daß man die Oeffentlichkeit nur zuläßt für relativ belanglose Präliminarien, aber sofort die Falltür zuschnappen läßt, wenn die Verhandlungen anfangen, für die Oeffentlichkeit interessant und wichtig zu werden. Was der öffentliche Teil der Verhandlungen am ersten Tage — trotz achtstündiger Verhandlungen — ans Licht förderte, war in großen Zügen bereits durch die Mitteilungen der Presse über den Verlauf der Voruntersuchung bekannt geworden. Man wußte, daß sowohl Brandt wie die sieben Angeklagten eingestanden hatten, dem Agenten der Firma Krupp gegen Geld und gute Worte die wichtigsten Mitteilungen aus dem streng geheim zu haltenden amtlichen Akten gemacht zu haben. Man wußte alles, sogar die ungefähre Höhe der von Brandt ausgesetzten Schmiergelder. Worauf es ankam, war, Genaueres über den Charakter der verratenen Amtsgeheimnisse zu erfahren, um sich ein eigenes Urteil über den Wert der an die Firma Krupp verratenen Tatsachen bilden zu können, um dergestalt einen Maßstab für die von der Kanonensfirma gesponnenen Intrigen gegen die Konkurrenz und das steuerzahlende Volk zu gewinnen. Vor allem aber auch, um eine Kontrolle darüber zu haben, wie tief man bei dem ganzen Verfahren schürfte, ob man sich nicht in Nebenabsichten verlor, um lediglich den recht gleichgültigen sieben Opfern des Brandt den Strick zu drehen, während es doch vielmehr gerade galt, dem ganzen Korruptions-system auf die Spur zu kommen und die wahrhaft Schuldigen auf die Anklagebank zu zerrn!

Man beachte: Mehr als 700 „Kornwalzer“ aus den Jahren 1910—1913 sind im Geheimschrank der Firma Krupp entdeckt worden, dazu das Notizbuch des Brandt, dessen Aufzeichnungen bis zum Jahre 1906 zurückgingen. Und was soll die Oeffentlichkeit (die nach der schönen Rede des Anklagevertreter ein Recht darauf hat, zu erfahren, was denn eigentlich los ist!) erfahren? Offenbar nur den Inhalt von etwa einem Duzend dieser Kornwalzer, von denen zudem etliche nur sorgfältig revidiert und kastriert verlesen worden sind. Die zu unterrichtende, fieberisch gespannte Oeffentlichkeit erfährt also nur das Belangloseste der Harmlosigkeiten — alles andere wird hinter verschlossenen Türen verhandelt! Da stellt sich der Laienverstand unter Oeffentlichkeit denn doch etwas ganz anderes vor!

Freilich, man erklärt: all diese wichtigen und interessanten, überhaupt erst einen tieferen Einblick in das Bestehungsgetriebe gewährenden Erörterungen gefährdeten die Staatsicherheit oder das militärdienstliche Interesse. Du lieber Gott: diese Begriffe lassen sich sehr lauschhaftig kommentieren! Kein Mensch weiß, ob die Auffassung des Gerichts und der Sachverständigen sich objektiv rechtfertigen ließe. Alles ist da in das Ermessen der Instanzen gestellt. Man kann gutgläubig sein, aber auch ebenso skeptisch. Die Volksmehrheit aber wird zweifellos zur Skepsis neigen. Und wer wollte ihr das angesichts der Vorgeschichte des ganzen Prozesses und früherer Erfahrungen — Prozeß Dilse! — verdenken!

So steht jedenfalls das Eine fest, daß von einer wirklichen Oeffentlichkeit der Verhandlung gar keine Rede sein kann!

Zimmerhin bot das öffentliche Verhandelte noch genug des Beachtlichen und Nachdenklichen. Jedenfalls können die Kruppoffiziere — in der Presse oder wo sie sonst immer zu finden sein mögen — schon jetzt einpacken. Denn daß der Verführer Brandt nur ein untergeordnetes Organ der Firma Krupp gewesen sein soll — ein Subalterner, der sich in unbesonnenem Eifer zu Uebergriffen ärgerlicher Art habe hinreißen lassen, hat sich als eine Legende erwiesen, die auch bei den Allerdümmsten keinen Glauben mehr finden kann.

Daß man ihn, den ehemaligen Feuerwerker, auf einen so wichtigen und so glänzend bezahlten Posten gestellt hat — er selbst rühmte sich nach den Aussagen der Angeklagten eines Gehaltes, das höher sei als das eines Regimentskommandeurs — kann seinen Grund nur darin gehabt haben, daß man just diesen Feuerwerker, diesen Exkammeraden der auszuwählenden Zeugoffiziere für den gegebenen Mann hielt. Gerade weil die nach (offiziellem) Rang und Vorbildung höher zu wertenden Beamten in gleicher Mission der Kanonensfirma, die mit Unwillen ihr Monopol bedroht wäunte, nicht das Erwartete zu leisten vermochten, griff man zu dem gewandten Subalternen, der alle Schleichwege kannte und raffiniert ausnützte. Seine und seines Nachfolgers Geheimberichte aber dienten den Herren Direktoren der Firma Krupp als schätzenswertes Material, um die Profite der Kanonendynastie zu sichern und den Staat (und das Volk!) zu überborteilen!

Dabei galt aber der ehemalige Feuerwerker Brandt den Bestochenen als gar großes Tier. Er war der bewunderte Elefant der Regelabende der Feuerwerker, der Mann, der es zu etwas gebracht hatte, das Vorbild aller strebsamen Kameraden! Seine Karriere nachzumachen war der Traum all der kleinen Zeugleutnants, denen sein großes Portemonnaie, seine scheinbar allmächtige Position imponierte. Brandt war die Firma Krupp selbst — und die Firma Krupp, na, die war ja quasi der Staat in Person, die war informierter über die intimsten Interna der Landesverteidigung als das Kriegsministerium selber!

Für die Angeklagten war Brandt eine Respektsperson, ein Mann, dessen Freundschaft als Auszeichnung, als Ehre galt. Er wußte ja alles noch besser als sie selbst, hielt ihnen die erstaunlichsten Vorträge, renommierte mit seinen viel höher hinaufreichenden Beziehungen. Wenn er die Gewissensstrümpel bei ihren Berrätereiern damit beschwichtigte, daß ja ihre Vorgesetzten im Grunde gar nichts gegen ihre Indiskretionen hätten, daß er ihrer ja auch nur zur Kontrolle und zur Stärkung seiner persönlichen Stellung bedürfte, so glaubten sie ihm das aufs Wort. Er war ja so brillant unterrichtet, er wußte ja mehr als mancher Offizier!

Offenbar haben die von Brandt Ungarnen ihre wertvollen Dienstgeheimnisse für ein Butterbrot verraten. Für wahre Trinkgelder pumpt sie der Krupp-Agent aus. Er spielte zu täuschend den allmächtigen Mann, den Vertrauensmann der Firma Krupp und angesehenster Behörden. Und die Zeugoffiziere glaubten ihm, weil ja alles für die Wahrheit dieser Renommistereien sprach. Der Nimbus der Monopolfirma, die sogar das unverbüßliche „allerhöchste“ Vertrauen genoss — konnte einer der Angeklagten doch an jene Jubiläumssrede Wilhelms II. erinnern — umkleidete auch ihren Berliner Vertreter mit einer Gloriole. Für Krupp gab es eben kein Geheimnis!

Daraus erklärt sich denn auch ein wahrhaft grotesker Widerspruch, eine tolle Tragikomödie. Die Herren Offiziere ahnten kaum, wiech verwegenes, verhängnisvolles, landesverräterisches und volkschädliches Spiel sie durch ihre Fehlersdienste für die Kanonensfirma spielten. Eine arme, seltsame Proletarierin dagegen, eine kümmerlich sich durchschlagende Friseurin, die Geliebte eines der Angeklagten, erklärte schon im Jahre 1912 in einem Briefe, daß der Verrat der Dienstgeheimnisse ein „Weltskandal“ sei, daß die kleinen Firmen durch die Kruppische Spionage unerhördet benachteiligt würden, usw. usw. Was diese halbe Analphabetin begriff, war den Zeugoffizieren zu hoch! Sie verrieten strupellos die wichtigsten Dienstgeheimnisse an eine Konkurrenzfirma, sie nahmen ohne Gewissensbisse Bestechungsgelder. Und ihre Entschuldigung? Die Firma Krupp wisse bei ihren innigen Beziehungen zum Kriegsministerium ja ohnehin alles, und Geld nehme ja alles, was mit der Firma Krupp in Verbindung komme!

Zweifellos sind die sieben Angeklagten nicht das Opfer von Geldgier, Genußsucht und Stellenjägerie geworden, sondern das Opfer des Systems, des Systems, über das schon so viel enthüllt worden ist und zu dessen Entlarbung gerade dieser Prozeß die glänzendste Gelegenheit böte.

Man müßte sich nur nicht darauf beschränken, lediglich den Verfehlungen dieser untergeordneten Opfer auf allen Kreuz- und Querspfaßen nachzuspüren, sondern auch all den Spuren eifrig und kombinatorisch nachzugehen, die sich mit den plump-deutschen Fahrten der auf der Anklagebank sitzenden armen Schächer kreuzen!

Vielleicht, wahrlich ein wenig sogar hätte die Oeffentlichkeit hierzu wertvollste Fingerzeige geben können, wenn man sie nicht gerade von der Kenntnis des Details ausgeschlossen hätte, die erst ein deutliches Bild der ganzen Affäre zu geben vermögen!

Ob man dem Staatswohl im wahrhaftigeren Sinne nicht mehr gebient haben würde, wenn man den Ausschluß der Oeffentlichkeit nur auf wenige, absolut unvermeidbare Fälle beschränkt hätte?

Ob man damit nicht auch dem Ansehen der Behörden selbst mehr gebient hätte?

Es ist nicht unsere Sache, die Interessen dieser Behörden zu wahren. Gleichwohl möchten wir noch einmal in elster Stunde ernstlich zu erwägen geben, ob der bislang eingeschlagene Weg wirklich als der richtige, dem Staatsinteresse und dem Volkswohl förderlichste erachtet werden kann!

Denn das dürften zur Stunde schon selbst bürgerliche Präherungen beweisen, daß die Oeffentlichkeit von dem zurzeit geübten Verfahren keineswegs erbaut ist!

In dem kleinen Sitzungssaal des Militärgerichtsgebäudes in der Behrier Straße begann Donnerstag früh vor dem Kommandanturgericht der Residenz Berlin als dem zuständigen Gericht für Militärbeamte der Prozeß in der vielörterten Kruppaffäre gegen Tilián und Genossen. Angeklagt sind der Oberintendantursekretär Pfeiffer aus Steglitz, der Zeugleutnant Hoge aus Charlottenburg, der Feuerwerker Dröse, früher bei der Artillerieprüfungskommission, später Angestellter der Firma Krupp, der Zeugleutnant Adolf Tilián von der Spandauer Munitionsfabrik, der Zeugleutnant Hinst vom Marienburger Artilleriedepot, der Zeugleutnant Helmut Schleuder und der Feuer-

werker Jürgen Schmidt. Die Anklage ist erhoben worden wegen etwa 900 Fälle des Vorgehens gegen das Gesetz über den Verbot militärischer Geheimnisse, der Bestechung und des Ungehorsams gegen militärische Befehle. Der Gerichtshof setzt sich zusammen aus dem Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens, dem juristischen Beistand Kriegsgerichtsrat Dr. Verensprung und dem militärischen Beistand Oberst Hauffe, Major Wagner und Hauptmann von Langendonk. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Dr. Welt, die Verteidigung der Angeklagten führen die Rechtsanwälte Ulrich, Dr. Wagnau, Dr. Thurm und Graße. Zu der Verhandlung, für die drei Tage in Aussicht genommen sind, sind bisher etwa dreißig Zeugen geladen worden, darunter eine Reihe von Offizieren und jegige und frühere Angestellte der Firma Krupp. Weiter wohnen der Verhandlung zwölf militärische Sachverständige bei, ebenso Vertreter des Kriegsministeriums.

Die Anklage behauptet, daß die Angeklagten dem Leiter der Kruppischen Filiale in Berlin, dem früheren Feuerwerksfeldwebel Max Brandt, für diesen wertvolle Informationen über Neuanordnungen gegeben und bei Submissionsausarbeiten dem Brandt die Preise der Konkurrenzfirmen mitgeteilt haben, wofür ihnen von Brandt Gefälligkeiten durch Einladungen in Restaurants und Theater erwiesen und auch Gelddarlehen und Geldgeschenke gewährt worden sein sollen. Die Angeklagten waren im Februar, ebenso wie Brandt, beim Beginn der Voruntersuchung in Haft genommen worden, aus der sie jedoch inzwischen sämtlich entlassen sind.

Der erste Angeklagte ist der Zeugleutnant Adolf Tilián von der Munitionsfabrik in Spandau. Er ist 1876 in Berlin geboren, evangelisch und verheiratet. Sein Vater war Polizeisekretär. Er hat die Unteroffizierschule in Potsdam besucht, wurde 1901 Zeugfeldwebel und 1908 Zeugleutnant. Sein militärisches Führungstest lautet: Zeugleutnant Tilián hat sich gut geführt und zu Klagen keinen Anlaß gegeben; seine wirtschaftlichen Verhältnisse waren geordnet. — Der zweite Angeklagte ist Zeugleutnant Helmut Schleuder vom Artilleriedepot in Koblenz. Er ist im Jahre 1878 im Kreise Arnswalde geboren. Sein Vater war Viehhändler. Er hat das Einjährigzeugnis, trat 1897 bei der Feldartillerie ein, wurde 1894 Zeugfeldwebel in Rastatt und ist seit 1910 Zeugleutnant. Nach seinem Führungszugnis ist er ein fleißiger und strebsamer Zeugoffizier, er hat sich bis jetzt vorzüglich geführt. — Der dritte Angeklagte Emil Hinst ist 1882 in Koblenz bei Weh geboren. Sein Vater ist kaiserlicher Regierungsrat. Er trat mit dem Einjährigzeugnis bei der Feldartillerie ein, wurde 1906 Zeugfeldwebel, 1912 Zeugleutnant. Nach seinem Führungszugnis hat er sich bis jetzt sehr gut geführt und zu Klagen keinen Anlaß gegeben. — Der Angeklagte Feuerwerker Jürgen Schmidt vom Artilleriedepot der Feldzeugmeisterei ist 1888 in Wolgast als Sohn eines Handelsmannes geboren. Er war Unteroffizier und wurde 1911 Feuerwerker. Seine Führung wird dienstlich und moralisch als vorzüglich bezeichnet. — Der Angeklagte Richard Dröse ist der einzige Angeklagte, der in Zivil erscheint, da er jetzt Beamter der Firma Krupp in Essen ist. Er wurde 1876 im Kreise Wollin geboren; sein Vater war Landwirt. Er ist verheiratet und wohnt in Essen. Er trat mit der Berechtigung zum Einjährigendienst 1894 beim Militär ein und wurde 1899 Zeugfeldwebel, 1907 schied er aus dem aktiven Militärdienst aus, um zur Firma Krupp überzugehen. Das Führungstest lautet ebenfalls sehr gut. — Der Angeklagte Zeugleutnant Arthur Hoge ist der Sohn eines Schiffsfabrikanten. Er ist mit dem Einjährigzeugnis bei der Artillerie eingetreten, wurde 1900 Zeugfeldwebel und 1907 Zeugleutnant. Er ist einmal mit einem einfachen Verweis bestraft worden. Sein militärisches Zeugnis lautet dahin, daß er sicher und gewandt, sowohl im militärischen Dienst als im Umgang war, daß er ein fleißiger und strebsamer Zeugoffizier von außerordentlich scharfer Auffassungsgabe ist. — Der letzte Angeklagte, Oberintendantursekretär Pfeiffer, ist 1866 im Kreise Oesterode geboren und Vater von vier Kindern. Er wurde 1891 Feuerwerker, 1898 Oberfeuerwerker und dann in das Kriegsministerium berufen. Von da ist er im Februar 1913 abberufen worden. Nach seinem Zeugnis war er ein genauer, gewissenhafter Beamter, seine Leistungen waren vorzüglich.

Dieser bringt Kriegsgerichtsrat Welt die Anklage ein. Sie wirft den Angeklagten Tilián, Schleuder, Hinst und Schmidt vor, daß sie für Handlungen, die eine Verletzung der Dienstpflicht enthielten, Geschenke angenommen bzw. sich Vorteile haben verschaffen lassen, ferner, daß sie sich Ungehorsam gegen dienstliche Befehle haben zu schulden kommen lassen, wodurch erhebliche dienstliche Nachteile entstanden seien. Sie sollen als Beamte, die zur Geheimhaltung dienstlicher Angelegenheiten verpflichtet waren, der Privatindustrie und zwar dem Bureauchef der Berliner Vertretung der Firma Krupp Mitteilungen teils schriftlich, teils mündlich über Beschaffenheit der Heeresverwaltung und Preisangebote und über den Ausfall von Versuchen usw. gemacht haben und dafür von dem Bureauvorsteher Brandt in Gastwirtschaften und Theatern freigehalten worden sein, sie sollen auch

Geldgeschenke

angenommen und sich Anstellungen bei der Firma Krupp haben verschaffen lassen. Den Angeklagten Dröse und Hoge wird gleichfalls zur Last gelegt, daß sie sich ungehorsam gegen den Befehl zur Geheimhaltung dienstlicher Angelegenheiten gezeigt haben, Dröse soll sich auch eine Anstellung bei der Firma Krupp haben verschaffen lassen, die inzwischen auch erfolgt ist. Dem Angeklagten Pfeiffer schließlich wird zur Last gelegt, daß er dem Bureauchef Brandt Mitteilungen über dienstliche Angelegenheiten gemacht hat, er soll ihm zwei spezialisierte Staatsanwältige geliefert haben, wofür er mit seiner Familie in Restaurants und Theatern freigehalten wurde und zu Weihnachten mehrere Male Geldgeschenke in Höhe von 100 M. bekommen haben. Sämtlichen Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie durch diese Handlungen vorzüglich und rechtswidrig Schriften, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung lag, sich verschafft und einem Dritten mitgeteilt haben.

Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens: Sind Anträge auf Ausschluß der Oeffentlichkeit zu stellen? — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Welt: Meine Herren Richter! Der Sachverhalt, der der Anklage zugrunde liegt, hat die deutsche und die ausländische Oeffentlichkeit in hohem Maße erregt, die Oeffentlichkeit hat insolge dessen einen Anspruch darauf, durch eine

Oeffentliche Verhandlung

zu erfahren, was eigentlich los ist. Die Heeresverwaltung hat das dringendste Interesse daran, daß öffentlich verhandelt wird. Der Fall hat zu schweren Angriffen gegen die Heeresverwaltung Veranlassung gegeben; von der Tribüne des Reichstages ist ihr das Wort Panama entgegengeschleudert worden; die Heeresverwaltung war dabei in einer unangenehmen Situation, da sie mit Rücksicht auf die schwebenden Zivil- und militärischen Verfahren nicht darauf antworten konnte. Ich bin also unbedingt dafür, daß öffentlich verhandelt wird, eine Ausnahme darf nur insofern gemacht werden, als das Interesse der Landesverteidigung dies erfordert. Also unter Umständen wird dies notwendig werden bei der Erörterung einiger „Kornwalzer“, bei denen es sich um artilleristische Konstruktionen handelt. Im übrigen bitte ich, grundsätzlich in weitestem Maße öffentlich zu verhandeln und die Oeffentlichkeit nur im einzelnen Fall auszuschließen, wenn es unbedingt

notwendig ist. — Verteidiger Rechtsanwalt Ulrich: Vom Standpunkt der Verteidigung schließe ich mich diesen Ausführungen durchaus an, ich bitte gleichfalls darum, öffentlich zu verhandeln, damit die unglaublichen Uebertreibungen, unter denen auch die Angeklagten in der entgegengesetzten Weise haben leiden müssen, auf das Minimum zurückgeführt werden, das an der Sache dran ist.

Nach kurzer Beratung verlässt der Verhandlungsführer folgenden Beschluss des Gerichts: Das Gericht beschließt öffentlich zu verhandeln und behält sich eine Abänderung dieses Beschlusses im Lauf der Hauptverhandlung vor. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. West: Falls die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden sollte, bitte ich den Staatsanwaltschaftsrat Loepfer, dem Bearbeiter des Zivilverfahrens gegen Brandt, und den Geheimen Regierungsrat Dr. Schulz, vortragenden Rat im Reichsamt des Innern, der im Auftrage des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern, des Vorgesetzten der Militärprüfungscommission der Verhandlung hier beizuhelfen, zulassen zu wollen.

Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens gibt den Richtern eine kurze Darstellung der Grundlage der Anklage: Die Firma Krupp besah bis etwa 1900 in der Lieferung artilleristischer Materials für das Landheer eine

gewisse Monopolstellung.

Um diese Zeit geriet diese Stellung ins Wanken, es machte sich ein wirksamer Wettbewerb geltend, insbesondere seitens der Rheinischen Metallwarenfabrik. Bei der Direction der Firma Krupp in Essen führte man dies darauf zurück, daß der Vertreter der Firma in Berlin, ein Herr v. Schäg, seiner Stellung nicht gewachsen sei, und beschloß, ihm in der Person des Maximilian Brandt eine Hilfskraft zur Seite zu stellen. Brandt war Vorsteher eines Bureaus bei Krupp in Essen und wurde 1906 nach Berlin entsandt, um Herrn v. Schäg zu unterstützen. Welche Instruktionen Brandt von seiner Firma erhalten hat, wird die heutige Verhandlung ergeben. Brandt hat jedenfalls seine Aufgabe dahin aufgefaßt, daß er so viel wie möglich sich Nachrichten verschafft und nach Essen geschickt hat. Er soll sich zu diesem Zweck mit den Beamten der in Frage kommenden Behörden in Verbindung gesetzt haben, um für seine Firma Wichtiges zu erfahren. Brandt war früher selbst Zeugfeldwebel und als solcher in der Artillerieprüfungskommission tätig gewesen. Auch sämtliche Angeklagten waren Zeugfeldwebel oder Feuerwerker, also Kameraden von Brandt. An sie hat sich Brandt herangemacht und, wie es scheint, mit Erfolg von ihnen Nachrichten erfahren. Dies die Grundlage der Anklage. Die Angeklagten gehören drei militärischen Behörden an, und zwar der Zeugfeldweberei, der Artillerieprüfungskommission oder dem Kriegsdienstministerium. Es sind dies die drei Behörden, die bei der Lieferung artilleristischer Kriegsmaterials in Frage kommen.

Es beginnt nun die Vernehmung der Angeklagten. Der erste Angeklagte Tilian hatte das Referat für das Beschaffungswesen von der Privatindustrie in der Zeugfeldweberei. Im Mai oder Juni 1906 hat er gelegentlich eines Ausfluges nach der Obersee den Vertreter von Krupp, Brandt, kennen gelernt. — Verhandlungsführer: Brandt soll immer auf den

Regelabenden der Feuerwerker

erschienen sein. Angell: Auch da ist er dann gewesen. Er trat dann an mich heran und äußerte gelegentlich, daß er viel Wert darauf lege, rechtzeitig über die für die Firma Krupp in Aussicht genommenen Aufträge unterrichtet zu sein. Die Firma könne viel Geld sparen, wenn sie sich frühzeitig einrichten könne und gleichzeitig von den Aufträgen Kenntnis habe, da sie die Aufträge sonst erst, wenn sie über die verschiedenen Kommittees gingen, spät bekäme. Nachdem ich Brandt kennen gelernt habe, habe ich ihm bereitwillig diese Mitteilung gemacht. — Verhandlungsführer: Hat er Sie denn nur ersucht, Ihnen die Mitteilungen über die Aufträge für die Firma Krupp zu machen oder lag ihm nicht auch daran, die Konkurrenzpreise zu erfahren? — Angell: Die Sache liegt fünf bis sechs Jahre zurück. Soweit ich mich erinnere, handelt es sich da nur um Geschöpfungslieferungen und da sind die Forderungen der Firmen fast alle dieselben. Es handelte sich nur um wenige Differenzen im Preise. Da diese Firmen alle Mobilmachungsverträge unterzeichnen müssen, so werden die Aufträge nicht nach dem Mindestpreis erteilt, sondern zu einem allgemeinen Preise, weil eben auch Rücksicht darauf genommen werden muß, den Arbeiterbestand aufrecht zu erhalten. — Verhandlungsführer: Sie sollen nun aber auch die Preise angegeben haben, die die Konkurrenzfirmen gefordert haben. — Angell: Das weiß ich nicht. — Verhandlungsführer: Das wird Brandt aber doch wohl das wichtigste gewesen sein. An dem anderen konnte ihm auch kaum etwas liegen. — Angell: Ich habe nur immer den Durchschnittspreis mitgeteilt, zu dem die Lieferungen vergeben worden sind. Es ist möglich, daß ich hin und wieder auch einmal einen Konkurrenzpreis genannt habe, aber in größerem Umfang und dauernd ist das nicht geschehen. — Verhandlungsführer: Sie haben aber in der Unternehmung gesagt: Zugedenk will ich, daß ich Brandt mündlich und schriftlich die Konkurrenzpreise mitgeteilt habe. — Angell: Da kann es sich immer nur um Geschöpfungslieferungen gehandelt haben, bei denen nur ein Durchschnittspreis in Frage kam. — Verhandlungsführer: Krupp hat aber kein Interesse daran, zu wissen, zu welchem Preise der Aufschlag erteilt ist, sondern was die anderen verlangen haben. Kamentlich wird er doch ein Interesse daran haben, zu erfahren, was die Konkurrenz verlangt hat, bei solchen Lieferungen, bei denen er ausgefallen ist. Wie sind Sie überhaupt dazu gekommen, Brandt diese Mitteilungen zu machen? — Angell: Ich war mit Brandt eng befreundet. Er war ein ehemaliger Kamerad, und

da die Firma Krupp in Frage kam,

hätte ich keine Bedenken gehabt. — Verhandlungsführer: Sie haben früher angegeben, daß Sie hofften, bei einem eventuellen Uebertreten in die Privatindustrie von Brandt bei der Firma Krupp empfohlen zu werden. — Angell: Ich habe immer die Offizierskarriere in erster Reihe verfolgen wollen, allerdings habe ich gelegentlich auch daran gedacht, daß ich vielleicht zu Krupp kommen könnte. Aber wenn ich das hätte wirklich wollen, hätte ich gar nicht so lange warten brauchen. — Verhandlungsführer: Die Anklage nimmt an, daß das treibende Motiv für Sie gewesen ist, daß Sie von Brandt in Vorkalen freigehalten worden sind und daß Sie

auch bares Geld und Darlehen

bekommen haben. — Angell: Wir haben uns gelegentlich in Vorkalen, im Rüstenhof, im Rüstehaus, im Rheingold getroffen und ein Glas Bier getrunken und auch Bekannten etwas gegeben. Brandt hat als der ältere und weil er mich eingeladen hatte, meist bezahlt. Ich habe aber mindestens auch bis zur Hälfte der Fälle bezahlt. Ich habe auch, obwohl er es ablehnte, da Brandt so gaisfrei war und ich bei ihm in der Familie verkehrte, sahste ich mich verpflichtet, mich zu revanchieren und seiner Frau Blumen mitzubringen. Ich habe auch Blumenkörbe von 8-10 M. geschickt. Auch den Kindern brachte ich kleine Geschenke mit und glaubte damit alles quitt zu machen. — Verhandlungsführer: Sie haben angegeben, daß Sie 8- bis 10mal von Brandt eingeladen sind. Kann es nicht mehr sein? — Angell: Nein. — Verhandlungsführer: War nun aber nicht dieses Freibalden in den Vorkalen ein Äquivalent für die Mitteilungen, die Sie über die Preise der Konkurrenz machten? — Angell: Brandt hat nie Andeutungen gemacht, und ich habe auch nie den Gedanken gehabt, daß es dafür sein sollte. — Verhandlungsführer: Sie sollen aber sehr gut geklebt haben und es soll nicht bloß bei einem Glas Bier sein. — Verhandlungsführer: Sie sollen gegenüber dem Zeugen Friedrich Oster renommieren haben von

Zeitgelegen und ähnlichem.

Die Anklage nimmt an, daß Sie sehr gut geklebt haben, und zwar auf Kosten von Brandt. — Angell: Wir haben nur Bier getrunken. Gelegentlich sind wir auch einmal in den Winterstuben gewesen, um uns zu amüsieren. Es kann sein, daß einmal bei einer Geburtstagsfeier ein größeres Gelage gewesen ist, das ich wohl dem Zeugen

Friedrich gegenüber etwas ausgesprochen habe. — Verhandlungsführer: Die Anklage nimmt aber auch an, daß Sie von Brandt auch Geldgeschenke bekommen haben. — Angell: Das bestritte ich ganz entschieden. Ich habe von Brandt wohl einmal kleine Beiräge von 20 bis 30 Mark geborgt und stets am Ersten zurückgezahlt. — Verhandlungsführer: Standen nicht diese Zeitgelegen und Pumperlein im Zusammenhang mit den Mitteilungen an Brandt? — Angell: Nein. Wenn ich von Brandt Geldgeschenke bekommen hätte, hätte ich nicht nötig gehabt, kleine Beiräge zu borgen. Zeuge Friedrich wird befragen, daß wir uns gegenseitig vor dem Ersten mit kleinen Beträgen ausgeholfen haben. — Verhandlungsführer: Brandt hat ohne weiteres zugegeben, daß er von Ihnen die Mitteilungen von Konkurrenzpreisen verlangt hat und daß Sie ihm das ohne weiteres zugelegt haben. Sie hätten ihm diese Mitteilungen auch teils aus dem Munde und bei größeren Lieferungen auf Zetteln gemacht. — Angell: Das lag ihm sofort diese Mitteilungen gemacht hätte, ehe ich ihn kannte, bestritte ich. Ich gebe zu, daß ich ihm auf Zetteln bei größeren Lieferungen die Preise mitgeteilt habe. — Verhandlungsführer: Brandt hat auch angegeben, daß Sie sich meistens im Rüstehaus getroffen hätten und daß Sie zuerst unentgeltlich Mitteilungen gemacht hätten; er als Empfänger der Nachrichten habe die Preise natürlich bezahlt. Später will er Ihnen auch

Geld in die Hand gedrückt

haben, Beträge von 5, 10 und 20 M., allerdings hätten Sie das niemals gefordert. — Angell: Es kann sich dabei nur um Darlehen gehandelt haben. — Verhandlungsführer: Insgesamt will Brandt Ihnen auf diese Weise 200 M. gegeben haben. — Angell: Das ist ausgeschlossen. — Verhandlungsführer: Auch nach 1908, nach Ihrem Ausscheiden aus der Zeugfeldweberei, sollen Sie mit Brandt noch in Verbindung gestanden haben, Sie sind auch am 2. Februar 1913 beobachtet worden, als Sie in Zivil in das Bureau von Krupp in der Vorkalen gingen. — Angell: Am 2. Februar? Da bin ich ja um 11 Uhr 55 Min. mit Frau und Kind nach Harzburg gefahren. — Verhandlungsführer: Das wird ja dann noch aufgeklärt werden. Die Anklage nimmt auch nicht an, daß Sie nach 1908 Mitteilungen an Krupp gemacht haben. — Anklagevertreter Dr. West: Der Angeklagte war seit 1908 bei der Munitionsfabrik in Spandau, die mit Infanteriegeschossen zu tun hatte, wofür Krupp nicht in Frage kommt. — Verhandlungsführer: Wie sind Sie überhaupt dazu gekommen, Mitteilungen an Brandt zu machen? — Angell: Ich habe es lediglich aus freundschaftlichen und kameradschaftlichen Beziehungen getan. — Verhandlungsführer: Haben Sie denn nicht das Bewußtsein gehabt, nicht korrekt zu handeln? — Angell: Nein. — Verhandlungsführer: Sie haben bei Ihrer Anstellung 1901 ein Protokoll unterschrieben, in dem Sie sich verpflichten, alles, was Sie die in die Hand erfahren, geheim zu halten. Sie erklären darin auch, daß Sie sich als Zeugfeldwebel und Zeugleutnant auf Grund ihres Soldateneides zur Amtverschwiegenheit verpflichtet fühlen, namentlich auch in bezug auf alle die Behörde angehenden Angelegenheiten. Es heißt auch in dem Protokoll, daß Sie sich als Zeugfeldwebel und Zeugleutnant auch nach Ihrem Ausscheiden aus dem Dienst zur Geheimhaltung aller im Militärdienst gewonnenen Kenntnisse verpflichtet fühlen. Danach dürften Sie also überhaupt nichts verraten von dem, was bei der Behörde vorgeht. In einer weiteren Verfügung wird auch vor den Agenten der Privatindustrie gewarnt, die von einer Behörde zur anderen herumlaufen und horchen, es wird gesagt, diese Agenten stellen dann an die einzelnen Beamten Fragen und suchen aus deren Beantwortung dann ihre weiteren Schlüsse zu ziehen, und es wird in der Verfügung daher allen Offizieren und Beamten die

größte Vorsicht gegenüber den Vertretern der Privatindustrie

empfohlen, insbesondere aber Vorsicht gegenüber ehemaligen Kameraden und ehemaligen Offizieren, es wird gesagt, am besten sei es, offen zu sagen, ich kann keine Antwort geben. Es ist Ihnen also danach die Geheimhaltung strikte anbefohlen worden. Diese Verfügung, die 1904 erlassen ist, stützt sich auf eine frühere Verfügung vom Jahre 1897, in welcher die Inspektion davor warnt, den Vertretern von Firmen Aufkäufe zu geben, insbesondere in Fällen, in denen die Entscheidung noch aussteht, solle man die größte Zurückhaltung gegenüber den Vertretern der Privatindustrie üben. — Angell: Diese Verfügung ist lange vor meiner Anstellung erlassen. — Verhandlungsführer: Es ist aber auch im Jahre 1906, also zu einer Zeit, in der Sie schon mit Brandt in Verkehr gestanden, erneut Anlaß genommen worden, die anbefohlene Vorsicht gegenüber den Vertretern von Privatfirmen in bezug auf Aufkaufstellungen erneut ins Gedächtnis zu rufen. — Angell: Dann wundere ich mich, daß die

Vertreter der Firmen das Kriegsdienstministerium überlaufen,

und daß man sie überhaupt hincinläßt. — Verhandlungsführer: Das können Sie doch nicht entscheiden. Diese Vertreter können Besprechungen mit Mitgliedern der Zeugfeldweberei haben und Sie können am wenigsten unterscheiden, was nötig ist und was nicht. Das ist doch etwas ganz anderes als diese Aufkaufstellungen über Hintertreppen. — Angell: Ich habe aber gesehen, daß die Vertreter der Firmen Aufkäufe erhalten haben. — Verhandlungsführer: Wissen Sie das genau? — Angell: Nein, es ist das nur mein Gefühl gewesen. — Verhandlungsführer: Bei Ihren Fällen handelt es sich durchaus um freibändige Beschaffung von Materialien durch die Zeugfeldweberei, und da ist es verboten, Mitteilungen zu machen. Ich frage Sie also nochmals, haben Sie kein Bedenken gehabt, daß Sie auf solchem Wege waren, als Sie Brandt heimlich Mitteilungen zukommen ließen? — Angell: Nein, ich habe nie den Gedanken gehabt. — Verhandlungsführer: Auch nicht als Sie sich heimlich mit Brandt trafen? — Angell: Wir haben uns nicht heimlich getroffen, sondern in offenen Lokalen. — Verhandlungsführer: Hat Brandt Sie denn jemals öffentlich bei der Behörde aufgesucht? — Angell: Nein, dazu hatte er wohl keine Zeit und deshalb trafen wir uns des Abends in einem Lokal. — Verhandlungsführer: Sie sollen den Brandt stets auf dem Laufenden gehalten und ihm

mindestens 350 Berichte gegeben

haben. — Angell: Ich möchte entschieden bestritten, daß mein Verkehr einen derartigen Umfang angenommen hat. Es hat sich immer nur um gelegentliche Mitteilungen gehandelt. — Verhandlungsführer: Brandt pflegte das Material zu verarbeiten. Diese Berichte sandte er nach Essen und gab ihnen die Bezeichnung „Kornwalzer“. Dort in Essen sind die Berichte aufgenommen worden und zwar von einem

Herrn v. Dewitz, dem Generalstabschef der Firma Krupp.

Zu ganzen sind in Essen über 700 Kornwalzer beschlagnahmt worden. Diese Berichte wurden nicht lange Zeit aufbewahrt, denn die Ältesten, die beschlagnahmt worden sind, kamen aus dem Jahre 1910. Aus den Jahren vorher haben wir die Tatsache, daß Kornwalzer nach Essen gegangen sind, nur aus einem Notizbuch feststellen können, das bei Brandt beschlagnahmt worden ist. Dieses Notizbuch beginnt mit dem Herbst 1906, also mit der Zeit, wo Brandt den Dienst bei der Berliner Filiale antrat. Das Notizbuch enthält auf 19 Seiten die Aufzeichnungen über alles Material, das der Angeklagte Tilian dem Brandt geliefert haben soll. Dieser Verkehr muß sehr ausgebeutet gewesen sein, denn es datieren 3. B. Berichte vom 21. 9. 1906, 22. 9. 1906, 23. 9. 06, und vom 23. 9. 06. Im Oktober fängt es wieder so an: 2. 10., 3. 10., 12. 10., 15. 10., 19. 10. usw., daraus geht hervor, daß der Angeklagte Tilian dem Brandt eine ganze Menge Material gegeben haben muß. — Angell: Ich kann nicht glauben, daß es so viel Material gewesen ist. Es fand mir ja so viel Material gar nicht zur Verfügung. — Verhandlungsführer:

Brandt wollte eben alles wissen, was nach seiner Meinung für die Firma Krupp von Nutzen sein konnte. Er hat ganz zweifellos auch vieles berichtet, nur um zu berichten, und er hat auch belanglose Sachen nach Essen geschickt, die die Firma längst kannte. — Angell: Ich möchte bezweifeln, daß Brandt das in seinem Notizbuch aufgeführte Material ausschließlich von mir hat. — Verhandlungsführer: Das hat Brandt aber sofort vor der Polizei ausgelegt. Er hat gesagt, Sie wären derjenige gewesen, der ihm das Material gegeben hätte; er hätte keine andere unterirdische Quelle gehabt. — Angell:

1906 stand die Umbewaffnung der Feldartillerie in Frage.

Wenn ich mich damals mit Brandt oft getroffen habe, so darf das nicht auf diese Sachen zurückgeführt werden, sondern ich habe eben damals dienstlich mit ihm viel zu tun. — Verhandlungsführer: Sie sollen dem Brandt auch Ihren Nachfolger Schleuder zugeführt haben. — Angell: Ich habe dem Brandt Schleuder als meinen Nachfolger vorgestellt, und zwar nicht auf der Behörde, sondern auf einem Beurlaubend. Selbstverständlich sagte ich ihm, daß es sich um den Bureauchef der Firma Krupp handele, und daß Brandt über Aufschlagerteilungen und andere Dinge möglichst unterrichtet zu werden wünsche, weil die Firma Krupp sonst die kurzen Lieferfristen nicht einhalten könne. — Verhandlungsführer: Schleuder stellt die Sache anders dar. Einmal soll es im Rheingold gewesen sein, und da sollen Sie dem Schleuder gesagt haben, er möge sich Brandt gegenüber wohlwollend verhalten. — Angell: Aber damit habe ich dem Schleuder nicht etwas Unrechtes zumuten wollen. — Verhandlungsführer: Schleuder aber hat sofort nichts anderes getan, als was Sie auch getan haben. Schleuder hat schließlich gegen diese Tätigkeit erhebliche Bedenken gehabt. Er hat sich s. B. geweigert, seinen Nachfolger Hinst dem Brandt zuzuführen. — Verhandlungsführer: Unter den Sachen, die Sie dem Brandt mitgeteilt haben, dürften sich auch solche befinden, deren

Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung

erforderlich war. Wenn das Ausland diese Mitteilungen alle erfahren hätte, über die Bestellung von so und soviel Granaten usw., dann hätte das Ausland daraus Nutzen ziehen können und unsere Landesverteidigung wäre gefährdet worden. Haben Sie sich nicht diese Sache überlegt, haben Sie nicht daran gedacht, daß Brandt mit seinen Mitteilungen auch Unfug treiben könnte? — Angell: Ich habe niemals ein derartiges Gefühl gehabt. Wenn es nicht Krupp gewesen wäre, wäre es mir überhaupt nicht in den Sinn gekommen, so etwas zu tun, weil ich immer das Gefühl hatte

Krupp und der Staat Hand in Hand arbeiten,

daß es da überhaupt keine geheimen Dinge gibt. Ich kenne Sachen aus meinen dienstlichen Verfügungen, aus denen ich diese Ansicht schöpfe. Ich habe niemals das Gefühl gehabt, daß der Staat hätte Schaden leiden können. — Verhandlungsführer: Aber Sie wußten doch, daß Krupp Vorteile von diesen Mitteilungen hatte und daß er die Konkurrenz ausschalten wollte. Haben Sie nicht daran gedacht, daß Krupp nun, um die Konkurrenz auszuscheiden, möglichst billige Preise machen und, nachdem er die Konkurrenz tot gemacht, dann mit den Preisen wieder in die Höhe gehen würde? — Angell: Das halte ich für vollständig ausgeschlossen. Krupp kannte die Leistungsfähigkeit der Rheinischen Metallwarenfabrik ganz genau. Diese Fabrik hatte sich die Lieferungen übernommen, sie konnte die Aufträge nicht ausführen, es wurden ihr große Aufträge wieder abgenommen. Krupp wußte das alles ganz genau. — Verhandlungsführer: Selbst wenn das wahr wäre, wären Sie doch zu solchen Handlungen nicht berechtigt gewesen. — Angell: Selbstverständlich nicht. Das wollte ich damit auch nicht gesagt haben. — Verhandlungsführer: Wenn Krupp alles gewußt hätte, hätte er doch nicht den Brandt nach Berlin geschickt. So ganz belanglos werden diese Mitteilungen also nicht gewesen sein. — Angell: Brandt hat mir niemals gesagt, daß er zu diesem Zwecke nach Berlin gekommen wäre. — Verhandlungsführer: Er wird sich auch schon haben. — Angell: Er wird Ihnen doch nicht sagen, daß er Ihre Spion ist. — Angell: Er hätte das auch anders sagen können. — Verhandlungsführer: Das soll er auch getan haben. Er soll Ihnen gesagt haben, er wolle

alles über die Konkurrenz erfahren.

— Angell: Darauf kann ich mich nicht besinnen. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. West: Wie hoch waren die Einkünfte des Angeklagten und des Kaufmanns von Haus? — Angell: Mein monatliches Einkommen betrug ungefähr 175 M. Zuschüsse bekam ich nicht, aber ich wohne billig bei meiner Mutter.

Es folgt die Vernehmung des zweiten Angeklagten, des Zeugleutnants Helmut Schleuder vom Artilleriebataillon Koblenz. Er war der Nachfolger des Angeklagten Tilian und gibt an: Tilian fragte mich eines Tages, ob ich Zeit hätte, er wolle mir einen Herrn vorstellen. Wir gingen ins Rheingold, und Tilian sagte mir, daß es sich um den Bureauchef der Firma Krupp handle, dem ich anstandslos alles sagen könnte. Brandt wurde mir dann auch vorgestellt, und er fragte mich, ob er sich an mich wenden könnte, wenn er irgend etwas brauchte. Ich sagte ihm das zu, ich wußte aber noch nicht, um was es sich handelte. — Verhandlungsführer: Hat Tilian gesagt, daß er auch mit Brandt verkehrt hätte? — Angell: Jawohl, aber er fügte hinzu, daß absolut nichts dabei wäre. — Verhandlungsführer: Was haben Sie dem Brandt mitgeteilt? — Angell: Aufschlagerteilungen und die Preise anderer Firmen. — Verhandlungsführer: Sie sollen sich allwöchentlich mit Brandt getroffen haben. — Angell: Die Zusammenkünfte waren ganz unregelmäßig. — Verhandlungsführer: Die Anklage nimmt an, daß Tilian sehr flott gelebt hat, während Sie sich bei dem Treffen mit Brandt sehr anspruchslos verhielten. — Angell: Ich habe manchmal nur ein Glas Bier getrunken. — Verhandlungsführer: Haben Sie Geschenke von Brandt bekommen? — Angell: Jawohl, aber sie waren keine Entschädigungen für die Leistungen, die ich Brandt gewährt habe. Brandt hat es verstanden, sich als älteren Kameraden auszugeben, der wußte, wie wenig Gehalt ein Zeugfeldwebel hat; jedenfalls ist Brandt niemals an mich mit dem Ansinnen herangetreten, ihm gegen Geld Mitteilungen von dienstlichen Dingen zu machen. — Verhandlungsführer: Brandt wird das auch dezent gemacht haben. Er soll Ihnen hier und da ein

10- oder 20-Markstück in die Hand gedrückt

haben, und im ganzen sollen Sie etwa 200 bis 300 M. bekommen haben. — Angell: 200 M. kann stimmen. — Verhandlungsführer: Brandt hat gesagt, für eine gute Auskunft hätte er 30 M. gegeben, für eine weniger gute 10 M. — Angell: Diese Aussage verstehe ich nicht. — Verhandlungsführer: Was haben Sie sich denn gedacht, hielten Sie Brandt für einen Millionär oder für einen so großen Menschenfreund? — Angell: Ich hielt Brandt für einen älteren Kameraden, der Vermögen hat und der seinen jüngeren Kameraden helfen will. — Verhandlungsführer: Ist Ihnen nicht zum Bewußtsein gekommen, daß Sie etwas Unrechtes täten? — Angell: Ich weiß nicht. — Verhandlungsführer: Am Schlusse icknen Sie dieses Bewußtsein gehabt zu haben, denn Sie haben sich geweigert, Ihren Nachfolger dem Brandt zuzuführen. — Angell: Ja, aber nur, weil ich nicht wußte, ob meinem Nachfolger der Verkehr mit Brandt genehm wäre. — Verhandlungsführer: Es war Ihnen also bewußt, daß Sie etwas Unrechtes täten. — Angell: Jawohl, aber ich dachte nicht an ein großes Unrecht. Brandt hat mir soviel von seinen Beziehungen zu meinem Vorgänger erzählt, und nur diese Beziehungen waren für mich bestimmend, ihm Auskunft zu geben. Er hat dann auch gesagt, er wolle diese Instruktionen lediglich für sich haben, um seine Stellung zu festigen. Ich hatte das Gefühl, daß Brandt sich bei seiner Firma ungenügend machen wolle. — Verhandlungsführer: Sie haben aber auch die Verfügung mit unterschrieben, in der Sie sich unter Berufung auf Ihren Fahneneid verpflichten, fremden Beuten gegenüber alle dienstlichen Angelegenheiten geheim zu halten. Wie verhält sich diese eidliche Verpflichtung mit diesen fortgesetzten Ausplaudereien? — Angell: Damals war mir diese

Wagt dann in der Vernehmung der Angeklagten ein neuer Abchnitt. Bisher handelte es sich um Feldzeugmeisterei, bei der die Beschaffung von Munition und Feldgeräten in Frage kamen. Die weiteren Angeklagten gehören der Artillerie-Prüfungskommission an, die mit der Prüfung von Material zu tun hatten. Der Angeklagte Droege, der jetzt Beamter bei der Firma Krupp in Essen ist, war Zeugnisbuchhalter der Artillerie-Prüfungskommission. An einem Reglement lernte er Brandt kennen. Er hatte aber schon vorher ein Gesuch an Krupp gerichtet gehabt, wegen einer Anstellung, da seine 12 Jahre im Oktober herum waren. Es war ihm ganzwichtig, daß er vorgemerkt sei und sich im April nochmals melden solle. Brandt habe dann im Auftrage der Firma Krupp bei seinem Hauptmann über seine Leistungen Erfindungen eingezogen. Er habe darauf Brandt gebeten, über ihn günstig zu berichten. — Verhandlungsführer: Da soll Brandt aber seine Bedingungen gestellt haben. Er soll gesagt haben, daß er das tun wolle, daß Sie ihm aber aus den Bestellbüchern und den Forderungszetteln Mitteilungen machen müßten. — Angeklagter: Mit den Forderungszetteln habe ich nichts zu tun, nur mit den Bestellbüchern. — Verhandlungsführer: Sie sollen die Bücher oft mit in Ihre Wohnung genommen haben. — Angeklagter: Jawohl. — Verhandlungsführer: Dort ist dann Brandt erschienen.

hat sie durchstöbert und sich einige Notizen gemacht.

Angeklagter: Ich hätte auch dienstlich mit Brandt zu tun wegen der Vergleichen der Rechnungen über die Zurücknahme des alten Materials. Dabei hat Brandt dann in meiner Wohnung das Bestellte durchgesehen und sich auch andere Notizen gemacht. — Verhandlungsführer: Das soll aber mehrfach geschehen sein. — Angeklagter: Ich habe familiär mit Brandt verkehrt. — Verhandlungsführer: Brandt ist zu Ihnen gekommen und hat sich aus den Büchern herausgenommen, was ihm paßte. — Angeklagter: Ich gebe das zu, aber ich habe die Bücher nicht zu diesem Zweck nach Hause genommen. Ich war kranklich und sollte mich auf ärztliche Anordnung schonen und habe daher zu Hause gearbeitet.

Verhandlungsführer: Sie geben zu, daß Sie Brandt die Bücher übergeben haben. Brandt hat selbst ausgefragt, ich ging hin, um die Bücher einzusehen, das hat Droege gewußt, ich habe sie nicht zufällig durchgesehen, sondern habe mir meine Aufgabe sorgfältig, manchmal 20 Minuten lang in Gegenwart Droege's gemacht. — Angeklagter: Ich leugne ja nicht, daß ich Brandt die Bücher zur Verfügung gestellt habe. Damals war die Firma Krupp die einzige, die für das Material in Frage kam, und das Material der anderen Firma war — — Ein militärischer Sachverständiger: Ich muß bitten, diese Dinge nicht öffentlich

zu erörtern. Der Vorsitzende richtet darauf an die Pressevertreter das Ersuchen, einen von dem Angeklagten gebrauchten Ausdruck nicht zu verwenden. — Es wird dann auch darauf hingewiesen, daß verschiedene dieser Dinge bezüglich der Artillerie-Prüfungskommission in geheimer Sitzung erörtert worden sind. — Verhandlungsführer: Nach Ihrem Ausscheiden infolge von Krankheit hörten die Berichte Brandt's auf; es gab für Brandt keine Beziehung mehr mit der Artillerie-Prüfungskommission. Erst 1900 nahm er wieder Stellung mit einem Unteroffizier der Artillerie-Prüfungskommission. Bei allen diesen Angaben handelte es sich nicht, wie ich feststellen will, um Preise, sondern um

geheime Versuche.

und aus den Bestellbüchern konnten Schlüsse gezogen werden über die Landesverteidigung, und diese Bücher haben Sie einer fremden Person ausgeliefert. Darum dreht es sich. — Angeklagter: In den Bestellbüchern selbst ist nichts über die Versuche angegeben, sondern nur über die Anforderung von Materialien. Die Angaben des Zweckes sind nur in den Forderungszetteln vorhanden. — Verteidiger Rechtsanwalt Ulrich: Ich bitte festzustellen, daß der Angeklagte Droege keinerlei materielle Vorteile gehabt hat. — Angeklagter: Nein. — Verhandlungsführer: Brandt sagt, Sie hätten sich an ihn herangemacht, da Sie ihn, wie alle anderen für eine hohe Persönlichkeit gehalten hätten. Sie hätten gehofft, durch seine Vermittlung zu Krupp zu kommen. — Der Angeklagte bestritt das.

Der nächste Angeklagte Hauptmann Döge von der Artillerie-Prüfungskommission lernte Brandt 1906 kennen, ebenfalls bei einem Reglement. Er hat dann mit ihm sehr freundschaftlich verkehrt, da sie zusammen musizierten. Er kam später zum Artillerie-depot nach Spandau, und 1912 als Offizier wieder zur Artillerie-Prüfungskommission. Er sagt, Brandt habe früher niemals an ihn das Ansehen gestellt, die Mitteilungen zu machen; erst 1912 habe er ihm, daß er viel Kerzer habe, da der Vertreter der Firma, Herr von Wehen, Differenzen mit der Firma habe und wohl bald gehen werde; er selbst habe eine Zwitterstellung, denn er wisse nicht, ob er Vertreter sei und was die Firma über Neuerungen erfahren wolle; eigentlich sei das Aufgabe des Herrn von Wehen, aber dieser kümmere sich nicht darum, so müsse er es machen. Später habe er Brandt, fährt der Angeklagte fort, wiederum, daß Herr von Wehen nichts tue und die Firma von ihm neue Mitteilungen über Versuche aus dem Gebiete des Artilleriewesens haben wolle. Er machte mir dabei

Mitteilungen, die mich erstanen liehen.

wie vorzüglich orientiert er war, besser vielleicht, als mancher Artillerieoffizier in der Truppe. Er sagte mir, daß er hoffe, die leitende Stellung in der Berliner Vertretung der Firma zu bekommen, und daß ihm daher viel daran liege, wenn er Informationen durch mich erhalten könnte. — Verhandlungsführer: Haben Sie nie daran gedacht, daß Sie diese dienstlichen Angelegenheiten keinem Dritten erzählen durften? Sie haben doch jederzeit gleichfalls eisdlich durch Unterschrift sich verpflichtet, daß Sie die Geheimhaltung strengstens beobachten wollten. — Angekl.: Daran habe ich nicht mehr gedacht. — Anklager Kriegsgerichtsrat Dr. Weiß: Will der Angeklagte behaupten, daß er das nicht gewußt habe? — Angekl.: Es waren 18 Jahre her, seitdem ich das Protokoll unterschrieben hatte. Damals war ich ein junger Mensch, der diese Dinge noch nicht mit dem richtigen Verständnis beurteilen konnte. Ich war mir deshalb nicht bewußt, geheime Dinge auszusprechen. — Verhandlungsführer: Ist Ihnen das nicht in die Erinnerung zurückgerufen worden, als Sie Leutnant wurden? — Angekl.: Nein. — Verhandlungsführer: Sie mußten es aber doch auch wissen ohne ausdrückliche Befehlsgebung. — Angekl.: Was ich dem Brandt gesagt habe, waren keine Geheimnisse. — Verhandlungsführer: Die Sachverständigen sind anderer Meinung, und Sie haben sich hier eben ein Urteil anemacht, für das Sie nicht zuständig sind. — Angekl.: Der Brandt war bereits über alles orientiert; er wußte Bescheid und hat auch von anderen Firmen sich Auskünfte eingeholt. — Verhandlungsführer: Wenn er vollständig orientiert war, brauchte Brandt Ihnen doch nicht nachzulaufen. Sie haben z. B. in einem Kornwalzer dem Brandt über ein Versuchsgeschäft, das in der Rheinischen Metallwarenfabrik hergestellt worden ist, ganz detaillierte Angaben gemacht. Soll Brandt das auch alles gewußt haben? — Angekl.: Er wollte diese Mitteilungen nur haben, um zu erfahren, worin sich dieses Geschäft der Rheinischen Metallwarenfabrik von den Krupp'schen Geschäften unterscheidet. — Anklager Kriegsgerichtsrat Dr. Weiß: Selbstverständlich war das gerade für ihn wertvoll. — Verhandlungsführer: Wenn das Ausland diese Einzelheiten erfahren hätte, dann hätte es dieses Geschäft nachmachen können. Auch Sie wollen also die Mitteilungen nicht gegeben haben, um dafür Geld zu bekommen, sondern nur aus reiner Kameradschaft. — Angekl.: So ist es. Ich habe nicht den geringsten Vorteil von den Mitteilungen gehabt. — Verteidiger Barnau: Ist es richtig, daß die Tatsache auf den Angeklagten vor allem eingewirkt hat, daß es sich um die Firma Krupp handelte, die in

so enger Beziehung zu dem Kriegsministerium steht.

und daß er in dem Brandt einen höheren Angestellten der Firma Krupp sah? — Angekl.: So ist es. Wenn ein Vertreter der

Firma Müller oder Schulz zu mir gekommen wäre, hätte ich nichts gesagt. Die Firma Krupp aber nimmt eine besondere Stellung ein. Sie hat gewissermaßen eine Vertrauensstellung, und die Anerkennung, die ihr selbst

von allerhöchster Seite

zuteil geworden ist, haben wir ja bei der Jahreshundertsfeier gesehen. Ich habe geglaubt, daß es einem Vertreter dieser Firma gegenüber nichts Geheimnis zu verbergen gibt. Brandt nahm bei der Firma Krupp in Berlin eine Direktorstelle ein, alle Eingaben, auch mit dem geheimsten Inhalt, gingen durch seine Hände. Das wußte ich, und deshalb ist mir nie der Gedanke gekommen, daß ich hier etwas verrate. Ich war der Meinung, daß Brandt über die geheimsten Sachen, die sich auf die Mobilisation beziehen, unterrichtet war. — Verteidiger Barnau: Hat Brandt dem Angeklagten nicht mitgeteilt, daß er auch mit höheren Offizieren konferierte und von ihnen Mitteilungen bekam? — Angekl.: Das ist richtig. — Verteidiger Barnau: War dem Angeklagten bekannt, daß Brandt über zwei Jahre hindurch die Firma Krupp in Berlin selbstständig vertreten hat? — Angekl.: Ja. — Verteidiger Barnau: Der Angeklagte hat in Brandt nicht einen unteren Beamten der Firma Krupp gesehen, sondern einen Beamten, der ungefähr einem Direktor gleichgestellt war. Auch in Essen soll Brandt eine erste Stellung eingenommen haben.

Darauf tritt eine

halbstündige Mittagspause

ein.

Nach der Pause wird als letzter Angeklagter der Oberintendantursekretär Pfeiffer vernommen. Er war bei der Hauptartillerieabteilung des Kriegsministeriums als Intendanturbeamter beschäftigt. Diese Abteilung befaßt sich mit der Friedens- und Kriegsausrüstung und der Mobilisation der Fußartillerie. Er ist 1890/91 zusammen mit Brandt auf der Oberfeuerwerkerschule gewesen, und als er wieder nach Berlin zurückkam, hat er Brandt 1906 oder 1907 im Verein ehemaliger Feuerwerker wieder getroffen und den Verkehr von neuem aufgenommen. Er erzählt sehr breit die Einzelheiten der Entwicklung dieses Verkehrs. Es kam zu Einladungen zu Mittag, und gemeinsamen Abendessen und Theaterbesuchen mit den Familien, wobei Brandt meistens bezahlte hat. Der Verhandlungsführer hält dem Angeklagten vor, ob ihm diese Art des Verkehrs mit dem alten Schulfreund nicht anstößig erschienen sei. — Angekl.: Durchaus nicht. — Verhandlungsführer: Glaubten Sie denn, daß Brandt das alles aus seiner Tasche bezahlen konnte. — Angekl.: Gewiß. — In seiner weiteren Vernehmung gibt der Angeklagte Pfeiffer zu, daß er von Brandt einmal 100 M. bekommen hat. Er will dafür aber keine Gegenleistung gewährt haben, sondern diese 100 M. hätten eine Weihnachtsgeschenk für seine (Pfeiffers) Kinder dargestellt. Brandt hätte ihm gesagt, er, Pfeiffer, müsse doch seinen Kindern zu Weihnachten etwas zukommen lassen. — Verhandlungsführer: Früher haben Sie nichts davon gesagt, daß dies ein Weihnachtsgeschenk für Ihre Kinder gewesen ist. — Angekl.: Ich kann nur wiederholen: Brandt hat mir mehrfach gesagt, die Firma Krupp habe mit diesen Geschenken nicht das geringste zu tun. Die Firma Krupp erwarte von ihm auch nicht, daß er sich auf diese Weise Material beschaffe. Das Geld der Firma Krupp müsse blank bleiben. Er habe wiederholt erklärt, das Geld stamme aus seinen, Brandt's, eigenen Mitteln. — Verhandlungsführer: Sie haben dann auch in den nächsten vier Jahren

jedesmal zu Weihnachten 100 M.

von Brandt bekommen; auch noch zu einer Zeit, als der Verkehr mit Brandt gar nicht mehr so intim war. — Angekl.: Er hat mich, immer zu Weihnachten etwas für die Kinder zu nehmen. — Verhandlungsführer: Dann hätten Sie also gewissermaßen ein Wohnheitsrecht erworben auf ein Weihnachtsgeschenk von Brandt? (Heiterkeit.) Haben Sie dem Brandt von Dingen Mitteilung gemacht, die im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten waren? — Angekl.: Ich hoffe, daß der Verlauf dieser Verhandlung ergeben wird, daß ich so etwas niemals an Brandt gegeben habe. Ich weiß, was ich als Beamter zu verschweigen habe. — Verhandlungsführer: Sie sollen aber ein ausgezeichnetes Gedächtnis verfügen. Nun sollen Sie einmal im Kriegsministerium flüchtig in einen Bericht haben einschauen können und Sie sollen dann aus dem Gedächtnis dem Brandt vom Inhalt dieses Berichtes Mitteilung gemacht haben. — Angekl.: Das ist nicht wahr. — Verhandlungsführer: Der Kornwalzer, den Brandt darüber nach Essen geschickt hat, enthält nämlich eine Reihe von Ungenauigkeiten und die Sachverständigen halten es für sicher, daß jemand, der das Material nur flüchtig gesehen hat, in mündlichen Mitteilungen sich diese Ungenauigkeiten hat zuechulden kommen lassen. — Angekl.: Das ist nicht zutreffend. Ich hätte den Bericht nur am 1. Juli im Kriegsministerium einschauen können und der Kornwalzer datiert auch vom 1. Juli. Brandt hätte also die Sache sofort nach Essen weiter geben müssen. — Verhandlungsführer: Wenn er sie für wichtig hielt, war das natürlich. — Angekl.:

Dies Material stammt nicht von mir.

Verhandlungsführer: Sie als Intendantursekretär hatten doch jederzeit Zutritt zum Zimmer des Referenten und konnten in diese Akten Einsicht nehmen. — Angekl.: Es ist ausgeschlossen, daß ich für die Verfertigung dieser Berichte in Frage komme. — Verhandlungsführer: Sie sollen ferner dem Brandt zwei Staatsauszüge geliefert haben. Darüber sind in dem Kornwalzer ziemlich genaue Angaben enthalten. — Angekl.: Das bestreite ich. — Verhandlungsführer: Brandt hat bei seiner ersten Vernehmung, als dieser Kornwalzer noch gar nicht gefunden war, sofort gesagt: Außerdem hat mir Pfeiffer zwei Staatsauszüge geliefert. — Angekl.: Diese Aussage gehört zu den

vielen Unbegreiflichkeiten dieses Prozesses.

Ich habe immer gebeten, diesem Manne gegenüber gestellt zu werden, um die Sache zu klären. Das ist mir aber gelehrt worden. Ich hoffe, daß die Klärung jetzt erfolgt. — Verhandlungsführer: An demselben Tag, von dem der Kornwalzer über die beiden Staatsauszüge datiert, nämlich am 18. Dezember 1910, ist noch ein anderer Kornwalzer abgegangen. Sie scheinen also an diesem Tage mit Brandt zusammengetroffen zu sein und ihm verschiedenes Material gegeben zu haben. — Angekl.: Ich wiederhole, daß Brandt von mir nichts erfahren hat. — Verhandlungsführer: Ja, es ist vorgekommen, daß drei Kornwalzer das Datum desselben Tages getragen haben und Brandt hat sofort gesagt: Das Material rührt von Pfeiffer her. Was sagen Sie dazu? — Angekl.: Es ist

eine Gemeinheit.

Herr Kriegsgerichtsrat, von dem Mann, mich in dieser Weise zu beschuldigen. — Verhandlungsführer: Ueber verschiedene Kornwalzer, die von Ihnen stammen sollen, werden wir noch nicht öffentlich verhandeln müssen. — Verteidiger Dr. Barnau: Zur Charakterisierung der Glaubwürdigkeit des Brandt stelle ich fest, daß er Pfeiffer in drei Fällen beschuldigt hat, in denen Pfeiffer nach den bisherigen Feststellungen als Täter nicht in Frage kommen kann. Der widerspruchsvolle Brandt darf auch nicht als faktosant angesehen werden. — Verhandlungsführer: Es handelt sich hier um ein Material von fast 800 Kornwalzern. — Verteidiger: Gewiß, aber wenn sich Brandt in drei erheblichen Punkten irrt, dann kann man nicht sagen, daß der Angeklagte immer unrecht haben muß. — Verhandlungsführer: Brandt hat immer erklärt, daß er im Kriegsministerium nur von Pfeiffer bedient worden ist. Diese Dinge können

nur aus dem Kriegsministerium herrühren.

— Verteidiger: Es braucht doch aber nicht wahr zu sein, daß Brandt nur von Pfeiffer im Kriegsministerium bedient worden ist. Wie gab sich Brandt dem Angeklagten gegenüber aus? — Angekl.: Er nannte sich Assistant bei Krupp und sagte, er nähme eine sehr selbständige Stellung ein. — Verhandlungsführer: Wie waren Ihre Vermögensverhältnisse? — Angekl.: Rein Einkommen bezug im Jahre 1908 3600 M. Ich wäre damit auch ausgekommen

wenn ich nicht in der Familie viel mit Krankheit zu kämpfen gehabt hätte. Wenn ich mit Brandt in einem solchen Verkehr gestanden hätte, wie die Anklage behauptet, dann wäre nichts einfacher gewesen, als daß ich ihm gesagt hätte: Brandt, hier ist Material, was gibt Du mir dafür? — Verteidiger: Pfeiffer hat sogar Darlehen aufnehmen müssen, und zwar in der Zeit der dichten Freundschaft mit Brandt. Wenn Pfeiffer das auf dem Kreditbuch hätte, was die Anklage behauptet, hätte er sich nicht anderwärts Geld gepumpt und sich mit dem spärlichen Mittageffen von 1,50 M. begnügt, sondern hätte sich von Brandt größere Geldsummen verschafft.

Weiter gelangt zur Verlesung ein ausführliches Exposé, das der Angeklagte Pfeiffer aus der Untersuchungsbücherei heraus an das Gericht geschickt hat und in dem er nach seinen Angaben eine eingehende wahrheitsgemäße Darstellung seines Verkehrs mit Brandt gibt. Das Exposé hat im wesentlichen denselben Inhalt wie die heutigen Aussagen des Angeklagten, auch in ihm bestreitet er, daß er für seine Mitteilungen an Brandt eine Selbstschädigung von Brandt bekommen hat. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Weiß: Der Angeklagte Hinst hat am Vormittag behauptet, daß vom Direktor des Feuerwerkslaboratoriums ein Erlaß ergangen sei, wonach den Beamten zur Pflicht gemacht sei, die Firma Krupp besonders entgegenkommend zu behandeln. Hauptmann Gronemann wird das Ergebnis der sofort angestellten Ermittlungen mitteilen. — Hauptmann Gronemann: Von einem solchen Erlaß oder einer solchen Verfügung ist in Spandau absolut nichts bekannt. — Verhandlungsführer: Angeklagter Hinst, wollen Sie Ihre Behauptungen aufrecht erhalten? — Angekl. Hinst: Jawohl.

in der Geheimverhandlung

werde ich noch näher darauf eingehen. — Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet und die Verhandlung wendet sich nunmehr dem Inhalt der einzelnen Kornwalzer zu. — Verhandlungsführer: Jetzt kommen wir also zu den Dingen, die nach Ansicht der Sachverständigen geheim zu halten sind. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Weiß beantragt

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Nach kurzer Beratung verkündet der Verhandlungsleiter folgenden Beschluß des Gerichts: Die Öffentlichkeit wird während der Dauer der weiteren Vernehmung der Angeklagten wegen Gefährdung der Staatssicherheit und militärischer Interessen ausgeschlossen. — Es wird dem Regierungsrat Schulz aus dem Reichsamt des Innern und dem Staatsanwaltschaftsrat Töpfer gestattet, auch diesem Teil der Verhandlungen beizuwohnen. — Die Verhandlungen werden Freitag früh 9 Uhr fortgesetzt.

Die Post als Spitzelinstitut.

Nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete Kurano w anlässlich der Budgetdebatte in der Duma das Spitzelinstitut im russischen Post- und Telegraphenwesen, die betätigten „schwarzen Agenten“ usw. zur Sprache gebracht hatte, vergeht kaum eine Woche, wo nicht neue Enthüllungen über die Spitzelinstitut auf den russischen Postämtern gemacht werden. So veröffentlicht kürzlich ein anonymes Autor in dem Moskauer Blatte „Utro Rossii“ eine Anzahl von Artikeln, die den dokumentarischen Beweis erbringen, daß das Briefgeheimnis auf den russischen Postämtern auf Befehl der Regierung in schamlosester Weise verletzt wird. Briefe irgendwie verdächtiger Personen werden geöffnet und die Abschriften dieser Briefe an das Polizeidepartement eingesandt. Unter der Leitung der betätigten „Ohrana“ dient die russische Post als Werkzeug zur Bespitzelung und Verfolgung der Bevölkerung. Der Direktor des Post- und Telegraphenwesens, Sewastjanow, leugnet zwar, daß die Post irgendwie an diesen Praktiken beteiligt ist, er gibt aber doch zu, daß man sich wegen aller dieser Dinge an das Polizeidepartement wenden müsse, ein Beweis, daß die Tätigkeit dieses Ressorts für den Generalpostdirektor keinem Zweifel unterliegt. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß eine allgemeine Demoralisation der russischen Postbeamten eine notwendige Folgeerscheinung des ganzen Systems ist, das auch auf anderen Gebieten keine Früchte trägt. So ist in den letzten Tagen recht viel die Rede über ein neu entdecktes Panama auf dem Postamt in Aizu, wo einige der höchsten Beamten die Vorfesttelegrame für ihre Spekulationen an der Börse benutzten und ihre durch Verletzung des Dienstgeheimnisses erlangten Kenntnisse meistbietend veräußerten. Neuerdings kommen nun auch Klagen über die russische Spitzelinstitut auf den Postämtern des fernem Ostens. Das japanische Blatt „Japan Chronicle“ klagt darüber, daß die russische Zensur sich selbst auf die Briefe und Postsendungen erstreckt, die über Sibirien nach Japan gesandt werden. Das Blatt führt eine Reihe von Beispielen an, wo Briefe nicht nur geöffnet, sondern auch einzelner Teile beraubt wurden. Zeitungen und Zeitschriften, die die russischen Spitzelinstitute passieren, gelangen verstümmelt an die Adressaten. Die englische und die japanische Post hat bereits mehrfach bei der russischen Regierung Beschwerde erhoben, bisher aber ohne Resultat. Die genannte Zeitung verlangt von den diplomatischen Vertretern Japans und Englands einen energischen Protest gegen die Verletzung der grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts, um endlich der Freiheit der russischen Zensur ein Ende zu setzen.

Ran vergleiche mit dieser mannhafte Sprache des japanischen Blattes folgende Aungebung der „Deutschen Tageszeitung“ über einen ähnlichen Gegenstand. Unter der vielversprechenden Ueberschrift: „Eine verständige Maßnahme Auslands“ veröffentlichte das Bündlerblatt am 25. Juli folgende postamtliche Mitteilung:

Von der Beförderung nach Rußland sind solche Postsendungen ausgeschlossen, welche Aufforderungen an russische Einwohner zur Auswanderung aus ihrem Heimatland enthalten, oder welche irgendwie der Auswanderung Vorstoß leisten oder sie erleichtern. Postsendungen, bei denen die Vermutung (1) besteht, daß sie Schriftstücke dieser Art enthalten, werden nach den in Rußland geltenden Gesetzen der Zollbehörde zur Oeffnung und Prüfung vorgelegt. Ergibt sich dabei das Vorhandensein verbotener Schriftstücke, so werden solche Postsendungen von den russischen Postanstalten nach dem Aufgebote zurückgeschickt.“

Es liegt auf der Hand, daß die angeführte Verfügung der russischen Postbehörde den Zweck verfolgt, der systematischen Verletzung des Briefgeheimnisses ein legales Rändelchen umzuhängen, und den Spitzeln auf den russischen Postämtern die Möglichkeit zu geben, auch in den aus Deutschland eintreffenden Briefschaften herumzustöbern. Das, findet die „Deutsche Tageszeitung“, ist eine „verständige Maßnahme“.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist lobend das 44. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Jungdeutschland oder Jungpolen? Von Heinrich Schulz. — Skizzen zur (sozialistischen) Parteigeschichte der letzten Jahre. Von Dannes Stöck, Stockholm. (Schluß.) — Die allgäulische Bewegung auf dem Boden. Von Dem. Dr. Derocem. — Die russischen Postgesandten zu den nachdenklichen Betrachtungen. Von Jakob Zwabinger (Karlruhe). — Uterische Kundschau. — Zeitstreifen. — Sonstiges.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gewerkchaftliches. Schwarze Berichterstattung.

In diesen Tagen sind zwei Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern beigelegt worden. In beiden Fällen konnten die Arbeiter ihre Forderung nicht voll und ganz durchsetzen. Sie verzichteten auf die Fortsetzung des Kampfes unter Annahme der von den Unternehmern angebotenen Zugeständnisse.

Das bedeutet eine Niederlage des Metallarbeiterverbandes, der anfänglich doch seine Bedingungen diktiert wollte. Ihre Bedingungen haben die Arbeiter nicht durchgesetzt. Das ist das Ende eines fast zweimonatigen Arbeitskampfes mit dem großen Lohnausfall.

Ganz anders erscheint den Lesern der „Köln. Volksztg.“ die Niederlage der Christen, der Triumph der christlichen Unternehmer in Bocholt. Die erklärende Darstellung des schwarzen Blattes verhandelt die Niederlage der Arbeiter in einem fogeligen Dreiviertelst. Unter „Aus Westdeutschland“ berichtet es:

Wiederaufnahme der Arbeit. Bocholt, 28. Juli 1913. Die heutige Versammlung der Arbeiterschüsse der Textilarbeiter beschloß einstimmig die Wiederaufnahme der Arbeit, nachdem die Fabrikantenvereinigung die Erklärung abgegeben hat, die früheren Zugeständnisse aufrecht zu erhalten. Diese betreffen Grundlohn, einheitliche Entlohnung, Bezahlung für Warten auf Material, wöchentliche Lohnzahlung oder feste Abschlagssummen des verdienten Lohnes, Bezahlung von Überstunden mit 10 Pf. extra und allgemeine zehnstündige Arbeitszeit.

Werkwürdig, daß die ultramontane Brille die Dinge nur so sehen läßt, wie es den Prozedern der Zerklüftungstrategen am zweidienstlichsten erscheint. Die christlichen Arbeiter streifen, die Unternehmer antworten mit einer Aussperrung. Ihre nichtfolgenden sogenannten Zugeständnisse weisen die Arbeiter als durchaus unannehmbar zurück. Schließlich kapitulieren sie doch bedingungslos — und die schwarze Presse lügt die Geschichte zu einem fast vollständigen Siege der Arbeiter um.

Kleines feuilleton.

Das Kino als Erzieh. In Oberfurt (einem kleinen Städtchen in Oesterreich-Schlesien) wurde vor einiger Zeit ein siebzehnjähriges Mädchen und das ihr anvertraute einjährige Kind mit Vergewaltungen an den Lippen und geknebelt aufgefunden. Es erzählte eine lange Geschichte von einem Kampfe mit verummten Männern, die das Kind rauben wollten, verwickelte sich aber in allerlei Widersprüche. Die Untersuchung ergab dann, daß das Attentat und die heldenmütige Verteidigung des Kindes Erfindung waren, um die erfolgte Rindigung rückgängig zu machen, und die Szene mit den verummten Räubern eine ganz genaue Wiedergabe einer Szene aus dem Kinodrama „Das Kind der Rache“ war, das in derselben Woche in einem Kino Oberfurts gespielt wurde.

Die schädlichen Wirkungen des Kinos zeigen sich auch in politisch-kultureller Beziehung. In Norwegen, dem Lande, das stolz darauf ist, keinerlei Zensur zu besitzen, weiß man sich nicht anders gegen die Kinopist zu helfen, als daß man für sie die Zensur einführt. Auch unsere Partei befürwortet sie, wenn auch mit schwerem Herzen. Aber man kann gegen das Kino nicht ohne Zensur auskommen und so versucht man wenigstens ihr jeden bürokratischen Charakter zu nehmen. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind, daß der Zensurrat von den Stadtverordneten jeder Gemeinde ernannt wird und daß jeder Ort — zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes — das Recht haben soll, das Kino zu kommunalisieren und bestehende private Kinos gegen eine gesetzliche Bestimmung zu übernehmen. Kindern unter 16 Jahren ist nach 8 Uhr abends der Besuch der Kinos im ganzen Lande ausnahmslos verboten. Dieses Gesetz ist im Odels- und Lagting bereits angenommen.

Mündener Theater. Die Mündener Kammerstücke des rübri-gen Direktors Jiegel haben Edward Knoblauchs Komödie: „Ein Mann in Deutschland“ aufgeführt, das Stück, das voraussichtlich in der kommenden Saison dank Reinhardt ein Hauptschlager werden wird. Der bei Kolnar, Bernstein und anderen modernen Bühnentourneurs geschulte, mit Spannung, Wig, Morali-

trotz des „glorreichen Sieges“ doch noch jammervoll entlohnt werden. Dies Musterbeispiel christlicher Berichterstattung läßt ahnen, wie es mit der Wahrheitsliebe der Christen bestellt ist, wenn es darauf ankommt, den gehähten freien Gewerkschaften etwas am Zeuge zu fällen. Manche der von den Christen aufgetischten Terrorismsgeschichten bedürften der Verwendung von mindestens zwei ultramontanen Brillen, so schwarz, so verlogen sind sie.

Berlin und Umgegend.

Die Kohrleger und Helfer im Deutschen Metallarbeiterverband nahmen am Mittwoch den Tätigkeitsbericht ihres bisherigen Brandenleiters Hein entgegen. Der Redner verwies darauf, daß die Tarifbewegung die Arbeiter der Agitationskommission beherrschte. Wenn der Verband auch nicht direkt an der Bewegung beteiligt war, so habe er doch die Taktik befolgt, die Angehörigen des Berufs wieder zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen zusammenzuführen, was ja auch gelungen sei, obgleich der Allgemeine (Wiesenthalische) Verband das sehr erschwert habe. Die Tarifbewegung sei nun in der Hauptsache beendet bis auf einige Punkte, die noch durch die Schlichtungskommission erledigt werden müßten. In materieller Hinsicht habe der Tarif die Wünsche der Kollegen allerdings nicht befriedigt, aber es sei doch eine erfreuliche Folge der Bewegung, daß sich die Berliner Kollegen nicht mehr untereinander bekämpfen, sondern in Berufsfragen zusammengehen.

Siering, der über die Aufgaben unter dem jetzigen Tarif referierte, bemerkte unter anderem: In der Schlichtungskommission behänden Differenzen zwischen den Vertretern der Arbeiter und den Vertretern der Unternehmer. Es handele sich um die Geschäftsordnungen der Schlichtungskommission und des Arbeitsnachweises. Die Unternehmer wollten da einige Verschlechterungen durchsetzen, die Wiesenthal seinerzeit vorgeschlagen habe. Die Arbeitervertreter würden sich aber keinerlei Verschlechterungen gefallen lassen. Die jetzt bestehende Einigkeit unter den Kohrlegern und Helfern bürge dafür, daß man dem Tarif bei allen Unternehmern Anerkennung verschaffen werde. Die Firmen, welche sich weigern, den Tarif anzuerkennen, würden durch Arbeitsniederlegung dazu gezwungen werden. — Es gelte jetzt, die Kollegen, welche sich durch den Organisationsstreit vom Deutschen Metallarbeiterverbande abgewandt haben, zu verführen. Um das zu erleichtern, werde die Verbandsleitung, wenn auf der anderen Seite Reueigung zum Uebertritt sei, veranlaßt werden, günstige Uebertrittsbedingungen zu genehmigen.

Die Versammlung nahm die Neuwahl der Agitationskommission vor. Der bisherige Brandenleiter Hein verzichtete auf eine Wiederwahl. An seiner Stelle wurde Friedrich mit dem Amt des Brandenleiters betraut.

Achtung, Kohrleger und Helfer! Die Firma Knappstein in Bochum, bei der sich die Kollegen im Streit befinden, führt Arbeiten auf dem Bau Sieglig, Sedanstr. 13/14, aus, die ebenfalls als Streitarbeit anzusehen sind. Die in Frage kommenden Kollegen haben deshalb die Arbeit eingestellt, und bitten wir, irgendwelche Arbeit bei dieser Firma und auf diesem Bau nicht anzunehmen. Die Firma gilt als gesperrt! Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Berlin.

Differenzen auf dem Wertheimischen Neubau.

Die im Deutschen Holzarbeiterverbande organisierten Bodenleger hielten am Mittwoch eine Branchenversammlung ab. Bei der Ausführung des Wertheimischen Banes am Moritzplatz sind Differenzen ausgebrochen. Das Regie des Parkettbodens ist an eine Firma Heber in Weimar vergeben. Der Generalvertreter der Firma Heber, W. u. F. Warnebold, hat diese Arbeiten wiederum an Zwischenmeister verteilt. Diese haben nun einen Regelohn von 76 Pf. für den Quadratmeter den Arbeitern gezahlt, obgleich der übliche Lohn für diese Arbeit 1,10 M. pro Quadratmeter beträgt. Die Herren Warnebold haben allerdings vor einiger Zeit mitgeteilt, daß die beiden Heberischen Zwischenmeister 1,15 M. erhalten. Damit ist jedoch den Parkettlegern nicht gedient. Diese erhalten vielmehr sogar für den großen Posten 30 Millimeter starken Boden nur den genannten niedrigen Preis. Jetzt kommt aber noch erschwerend dazu, daß die Legen zweiklassige Ware verlegen müssen, während erstklassige geliefert werden soll. Um diesen Materialmangel zu verdecken, muß viel mehr sortiert

werden als sonst nötig wäre und auch damit ist natürlich das bessere Holz nicht zu erhalten. Als einen weiteren Mißstand empfinden es die Parkettleger der genannten Firma, daß sie am Sonnabend erst aus dem Südosten Berlins bis nach der Wohnung des einen Zwischenmeisters in Charlottenburg sich begeben müssen, um ihren wohlverdienten Lohn in Empfang zu nehmen. Dort zieht sich dann die Lohnzahlung noch bis 1/8 oder 8 Uhr abends hin. Die Verhandlungen mit dem Generalvertreter haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, auch das Anrufen des Chefs des Warenhauses Wertheim brachte bisher keine Besserung. Die Versammlung nahm in schärfster Weise Stellung zu den Zuständen auf dem Wertheimischen Bau und verurteilte es entschieden, daß Berufskollegen dort das Legen des Parkettbodens zu dem oben genannten Preise vorgekommen haben und noch vornehmen. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach entscheidende Schritte getan werden sollen, um diesem unhalibaren Zustande schleunigst ein Ende zu machen.

Deutsches Reich. Zum Werftarbeiterstreik.

Die Maschinisten und Heizer von Hamburg-Altona hielten am Mittwochabend eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zum Werftarbeiterstreik Stellung nahm. Nach lebhafter, ausgebreiteter Debatte, in der das Verhalten des Vorstandes teils scharf kritisiert, teils entschuldigend erklärt wurde, wurde beschlossen, daß in den nächsten vier Wochen acht Marken zu 25 Pf. abgenommen werden sollen, um lokale Mittel für das Gewerkschaftskartell, die nur beschleunigt abgeführt werden sollen. Es handelt sich um Baumarken für das Gewerkschaftskartell, die nur beschleunigt abgeführt werden sollen. Die jüngeren Werftarbeiter reisen mehr und mehr zum Teil in die Heimat, zum Teil nach anderen Orten ab.

Die Arbeiter der Lübecker Maschinenbaugesellschaft haben ihre Lohnbewegung in einer Betriebsversammlung am Mittwoch zum erfolgreichen Abschluß gebracht. Diese Firma gehörte bisher zu der Verbindung der Werften und hat auch deren Aussperrungen bisher mitgemacht. Jetzt gehört die Firma angeblich nicht mehr der Unternehmerrgruppe der Werften an; die Verhandlungen bei der jetzigen Lohnbewegung haben deshalb gesondert stattgefunden. Die Betriebsleitung hat folgende Zugeständnisse gemacht: Die im Jahre 1910 vereinbarten Einstellungs-löhne werden ab 1. August d. J. um 4 Pf. höher gesetzt. Der Stundenlohn aller Arbeiter wird ab 1. August d. J. um 2 Pf. erhöht. Die Akkordlöhne sollen in entsprechender Weise geregelt werden, so daß angemessene Uebererschüsse erzielt werden. Ferner ist vereinbart, daß bei einer späteren Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Werften weitere Zugeständnisse gemacht werden sollen. Die Zugeständnisse wurden von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen.

Vertagung des Lohnkampfes der städtischen Hafnarbeiter in Stettin.

Als Antwort auf die Beschlüsse der städtischen Hafnarbeiter hat der Magistrat in einer Sitzung vom 30. Juli beschloffen: 1. Der Magistrat wird in der Stadtkorrespondentenversammlung dafür eintreten, daß den Wünschen der Arbeiter in folgenden Punkten entgegengekommen wird: a) Der Tagelohn der nichtständigen Arbeiter für den neunstündigen Arbeitstag wird auf 3,00 M. erhöht; b) Der Ueberstundenlohn wird auf 120 Proz. des Stundenlohnes erhöht. 2. Der Magistrat ist auch bereit, an Stelle eines solchen Entgegenkommens eine ihm in den Kosten gleichkommende Lohn-erhöhung allgemeiner Art zu befürworten, falls diese in höherem Maße den Wünschen der Arbeiter entspricht. 3. Der Magistrat wird dafür eintreten, daß die zu bewilligenden Aufbesserungen in ihrer Wirkung auf den 1. August zurückgezogen werden. 4. Ueber die Zugeständnisse hinauszugehen, sieht sich der Magistrat gegenwärtig vor Anhörung der im September einzuberufenden gemischten Kommission nicht in der Lage. Am Abend des gleichen Tages nahmen die Arbeiter zu diesem Angebot Stellung. Verbandsleitung und Vertrauensleute emp-

läten und Technik geschickt jonglierende Amerikaner Knoblauch hat mit diesem Faun dem Rater Hiddigegei Scheffels, dem Affen Gausfs und anderen vorübergehend die menschliche Menagerie besuchenden dierbeinigen Moralistikern einen würdigen Nachfolger gegeben. Die Idee, wie der aus dem Brunnen springende Waldschreit dem vertrackten Lord die besten und sichersten Kennstips gibt, wenn der ihn dafür in die vornehme englische Gesellschaft einführt, ist wichtig und wird mit fast Spawtschen Humor, der seinen Sitz in der Galle hat, durchgeführt. Nur daß des rätselhaften Kultur-betrachters Reflexionen auf die Dauer ermüden, da ihr Wiß weniger aus sozialer Erkenntnis, als aus apophoristischer Spitzfindigkeit genährt wird. Ganz famose Altschlüsse machen zum Teil diesen Mangel wieder wett. Man darf also dieser amerikanischen Groteske einen Siegeszug auch in Deutschland prophezeien, wo die Laokulturgesellschaft sich mit der gleichen unverbesserlichen Gelassenheit im Spiegel zu betrachten gewöhnt ist wie in England und Amerika. Die Darstellung mit Erich Jiegel als Faun war vortrefflich. m.

Die Kirche gegen die Genter Ausstellung. Große Uebereröschung ruft ein gemeinamer Direktbrief des Kardinal Erzbischofs Mercier von Mecheln und seiner fünf belgischen Suffraganbischöfe hervor, durch den das Interdikt über einen großen Teil der Genter Weltausstellung verhängt wird. Der Direktbrief, der in allen belgischen Kirchen verlesen wurde, verbietet den Katholiken den Besuch der Kinematheater, Wüste Galls und sonstigen Verleugungsanstalten, die in Ausstellungsgebäude untergebracht sind, ferner der Gemäldeausstellung, der Abteilung für Skulptur und Schöne Künste und schließlich der französischen Sektion wegen der darin untergebrachten Ausstellung für weibliche Toilette, welche die neuesten Modeschöpfungen der großen Pariser Modedesigner enthält. Die verurteilt, sollen einerseits die halb und ganz nackten Frauenfiguren in der Abteilung für Schöne Künste und die defolletierten Akteure in der französischen Toilettenausstellung das bischöfliche Interdikt hervorgerufen haben. Ueber die Wah-nahme des sonst sehr tolestanten Kardinals Mercier ist man um so mehr erstaunt, als die mit dem Interdikt belegten Abteilungen der Genter Weltausstellung nach allgemeinem und unparteiischem Urteil nichts anderes enthalten, als was in allen Gemäldeausstellungen, staatlichen Museen und selbst auf kirchlichen Gemälden in den Kathedralen, auf Wällen und Empyängen bei den „streng gläubigen“ belgischen Ministern zu sehen ist.

Der Kampf um den Vadero. Die Stadt Chicago ist sehr stolz darauf, manche in anderen Staaten der Union herrschende freie Sitten unterdrückt zu haben; nun aber muß sie erleben, daß eine Tochter der Stadt sich energig gegen die Verbannung der Stadt-bäter und der Polizeigewaltigen auflehnt. Ein regelrechter Kampf um das Vadero des Frauen von Chicago ist entbrannt. Die Stadtbäter haben schon vor Jahren ein Gesetz erlassen, das die Vadero der Frauen genau reguliert; wer immer in den Fluten des Michigansee sich tummeln will, darf sich nicht mit einem gewöhnlichen Vadero fassen. Die Chicagoerin muß, wenn sie sich den Wogen anvertraut, ihre Schönheit verhalten haben mit Hilfe von 1. einer Vadero, 2. einer türkischen Vadero, 3. einem kurzen

Vadero, ja noch nicht genug damit, sie soll 4. noch Vaderostrümpfe tragen. Und streng wacht die Polizei darüber, daß dieser Kostümvorgabe beim Baden auch wirklich eingehalten wird. Aber die Damen von Chicago empören sich gegen diese Zumutung; eine bekannte Kerstin, Frau Dr. Nollate Labova, hat sich zur Vorkämpferin der Frauenrechte im Wasser aufgeworfen. Vorkämpferin heißt sie in die Fluten, aber ein paar Meter vom Strande nestelte sie das vorgeschriebene Vadero los, legte es unter einen Stein und schwamm zufrieden hinaus in den See. Aber die gestrengen Vaderowärter wolkten ihres Amtes, abgewandten Blickes bemernten sie schleunigst ein Boot und ruderten hinaus in den See, um die lästige Schwimmerin aufzufordern, sofort ihren Vadero anzulegen. Frau Labova verlor die Schergen und hielt ihnen einen Vortrag über die Freiheit der Frau im Wasser, aber schließlich kam doch die Zeit, da sie daran denken mußte, zum Strande zurückzuschwimmen. Ehe sie das Wasser berief, legte sie zwar lächelnd den vorchriftsmäßigen Vadero wieder an, aber inzwischen waren Schupente alarmiert und sofort schleppte man die Schuldige vor den Richter. Und die Richter konnten kein Erbarmen. Umsonst erklärte ihnen die Angeklagte, daß man in Räden nicht schwimmen könne, daß ihr Badegewand allen Ansprüchen des Standes genüge, daß die Männer viel weniger trügen; es tat nichts, die Sünderin wurde verdammt. Gegen Kauton wurde sie entlassen, aber sie hat bereits Berufung eingelegt und will das Problem des Vaderos vor die Schranken des obersten Gerichtshofes bringen.

Notizen.

Auf der nächstjährigen Großen Berliner Kunstausstellung sollen nur Kunstwerke zur Ausstellung gelangen, die vom 1. Oktober 1913 ab in Groß-Berlin nicht öffentlich ausgestellt waren.

Hauptmann im Film. Die Nordische Filmkompanie ersucht und festzustellen, daß der Entwurf zur Filmbearbeitung von Hauptmanns Roman „Atlantis“, welcher gänzlich umgearbeitet, noch wesentlich verändert wurde. Es soll sich nur um einige aus praktischen und technischen Gründen gebotene Veränderungen gehandelt haben. Französischer Wiß. In der Sommerische. Die Gattin: „Huh, ist das kalt!“ Der Mann: „Schimpf nur nicht schon wieder. Wenn wir's so im Dezember haben, findest Du's recht angenehm.“ — „Nuh ein Mittel. Er: „Alle kriegen das Kreuz der Ehrenlegion, bloß ich nicht. Was soll ich denn da machen?“ Sie: „Ja, dann hättest Du 1813 geboren werden müssen, da wärest Du als Hundertjähriger dekoriert worden.“ — Der Trost der Witwe. Witwe vor dem Grabe des Mannes: „Nun weiß ich endlich, wo er seine Wäste verbringt!“ — Nacht der Gewohnheit. Drohrentlicher im Laden: „Ich möchte ein Paar Handschuhe.“ Der Verkäufer: „Welche Nummer haben Sie, mein Herr?“ Käufer: „1428.“ — Der Preistatist. Der Automobilist: „Was verlangen Sie für die Reparatur meines Autos?“ — „Was ist denn daran kaputt?“ Automobilist: „Ja, das weiß ich nicht.“ — „Dann kostet es 82 Fran.“ — Das Fußbad. Was, Du wächst Dir die Füße? — „Was soll ich denn machen? Meine Frau will jedes Jahr durchaus ins Hochgebirge.“

fahlen die Annahme, jedoch energischeres Eintreten für die übrigen Forderungen beim Zusammentreten der städtischen Körperschaft. Hierauf entspann sich in der Versammlung eine äußerst lebhaft Debatt. Nach längerem Auseinandergehen wurde aber doch in geheimer Abstimmung die eventuelle Durchführung des Streiks bis Anfang September vertagt. Mit von diesem vorläufigen Ausgang der Bewegung ein Teil der städtischen Arbeiter nicht zufriedengestellt, so war doch diese Regelung für die Zeitgenossen ein Interesse aller Beteiligten geboten.

Lohnbewegung der Wader-Kellner.

Die in Heringsdorf unter den denkbar ungünstigsten Arbeitsbedingungen arbeitenden recht zahlreichen Hotel- und Restaurantangestellten beschlossen, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um zu den Arbeitsbedingungen Stellung zu nehmen. Da die Arbeitsbedingungen in „Strandkafé“ besonders schlecht waren, hatte man diesen Betrieb — er steht in Regie des Magistrats und ist an den Richter Helm vergeben — besonders ins Auge gefaßt. Sämtliche Vorarbeiten waren bereits erledigt, als der Inhaber des Lokals, in welchem die Versammlung stattfinden sollte, durch den Amtsvorsteher den Verstoß erhielt, daß die Versammlung auf Anordnung der Ortsbehörde nicht stattfinden dürfe. Angegeben wurde als Grund die Polizeistunde. Die Versammlung wurde nachts statt, und solange es keine Polizeistunde. Die persönliche Rücksprache des Verbandsbeamten mit dem Amtsvorsteher hatte keinen Erfolg. Der Amtsvorsteher, ein Herr Schreiber, blieb hartnäckig auf seinem Standpunkt:

„Ich bin klug und weise, mich betrügt man nicht; ich bin Heringsdorfs größtes Licht.“

Die Versammlung wäre nicht zustande gekommen und erst, wie angebrocht von Genossen geräumt worden, wenn man sich nicht schleunigst telegraphisch beschwerdeführend an den Senat gewandt hätte. Von diesem lief dann nach drei Stunden folgendes lafonische Telegramm an den Einberufer ein:

„Amtsvorsteher ist bereit Versammlung zu gestatten. Senat.“

Als nächst „gestatten“ wollte nun auf einmal der Herr Amtsvorsteher. Die Versammlung war infolge der unfeindlichen Agitation durch die Behörde gut besucht und nahm mit Erweiterung von den Bemühungen des Bürgermeisters um die Kellner Kenntnis. Es wird von Eingeweihten behauptet, daß einige Gastwirte den Herrn zu seinem ungeheuren Lun veranlaßt hätten. Die Furcht vor einem Kellnerstreik soll dabei die Inspiratorin gewesen sein. Ueberflüssigermode hat man den Ortsgegendarmen noch die Nachtrüge genommen und sie in der Nähe des Versammlungslokals postiert. Der Versammlungsvirt behauptet, er bekäme trotzdem in den nächsten Tagen ein Strafmandat.

Die 10. Generalversammlung der Gutenbergbündler.

In diesen Tagen fand in Essen die 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes statt, jener Iwergeorganisation im Buchdruckgewerbe, die sich schließlich nicht anders mehr am Leben zu erhalten vermochte als durch den im Jahre 1906 vollzogenen Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Den Verhandlungen gingen am Sonntag geräuschvolle Präliminarien voraus, die im umgekehrten Verhältnis zur Bedeutung des Bundes standen. Generallistmas Stegerwald sprach am Nachmittag in einer nach dem katholischen Gesellenhaus einberufenen Propagandaversammlung über die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung und in der deutschen Volkswirtschaft. Damit die konfessionelle Parteilichkeit gewahrt bleibe, durfte Franz Behrens am Abend bei der Begrüßungsfeier die Rede halten. Den Verhandlungen wohnten außer den eben genannten Herren die Abgeordneten Kuchhoff und Ambusch bei, außerdem als Vertreter des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands Dr. Müller-Walbach, den zu begrüßen dem Bundesvorsitzenden Thronert „ganz besondere Freude“ machte.

Nach dem Geschäftsbericht betrug die Mitgliederzahl 1010: 374, 1911: 3102, 1912: 3396. Eine sehr bescheidene Zahl. Aber die Bundesleitung ist auch damit schon zufrieden. Trübsal der Vorjahre doch sich und die Generalversammlung damit, daß die Zunahme prozentual höher sei als beim Verbande. Er unterließ nur hinzuzufügen, daß der Buchdruckerverband bereits über 90 Proz. aller organisationsfähigen Buchdrucker umfaßt und daß der verbleibende Rest abgesehen von den Gutenbergbund organisierten Gehilfen ein so winziger ist, daß die aus ihm erwirkten Neuauflagen gegenüber der großen Zahl der bereits im Verband befindlichen Gehilfen naturgemäß eine verhältnismäßig immer kleinere werden.

Im übrigen ergingen die Referenzen wie die Diskussionsredner sich in mehr oder minder heftigen Angriffen auf den Buchdruckerverband. Dessen sozialdemokratische Tendenzen schon von den sechziger Jahren her, nicht der Streik von 1891 hätte zur Gründung des Bundes im Jahre 1893 geführt. Leider habe man in Rücksicht auf die Elemente, die ihrer politischen Ueberzeugung und Weltanschauung nach gornicht in den Bund gehörten, zu lange gewartet, den Bund ins offene gewerkschaftliche Fahrwasser zu lenken. Die nicht in den Bund gehörenden Elemente hätten dagegen protestiert, weil sie dem Verbande keine Konkurrenz schaffen wollten. (1) Ebenso wurde behauptet, daß der Bund nicht schon früher dem christlichen Gesamtverband beigetreten sei. Erst seit diesem Anschluß sei es möglich gewesen, den Kampf gegen den sozialdemokratischen Verband und gegen das Tarifaht, das nach der Feiße des Verbandes lange, erfolgreich angulampfen. Dem Tarifamt wurden ganz besonders schwere Vorwürfe gemacht. Namentlich Herr Stegerwald zog wiederholt gegen den „Mängel“ im Tarifamt zu Felde.

Die Diskussion über den Gewerkschaftsbericht wie über die Agitation in der nächsten Zeit und eine Reihe anderer innerer Verbandsangelegenheiten wurden in eine geschlossene Sitzung verlegt. Nach einer Bemerkung des Bundesvorsitzenden in seinem Geschäftsbericht sollte da auch beraten werden, wie es möglich sei, zu teilen, was noch zu teilen ist, d. h. wie man die Kollegen, die noch christlich-national gefimmt, aus dem Buchdruckerverband herauszuholen, und wie man andererseits die Jugend für sich gewinnen könne. Die übergroße Weisheit der Verbandsmitglieder, die der Verband mit Hilfe der Prinzipale mittels des Arbeitsmonopolvertrags mühelos gewonnen, seien leider zu dem geworden, was sie nach den Wünschen des sozialdemokratischen Verbandes hätten werden sollen, und deshalb als verloren zu betrachten.

Die Prinzipale und der Buchdruckerverband werden einigermaßen verwundert sein über das Lob, das ihnen die Gutenbergbündler ob ihrer systematischen und erfolgreichen Agitation zugunsten — der sozialdemokratischen Partei (1) ausgespielt haben.

Der Tabakarbeiterverband im Jahre 1912.

Es gibt wenige Organisationen, die mit so ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie der Tabakarbeiterverband. Da ist zunächst die eigenartige Produktionsweise, die es den Interessierten erlaubt, mit ihren Betrieben leicht den Ort zu wechseln, so daß die Tabakindustrie in ihren alten Produktionsgebieten rapide abnimmt und sich mit Vorliebe in den entlegensten Dörfern festsetzt. Es haben Unternehmer bis zu 40 und 50 Hektar Betriebe. Ferner spielt die sehr starke Vermehrung der Fremdarbeit, die ausgebeutete Heimarbeit und nicht zuletzt die fürchterlich drückende Steuerfesselung eine bedeutende Rolle. Während allgemein seit ein paar Jahren eine günstige Geschäftskonjunktur herrscht, liegt die Zigarettenindustrie völlig daneben und hat und Entbehrung bei den Tabakarbeitern sind größer als sie unter dem ersten Eindruck der Wertsteuer, die bekanntlich 1909 geschaffen wurde, waren. Man kann sich also einen Begriff davon machen, was es heißt, unter solchen Umständen gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen.

Das Jahr 1912 ist in der Entwicklung des Tabakarbeiterverbandes nicht bedeutungslos. Auf der im Mai in Hamburg stattgefundenen Generalversammlung wurde die Verschmelzung mit dem Sortiererverband vollzogen. Den letzten Anstoß dazu hat zweifellos die

große westfälische Ausperrung gegeben. Es traten 2686 Mitglieder des Sortiererverbandes über. Trotzdem ist die Mitgliederzunahme im allgemeinen als ungenügend zu bezeichnen, denn sie betrug einschließlich der Uebergetretenen nur 1762, so daß eigentlich eine Abnahme zu verzeichnen ist. Bei der großen Arbeitslosigkeit und dem umfangreichen Auslegen ist das kein Wunder, mußten doch tausende Tabakarbeiter mit einer Verdienstbeschränkung, oft um die Hälfte ihres fälligen Lohnes, sich behelfen. Der Verband zählte am 31. Dezember 1912 in 483 Zählstellen 87 211 Mitglieder, darunter 18 063 weibliche. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist an sich zwar recht stattlich, mühte aber, da etwa 1/3 der Beschäftigten Frauen sind, bedeutend größer sein.

Der Sortiererverband brachte der Kaffe des Tabakarbeiterverbandes 18 242 M. zu, die Generalkommission anlässlich der westfälischen Ausperrung noch 350 505 M. Einschließlich eines Bestandes vom Vorjahre in Höhe von 230 716 M. war die Gesamteinnahme 1 529 685 M. Die Rekreinnahme an Beiträgen betrug gegen das Vorjahr 64 688 M. Die Ausgaben betrugen insgesamt 1 492 992 M., so daß am Jahreschluss ein Bestand von 106 698 M. verblieb. Ausgegeben wurden u. a. für Gemeinwohlunterstützung 199 427 M., für Streiks und Lohnbewegungen 879 781 M., für Streiks in anderen Gewerkschaften 8000 M., für Arbeitslosenunterstützung 108 873 M., für Krankenunterstützung 241 811 M. Die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung haben sich im letzten Jahre ganz bedeutend gesteigert, was auf die ungünstigen Erwerbsverhältnisse in der Tabakindustrie zurückzuführen ist.

Obgleich der Verband mit so außerordentlich ungünstigen Verhältnissen zu kämpfen hat, hat er im Jahre 1912 doch noch ansehnliche Erfolge auf dem Gebiete des Lohnkampfes errungen. Zunächst spielte noch der große Kampf des westfälischen, Bremer und Hamburger Lohngebietes in das Geschäftsjahr hinein. Nach Beendigung dieses Kampfes galt es, nicht nur im Kampfgebiet, sondern überall vorwärtszudringen. So hatte der Verband dann auch nicht weniger als 245 Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestehen, die sich auf 1399 Betriebe mit 83 545 beteiligten Arbeitern (davon 16 088 weibliche) erstreckten. Mit vollem Erfolge konnten davon 98 Bewegungen in 682 Betrieben mit 12 365 beteiligten Arbeitern beendet werden, mit teilweisem Erfolg 130 Bewegungen in 691 Betrieben mit 20 531 Arbeitern; einen Mißerfolg hatten 19 Bewegungen in 23 Betrieben mit 649 beteiligten Arbeitern. Von den 245 Bewegungen waren Angriffsbewegungen ohne Streik 189, mit Streik 29, Abwehrbewegungen ohne Streik 10, mit Streik 8, während 8 Ausperrungen zu verzeichnen waren. Es gelang dem Verband, in 69 Fällen für 197 Betriebe mit 1722 Arbeitern neue Tarifverträge abzuschließen. So daß am Schlusse des Berichtsjahres 270 Tarifverträge für 1064 Betriebe mit 6195 Arbeitern bestanden. Durch diese Kämpfe erhielten 21 096 Arbeiter eine Erhöhung ihres Wochenlohnes im Gesamtbetrage von 15 091 M., außerdem wurden für 821 Arbeiter die wöchentliche Arbeitszeit um zusammen 1604 Stunden vergrößert.

Die ungünstige Lage in der Zigarettenindustrie hat sich im Jahre 1912 noch verschlimmert; die Anforderungen an den Verband für Arbeitslosenunterstützung sind weiter erheblich gestiegen, so daß das in Hamburg im Mai 1912 beschlossene Statut — soll nicht der Kampfcharakter des Verbandes leiden, — nicht gehalten werden kann. Demnächst findet ein Verbandstag statt, der über gründliche Veränderungen entscheiden soll. Für die Tabakarbeiter und ihre Organisation kommen erst jetzt die unheilvollen Folgen der Wertsteuer voll zum Ausdruck; sich dagegen zu wehren, ist schon mit Rücksicht auf die so wie so trostlose Lage der Tabakarbeiter dringend nötig.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Arbeitsmarkt im Juni.

Eine Besserung auf dem Berliner Arbeitsmarkt blieb nach der „Berliner Arbeitsnachrichtensstatistik“ auch im Juni aus. Das vollständige Daniederliegen der Privatbautätigkeit in Groß-Berlin beinträchtigt auch die verwandten Gewerbe in der Eisens, Metall- und Holzindustrie, bei denen Arbeitslose noch Tausenden gezählt werden. Der Fortzug von Bauarbeitern hält an, trotzdem ist das Angebot von Arbeitskräften in den Arbeitsnachweiser sehr groß. Bei den Männern kamen auf 100 offene Stellen 178 Arbeitsgesuche gegen 156 in der gleichen Zeit des Vorjahres und 176 im Vormonat. Bei den Arbeiterinnen stehen 100 offenen Stellen 136 Arbeitsgesuche gegenüber, während im Parallelmonat des Vorjahres sich Nachfrage und Angebot fast ausglich. Die zurückgehenden Einnahmen der Landesversicherungsanstalt aus dem Verkauf von Markenbeiträgen und die sinkenden Mitgliederzahlen der Krankenkassen liefern ebenfalls einen Beweis für die ungünstige Lage des Berliner Arbeitsmarktes. Damit im Zusammenhang stehen die Mehreingänge an Invalidentenanträge und die größere Inanspruchnahme der Krankenkassen. Ueber einige wichtige Industriezweige ist im einzelnen zu berichten: In allen Branchen der Eisens- und Metallindustrie herrschte wenig Nachfrage. Besonders schlecht ist die Lage bei den Rohrlegern und Eisenern. Die Kupferschmiede hatten fallende Tendenz. Der Metallarbeiterverband zählte am Schlusse des Monats 8651 Arbeitslose. Nur nach Schmieden war die Nachfrage lebhaft. Schlecht war die Beschäftigungslage in der Textilindustrie bei den Webern, Posamentierern, Kurbleren, Wäschern und Plättlern; mittelmäßig bei den Defektoren, gut dagegen bei den Wirklern und Strickern. Andauernd sehr schlechte Konjunktur besaß in der Holzindustrie; am Schlusse des Monats wurden 4618 Arbeitslose gezählt. Das Baugewerbe erholt sich nicht, es besteht auch keine Aussicht auf Besserung. Ein großer Teil der Maurer, Zimmerer, Ofenseher usw. sucht Beschäftigung in der Pöbel- oder auch zu anderen Berufen übergehen. Auch in der Gips- und Zementbranche ist Besserung nicht eingetreten. Trotz der beendigten Lohnbewegungen im Malergewerbe war die Nachfrage sehr gering. Bei den Ofensehern waren am Schlusse des Monats noch 548 Arbeitslose. Die Lage im Handelsgewerbe muß auch als ungenügend bezeichnet werden. Das Angebot mit höherem Gehalt ist sehr reichlich, dagegen war die Nachfrage für weibliches Personal mit niedrigem Gehalt besser. Erheblich zurückgegangen war auch die Nachfrage nach Handels-Hilfsarbeitern. Plauze wird auch aus dem Verlehrsgebiete gemeldet.

Nach dem Bericht des Zentralarbeitsnachweises hält die ungünstige Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt weiter an. Die erneuten Kriegsunruhen und die allgemeine Spannung der politischen Lage wirkten färdend auf die Entwicklung und den Export der Industrie. Im Vergleich zum Vorjahre war die Beschäftigungslage im Handel um zirka 15 bis 20 Prozent gesunken. Der Andrang zu den Arbeitsnachweiser steigert sich immer weiter.

Die Beschaffung von Eisenerzen wird für die deutsche Eisenindustrie immer schwieriger. Die in Deutschland gefundenen Eisenerze reichen bei weitem nicht aus, um den inländischen Bedarf der rapide wachsenden Eisenindustrie zu decken. Deutschland ist daher in stetig wachsendem Maße auf die Einfuhr angewiesen. Allein im verflochtenen Halbjahre wurden 68,4 Millionen Doppelzentner im Werte von 118,6 Millionen Mark eingeführt. Hauptlieferanten sind Schweden, Frankreich, Spanien, Rußland, Algerien, Norwegen. Luxemburg, das ebenfalls große Eisenerzfelder besitzt, erscheint dabei in der Statistik nicht, da es bekanntlich zollpolitisch zu Deutschland gehört. Aber gerade die luxemburgischen Minerale (Eisenerze) selber sind für die westdeutsche Eisenindustrie von großer Bedeutung. In diesen Tagen nun hat die Regierung die letzten Minettefelder bergeden. Es handelt sich um 582 Hektar, für bis an folgende vier Gesellschaften Ausbeute-Konzessionen auf 50 Jahre erteilt werden: 1. Die Welsenfirchener Bergwerks-Alt.-Ges., Abteilung Kachener

Güttenberg-Eis., zu Esch an der Alzette, erhält zusammen 80 Hektar gegen eine Rente von 2725 Fr. pro Hektar und pro Jahr; 2. dem Hochofen- und Stahlwerk Steinfurt werden zusammen 125 Hektar zum Preise von 2100 Fr. pro Hektar und Hektar zugewiesen. Die Gesellschaft verpflichtet sich, ihr bestehendes Hüttenwerk bedeutend zu vergrößern oder an einer anderen Stelle innerhalb des Großherzogtums eine neue Anlage mit einer jährlichen Produktion von 180 000—210 000 Tonnen Roheisen zu errichten; 3. die Konzession der belgischen Gesellschaft Dugré-Maximilien, Abteilung Kobingen, begreift 94 Hektar zu 2125 Fr. pro Hektar und pro Jahr; 4. der Vertrag mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Alt.-Ges., Abteilung Differdingen, erstreckt sich auf 894 Hektar zu einer Rente von 2025 Fr. pro Hektar und pro Jahr.

Die 582 Hektar werden dem luxemburgischen Staat eine jährliche Rente von 1 224 625 Franz während 50 Jahren ab, im Durchschnitt pro Hektar 2104,16 Franz. Außerdem legt der Staat den Hüttengesellschaften im Interesse der luxemburgischen Landwirtschaft die Verpflichtung auf, während 50 Jahren pro kongedierten Hektar Eisenerzland 17 Tonnen gemahlene Thomasschlacken bestimmter Qualität zu relativ niedrigem Preise zu liefern.

Die „Bosfische Zeitung“, der wir diese Angaben entnehmen, macht zugleich interessante Mitteilungen über die gewaltige Preissteigerung für Eisenerze in den letzten Jahren. Im Jahre 1909 wurde pro Hektar eine 50jährige Rente von 750 Franz geboten, die Anfang 1911 auf 900 Franz, Ende 1911 auf 1000 Franz (Angebot der vereinigten luxemburgischen Hüttengesellschaften), im März 1912 auf 1200 Franz (Angebot Aug. Thiffen), im Juli 1912 auf 1250 Franz (Uebergebot der luxemburgischen Hüttengesellschaften) und Anfang Februar 1913 auf durchschnittlich 1950 Franz (Uebergebot der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Alt.-Gesellschaft, Abteilung Differdingen) stieg. Noch in demselben Monate erfolgte seitens des Hochofen- und Stahlwerks Steinfurt ein weiteres Uebergebot auf verschiedene Teile der zu vergebenden Konzessionen: Anfang April folgte die Gesellschaft Dugré-Maximilien, Abteilung Kobingen, auf demselben Wege. Daneben behält sich der luxemburgische Staat noch andere Nebenverträge vor, darunter billige Lieferung von elektrischer Kraft und vorzugsweise Anstellung von luxemburgischen Staatsangehörigen, da nur ausländische Gesellschaften in Frage stehen.

Das Anwachsen des Kapitalmarktes. Seit dem letzten Hochkonjunkturjahre 1907 wurden für Neugründungen und Kapitalerhöhungen von den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften m. b. H. der Elektroindustrie nahezu 800 Millionen Mark angefordert. Das starke Anwachsen des angeforderten Kapitals erklärt sich zum Teil aus der Einrichtung von Ueberlandzentralen und aus der finanziellen Unterstützung von Kommunen, die neue Elektrizitätswerke anlegen wollen, seitens der Unternehmungen der Elektroindustrie. In den einzelnen Jahren ist die Unternehmungslust auch in diesem Gewerbe stark abhängig von der Lage am Geldmarkt. Es wurden nämlich in den Jahren 1907 bis 1912 und im ersten Halbjahre 1913 für Neuinvestitionen aufgewendet:

Jahr	89,08 Millionen Mark
1907	89,08
1908	89,16
1909	27,50
1910	59,98
1911	40,39
1912	75,76
1913 (erste Hälfte)	10,82

Besonders groß ist der Kapitalaufwand in den Jahren leichter Weltmarktverhältnisse. Der größere Teil der Neuanlagen fällt dabei auf Kapitalerhöhungen bestehender Gesellschaften, nicht auf Neugründungen, ein Zeichen für die Kapital- und Betriebskonzentration in der Elektroindustrie. Unter den Neugründungen herrschen die Gesellschaften m. b. H. den Aktiengesellschaften vor. Im Jahre 1911 wurden 88 Gesellschaften m. b. H. gegen nur 3 Aktiengesellschaften gegründet. Trotzdem betrug das Gründungskapital bei den 3 Aktiengesellschaften 12,8 Millionen gegen nur 7,4 Millionen der 88 Gesellschaften m. b. H. Noch deutlicher prägt sich dies Verhältnis bei den Kapitalerhöhungen aus. Im Jahre 1911 erhöhten 9 Aktiengesellschaften ihr Kapital insgesamt um 17,7 Millionen, 29 Gesellschaften m. b. H. aber nur um 2,99 Millionen. Auch das belegt die rasche Konzentration in der Elektroindustrie, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Gesellschaften m. b. H. und die kleineren Aktiengesellschaften sehr häufig von den großen Firmen gegründet, finanziert und kontrolliert werden.

Für ein Reichsmonopol tritt Reg.-Rat Dr. Frielinghaus ein. Man dürfe die Gelegenheit zu einer gesetzlichen Regelung der Materie jetzt, da die Konzessionsnabelle dem Reichstag zugehen soll, nicht verpassen. Eine Aktiengesellschaft der Filmindustrie wird in ähnlicher Weise, wie sie für das Petroleummonopol geplant ist, vorgeschlagen. Das Reich kann sich einen Teil der Aktien sichern oder in anderer Weise am Gewinn beteiligt werden. Von dieser Gesellschaft soll jeder Film, der in Deutschland aufgeführt wird, entliehen oder gekauft werden, während es dem Unternehmen überlassen bleiben soll, ob es die Filme kaufen oder selbst herstellen will. Neben dieser Aktiengesellschaft sollen andere Verleihinstitute nicht mehr bestehen; angekaufte Filme dürfen nur im eigenen Betrieb benutzt werden.

Soziales.

Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. M. brachte die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation ein, welche Vorbereitungen der Magistrat getroffen habe, um den Folgen der Arbeitslosigkeit, die schon eingetreten sei und nach allen Anzeichen noch eine große Steigerung erfahren werde, zu begegnen. Genosse Graf betonte in der Begründung, die Arbeitslosigkeit sei eben in Frankfurt viel stärker als in früheren Jahren um dieselbe Zeit. Die Mitgliederzahl der Krankenkasse sei seit Anfang Mai um 8- bis 4000 zurückgegangen, während sie sonst in diesen Zeiten steigere. Die Stadt mühte sofort Vorkehrungen treffen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Auch mühte die Stadt die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ins Auge fassen, denn bis der Staat die Arbeitslosenversicherung einführe, wurde es noch lange dauern. — Bürgermeister Luppe erwiderte, der Magistrat habe sich schon mit der Frage der Arbeitslosigkeit und wie sie gemildert werden könne beschäftigt. Nach den Feststellungen der Arbeitsvermittlungsstelle spielweise in Bayern. Der Magistrat werde sich schleunigst schlüssig machen, welche größere Arbeiten jetzt schon in Angriff genommen werden könnten. Die regelmäßigen Notstandsarbeiten seien bereits vorbereitet. Dem Magistrat wäre es sehr angenehm, wenn die Gewerkschaften Zahlen über die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder mitteilen würden. — Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Es ist wohl anzunehmen, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung bald entsprechende Vorlagen unterbreiten wird und Berlin?!

Die Fleischermeister.

Die wenig die Fleischermeister sich ihrer sozialen Pflichten immer bemüht sind, wird ihnen, wenn auch nachsichtig, in ihren eigenen Organen hie und da vor Augen gehalten. Vor uns liegt z. B. der neueste Bericht der Fleischer-Verunglücktenvereins für 1912. Dieser besagt, daß immer noch so viele Meister sich sträuben, das Personal zu Unfallversicherung anzuschließen. Jedes Jahr dieser Art. Mit Hilfe der Behörden habe man im Vorjahr in der Rheinprovinz, Bayern, Odenburg, in Westfalen usw. allein

2885 Betriebe, darunter 350 Kraftbetriebe, festgestellt, deren Inhaber bisher sich von der Versicherung gedrückt hatten. Beiläufig wird ferner, daß viele Meister erst auf weiteres Drängen der Behörden sich endlich gemeldet hätten — erst nach wiederholter Aufforderung und Belehrung. Immer die alte Ausrede, daß man nichts gewußt habe. Recht bezeichnend ist auch folgende Stelle des Berichts:

„Auch die Richtigkeit der Lohnangaben läßt noch viel zu wünschen übrig, besonders häufig sind die Lohnangaben für im Betriebe tätige Verwandte, wie Söhne, Töchter, Geschwister, Eltern, unrichtig. Es zeigt sich dies recht deutlich bei Unfällen solcher Angehörigen. War auch in dem Unfallgeldnachweis gesagt worden, daß der nunmehr Verletzte beziehe außer Kost, Wohnung, Kleidung keinen Lohn oder nur ein unangehöriges geringes Taschengeld, so enthält nicht selten die für die Entschädigungsberechnung eingelegte Lohnangabe hohe Löhne und eine außerordentlich hohe Bewertung der Sachbezüge. Es kommen da Unterschiede in den Angaben um 1000 M. und mehr für ein Jahr vor. Ist in einem solchen Falle die zur Unfallfrage gemachte Lohnangabe richtig, so hat sich das Mitglied einer Beitragsversicherung zum Nachteil der anderen Mitglieder schuldig gemacht und sind die Bezüge zur Unfallfrage so hoch angegeben, so liegt eine Vergehensart auf Kosten anderer vor, die ebensowenig entschuldigt werden kann.“

Das sind bittere Worte. Dabei ist die Unfallversicherung im Fleischerberufe gar nicht gering. Versichert waren laut Bericht 67 281 Betriebe mit 128 308 Versicherten — mehr 3215 Betriebe mit 4171 Versicherten gegen 1911. — Gemeldet wurden 4711 Unfälle 4887 im Jahre 1911. Der Bericht führt eingangs aus, daß die Maschinen im Betriebe große Gefahren bringen:

„Die gefährlichsten Maschinen sind die Fleischwölfe und die Kutter. Sie müssen so fein, daß der daran Arbeitende mit den Händen nicht an die Schneeden und Messer gelangen kann. Es läßt sich dies bei den Wölfen durch Verlängerung oder Berengung des Halses und des Einlaufes, bei den Kuttern durch Verkleinerung der Hüllöffnung und sichere Bedeckung der Messer unschwer erreichen.“

Weiter führt der Bericht aus:

„Bei verschiedenen Unternehmern lag eine außerordentlich grobe Fahrlässigkeit vor, weil sie, trotz besonderer Aufforderung und entgegen ihrer Mitteilung hierüber, die erforderlichen Schutzvorrichtungen nicht hatten anbringen lassen, was sich infolge des Unfalls nachträglich herausstellte. Recht bedauerlich ist es auch, daß vielen Betriebsunternehmern die Einsicht dafür fehlt, wie gefährlich es ist, jugendliche Personen unter 16 Jahren an gefährlichen Maschinen zu beschäftigen; hier vor kann nicht scharf genug gewarnt werden. Aber geradezu unerträglich ist es, wenn sogar Schulknaben an Maschinen mit Kraftbetrieb verwendet werden, wie es in letzter Zeit vorgekommen ist. Durch das Kinderbeschäftigen ist jede Beschäftigung eines schulpflichtigen Kindes in einer Werkstätte, in der elementare Kraft verwendet wird, verboten, also vielmehr noch eine Beschäftigung an den Maschinen selbst.“

In nicht weniger als 33 Fällen sind dem Verbot gegenüber jugendliche Personen unter 16 Jahren an gefährlichen Maschinen beschäftigt worden. Unter diesen Personen befinden sich solche unter 12 Jahren zwei, von 12 bis 14 Jahren sechs und von 14 bis 16 Jahren 25.“

Sonntagstrahe im Handelsgewerbe.

Von der sozialdemokratischen Gemeindegemeinschaft in Gera ist eine erweiterte Sonntagstrahe für das Handelsgewerbe beschlossen und nun auch ministeriell bestätigt worden. Nach dem Befehl dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden. Als Ausnahmen werden zugelassen: a) die Beschäftigung von Handelsangestellten aller Art im Großhandel, der Industrie, der Bank-, Expeditions- und Agentur- der Baugeschäfte usw. an acht Sonn- und Feiertagen im Jahre; b) in den offenen Verkaufsstellen des Kleinhandels an sechs Sonn- und Feiertagen und an den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten. Bei a) ist über die acht Sonntage eine Liste zu führen und an sichtbarer Stelle aufzuhängen, bei b) werden die betreffenden Tage nach Gehör der Gewerbetreibenden durch den Stadtrat festgesetzt. Auch für den Geschäftsbetrieb der Fleischer, Bäcker und Konditoren ist eine Einschränkung der Verkaufszeit auf einige Tagesstunden festgelegt worden.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Vergehens gegen das Personenstandsgesetz hatte gestern die 2. Penitenzstrammer des Landgerichts II gegen den Rabbiner Dr. Petrusowski zu verhandeln. Der Angeklagte wurde beschuldigt, in zwei Fällen, ohne daß eine standesamtliche Trauung vorausgegangen war, die religiösen Trauungszeremonien vorgenommen zu haben und sich dadurch gegen den § 67 des Gesetzes, betreffend den Personenstand und die Eheschließungen vom 6. Februar 1875 vergriffen zu haben. Wie der Beschuldigte zugestand, hatte er im Jahre 1910, als er nach Kreisbeamter an der Tiergartenmagdengemeinde war, einen Russen Dr. Kappaport mit einer Brasilianerin und einen russischen Kaufmann Trocki hier getraut, ohne daß in beiden Fällen die Paare vorher standesamtlich getraut worden waren. — Wie der Angeklagte vor Gericht erklärte, sei er nach seiner besten Ueberzeugung korrekt vorgegangen. Er sei damals von einem Standesbeamten zu dem anderen geschickt worden, habe sich alle möglichen Auskünfte von der russischen Botschaft usw. eingeholt, durch die er zu der Annahme gelangen konnte, daß er nicht gegen die Gesetze verstoße. Verstärkt sei er hierin noch dadurch, daß der Rabbiner Dr. Gildesheimer eine Trauung, die er erst abgelehnt habe, vollzogen habe. — Tatsächlich ist Dr. Gildesheimer, wie seinerzeit mitgeteilt, ebenfalls zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß Dr. P. in einer entschuldigen unrichtigen Auffassung der Gesetze gegen diese verstoßen habe, ein Verum schübe aber nicht vor Strafe. Mit Rücksicht darauf, daß der Fall außerordentlich milde liege, erkannte das Gericht auf 20 M. Geldstrafe.

Kapitalistische Gesetzesverächter.

Thüringen, das Land der Spielwarenindustrie, ist zugleich auch das klassische Land der Kinderausbeutung. Der Fremde, der in den waldumrauschten Tälern dieses herrlichen Flächens Erde für einige Wochen Ruhe sucht, um seine Nerven für den Kampf ums Dasein zu stärken, ahnt oft nicht, wieviel unbeschriebenes Elend die kleinen an den Bergabhängen gelagerten Industriorte Thüringens bergen. Der Thüringer hängt mit allen Fasern seines Dergens an seinem schönen Heimatlande und vielleicht ist es mit diese etwas sentimentale Eigenschaft des Thüringischen Arbeiters, der es dem Kapitalisten ermöglicht, seiner Profitgier ungehemmt die Bügel schiefen zu lassen. Kinder und schulentastende Knaben und Mädchen werden von den Unternehmern mit Vorliebe beschäftigt, und zwar trotz des Kinderbeschäftigungsgesetzes und der Arbeiter-einnahmestimmungen gar oft weit über das gesetzliche Maß hinaus.

Am Dienstag hatte sich der Porzellanwarenfabrikant Julius Gaidardt Petras aus Groß-Weitenbach vor der Erfurter Strafammer zu verantworten, weil er Schulknaben in seiner Puppenfabrik beschäftigt hatte und eine jugendliche Arbeiterin noch nach 8 Uhr abends in seinem Betriebe arbeiten verrichten ließ. Das Schöffengericht in Gera hat ihn freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte Berufung eingelegt. In der Verhandlung vor der Strafkammer wurde festgestellt, daß fünf bis sechs Wochen lang vor Ostern dieses Jahres eine Anzahl Mädchen unter 14 Jahren täglich etwa drei Stunden lang bei der Arbeit in der Fabrik beschäftigt wurden. Der Angeklagte ließ durch seinen Verteidiger geltend machen, daß er nichts davon gewußt habe, daß Kinder in seinem Betriebe arbeiteten. Ein Arbeiter, der mit der Ausführung der Arbeiten beauftragt war, hat den Lohn an die Kinder bezahlt, der sich für die etwa fünf Wochen lange Tätigkeit, nach den

Aussagen einiger Zeugen, auf 7 bis 8 M. belief. Wenn Herr Petras einmal einen Gang durch den Betrieb unternahm, dann versteckten sich die Kinder hinter den Schränken. Wer ihnen diese Instruktionen erteilt hatte, kam leider in der Verhandlung nicht zur Sprache. Die Firma hat auch wiederholt ein großes Interesse bekundet, daß ihr diese billigen jugendlichen Arbeitskräfte erhalten bleiben möchten. Herr Petras junior wurde bei den Müttern einiger Schulknaben, die nach der Entlassung aus der Nachmittagschule in Betriebe arbeiteten, vortrefflich und äußerte den Wunsch, daß die Eltern ihre Kinder doch nach der Konfirmation in seiner Fabrik in Arbeit treten lassen möchten. Eine Arbeiterin im Alter von 18 Jahren hatte wiederholt noch nach 8 Uhr abends Arbeit verrichten müssen. Der Staatsanwalt beantragte 60 M. Geldstrafe. Der Einwand des Angeklagten, er habe keine Kenntnis von diesen Vorgängen in seinem Betriebe gehabt, wurde zurückgewiesen. Er habe vielmehr die Verpflichtung, wenn er selbst an der Beaufsichtigung seines Betriebes verhindert sei, Beauftragte nach dem Rechten sehen zu lassen.

Im Anschluß hieran sei noch bemerkt, daß erst vor einigen Tagen dasselbe Gericht den Buchdruckereibesitzer Otto Weder aus Gera zu 100 M. Geldstrafe verurteilt hat, weil er Lehrlinge und Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren weit über die zulässige Arbeitszeit bis spät in Nacht hinein für sich arbeiten ließ und ferner den Kindern anstatt der gesetzlichen 15-minütigen Frühstück- und Vesperpausen nur ¼ Stunde gewährte. Sogar einen freien Sonntag gönnte er den Kindern nicht. So pfeifen die Unternehmern auf Gesetz und Humanität.

Hus aller Welt.

Vom Wahnsinn der bürgerlichen Gesellschaft.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ brachten folgenden Artikel:

Der Luxus der Hundeliebhaber, der sich auf der Pariser Hundenausstellung wieder in voller Pracht entfaltete, gibt der mondänen Frau viel Kopfschmerzen auf, denn ein schickes Aussehen des sie begleitenden Liebblings gehört zu der vollkommenen Silhouette ihrer Erscheinung. Jeder allein tut es jetzt nicht mehr bei Halsband und Leine, wie Jacques Luffign in einer Plauderei des „Figaro“ vertrat, sondern der Bijoux, der Goldschmied und der Juwelier müssen an der kostbaren Verschönerung dieser Dinge arbeiten. Alle Zusammenstellungen sind erlaubt, wenn sie harmonisch sind und zu der Individualität des Trägers passen. Ihre Hunddogge ist dunkelgefärbt? Dann nehmen Sie rotes Leder und vergoldetes Silber. Ist sie weißgefärbt, so muß sie weißes Leder mit einer Verzierung von Türkisen tragen. Aber niemals verwende man ein Halsband aus Haaren. Das ist höchst unmodern. Für all die kleinen Schoßhündchen, den King-Charles, den Bologneser, den Peking- und Japanhund kommt nur ein schmales, aus sehr feinen Fasern gearbeitetes, silbernes Halsband in Betracht, mit einem winzigen Vorlegetasche versehen und mit feiner Bijouxverzierung verziert. Elegant, aber für den Hundeband so schwierig zu tragen, ist ein Halsband von einfachem Lackleder. Eine entzückende Zusammenstellung für einen niedlichen Affenpinscher ist ein Brustriemen, der bei einem schwarzen Tier aus weichem, mit Opalen verzierten Leder sein muß. Windspiele schreiten in hellen, mit Worten garnierten Schabracken einher. Für das Automobil besteht die Toilette des Robehundes aus englischen Stoffen und Weiße Mäntel, weiche Plüsch, alles von einfacher ruhiger Farbe, bilden die Reisetouille. Die Seitentasche mit dem früher beliebten, nun als läppisch empfundenen Taschentuch ist verpönt. Am Meerestrande präsentieren sich die wohl gekleideten Hunde in anliegenden Trikots, doch haben sie auch wasserdichte Kleidung mit, damit sie sich nicht erkälten. Die letzte Neuheit des guten Hundetons aber besteht in dem Gebrauch von Schuhen, die für größere Ausflüge fest und widerstandsfähig gearbeitet sind, in der Stadt aber sehr fein und niedlich sein müssen; ja, diese eleganten Hunde tragen sogar Ueberstühle aus Samt, um die heiße Farbe ihrer Seidenstühle zu schonen. Zum Schuh gehört unbedingt das „Armband“, oder besser Schuhschuh. Extravagante Damen sollen sogar versucht haben, das Armband noch mit einer niedlichen kleinen Uhr auszustatten. — O selig, o selig, ein Hund noch zu sein!

Dieses: „O selig, o selig, ein Hund noch zu sein!“ ist, so bemerkt dazu unser Leipziger Trudertorgan, offenbar von den Lirnanfänglingen hinzugefügt worden. So ein Hundeleben erscheint ihnen sogar als ein glückseliges, erstrebenswertes Dasein.

Das Treiben dieser weiblichen Robenarren aber, die sich abquälen, für ihre Hunde immer neuen kostbareren Schmuck und neue kostbarere Kleidung zu erfinden, indes Millionen von Menschen das Notdürftigste zum Leben entbehren, beweist, wie weit der Verwesungsprozess der oberen Gesellschaftsschichten fortgeschritten ist.

Agriarische Leutefürsorge.

Es gibt immer noch erbärmliche Menschen, die behaupten, in Ostelbien gäbe es keine soziale Anständigkeit. Diese Sorte gottloser Lächerer mag das folgende Interlat aus der „Deutschen Tageszeitung“ genau durchlesen:

Für die Leutekuche!

Kaffee-Ersatz „Nixe“, 40 Pfennig pro Pfund, Coféin, der nächstkräftigste gesunde Ersatz für Kaffee, 50 Pfennig pro Pfund mit 10 Proz. Arabat. Kräftiger Kaffee-geschmack und Geruch, aus 1 Pfund bereitet man 85 bis 40 Liter Kaffee! — In Tausenden von Gutshöfen, Haushaltungen ständig verwendet! Glänzend degustiert!

Rährmittelgesellschaft.

Wenn man aus einem Pfund „Kaffeebohnen“ 40 Liter Kaffee löst, und es wird für das Pfund 1,50 M. gezahlt, dann kostet das Liter Kaffee etwa 8 Pf. Auf die Tasse Kaffee kommen dann etwa 5 bis 6 Wölkchen. Für die Leutekuche ist das aber zu vornehm. Die Hauptfrage ist da kräftiger Kaffee-geschmack und Geruch! Deswegen kauft man „Nixe“ oder „Coféin“ und hat dann für noch nicht einen Pfennig immer gleich einen ganzen Liter „für die Leutekuche“! Und dieses Zeug soll in Tausenden von Gutshöfen, Haushaltungen ständig verwendet werden! Wer wagt jetzt noch daran, daß auf dem Lande niemals ein Arbeiter an der großherrschaftlichen Luxusfrage, zum Beispiel an Koffeinergiftung, zugrunde gegangen ist? Und wer wagt jetzt noch daran zu zweifeln, daß „Nixe“ ein Verweis für die geradezu mütterliche Liebe der Agriarier für ihre Leutekuche ist? Wer es noch wagt, wird verurteilt, „Nixe“ zu trinken sein Leben lang.

Zurückbare Hitze in Nordamerika.

Ueber die westlichen und die Zentralstaaten Nordamerikas ist in den letzten Tagen nach Osten hin eine Hitze gewogen, die eine unerträglich hohe Temperatur mit sich brachte. In Chicago kamen allein 20 Todesfälle an Dysenterie vor, in Cleveland 12, in New-York 4 Grad im Schatten an. Die Leute halten es des Nachts in den Wohnungen nicht mehr aus und ziehen es vor, im Freien zu nächtigen. Von der Polizei ist das Schlafen in den öffentlichen Parks gestattet worden.

Kleine Notizen.

Eine „gemäßliche“ Hochzeitsfeier. Auf einer Hochzeit in Badenholz (Westfalen) wurde in der Nacht zum Donnerstag infolge von Streitigkeiten ein Durcheinander geschossen. Er war sofort tot. Ein anderer wurde lebensgefährlich verletzt. Die zwei Täter wurden verhaftet.

Brandkatastrophe bei einem Rennen. Während eines Motorradrennens in Cincinnati stieß einer der Mitfahrer namens Johnson an den Träger einer elektrischen Lampe. Der Benzinhälter seines Fahrzeuges explodierte. Johnson selbst und eine zweite Person verbrannten. Sechs Personen wurden tödlich und elf schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Stundenstraße 69, von vier bis sechs — Freitag aus — wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abonnementsentgelt beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

20. 23. 33. 1. Sofern Betrug nachweisbar, sind Sie zur Weiterzahlung nicht verpflichtet, können auch den bereits gezahlten Betrag zurückverlangen. Ihre Angaben reichen aber zum Nachweis eines Betruges nicht aus. 2. Nach dem bisherigen Sachverhalt unzulässig. — M. 46. Fordern Sie den Eigentümer auf unter Erhaltung einer Frist, für Räumung des Korridors Sorge zu tragen. Gelingt das nicht, so können Sie Klage erheben. 2. Dagegen läßt sich nichts tun. Die Korridorarbeiten sind ohne Zustimmung der Nachbarn nicht offen lassen. — O. 66. Das Geld muß unter diejenigen, die sich durch Zahlung von einer Mark beteiligt haben, verteilt werden. — D. 10. Die Schuldscheine sind rechts-gültig. Für den Fall der Einreichung bei Gericht möge eine Stempelstrafe zu beibringen. — S. 100. Der Abzug ist begründet, sofern Sie ununter-brochen sind. — Neustadt 99. Rein. — D. 100. 1. Ja. 2. Eine Lösung ist nur mit Zustimmung des Verleihers möglich. 3. Ihr Mann hat sein Bestimmungsrecht, aber auch keine Verpflichtung zur Beschaffung der Kleidung. — W. 11. Nur dann, wenn ein berechtigtes Interesse nach-gewiesen wird. — M. C. 36. 1. Ja. 2. An den Käufer. — M. R. 14. Die Rücknahme kann nicht erzwungen werden. Sie persönlich sind zahlungs-pflichtig, Ihr Mann jedoch nicht. — J. C. 01 G. Ja, und zwar die volle Miete, sofern mit dem Vermieter nicht eine anderweitige Vereinbarung zustande kommt. — R. R. 220. Unrechtes Erbschaften ja. — R. 6. 375. 1. Es ist Ablegung der Reifeprüfung erforderlich. 2. Rein. — G. W. Steglitz. Ihre Mutter kann nicht gezwungen werden, zu Ihnen zu ziehen. Trotz Weigerung behält sie den Unterhaltungsanspruch Ihnen gegenüber, auch kann die Gemeinde Erhaltung der Armenunter-stützung verlangen. — D. R. 1. Wir raten, die Rahngebühren zu zahlen, es genügt, wenn der Rahngehalt ausgereicht hat. — G. (Ch) 100. Antrag an den Regierungspräsidenten, falls in Berlin wohnhaft, an den Polizeipräsidenten. Kosten 150 M. Bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen. — D. 42. Der Antrag kann erneuert werden. —

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, G 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Sonntag, den 3. August 1913,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
finden die

Wahlen von 22 Delegierten

zum außerordentlichen Verbandstag in Berlin
in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Restaurant, Ravenstr. 6.
- Schwedlers Restaurant, Ackerstr. 123.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
- Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42.
- Voigts Theater, Badstr. 58.
- Frankes Festsäle, Badstr. 10.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Boabit 47/49.
- Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26.
- Wiemers Festsäle, Ballowstr. 58.
- Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
- Fröhlichs Restaurant, Huskauer Str. 1.
- Nitschkes Restaurant, Reichenberger Str. 86.
- Eickes Restaurant, Schönleinstr. 6.
- Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
- Späths Restaurant, Georgenkirchstr. 65.
- Heckers Restaurant, Samariterstr. 11.
- Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
- Boeker, Weberstr. 17.
- Rott, Straßmannstr. 20.
- Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 40.
- „ Zibell, Elbestr. 8.
- „ Iden, Harzer Str. 88.
- „ Rückheim, Bergstr. 97.
- „ Kokegei, Reuterstr. 62.

- Schöneberg, Vereinshaus, Hauptstr. 5.
- Baumschulenweg, Boches Restaurant, Baumschulenstraße 67.
- Tempelhof, Wilhelmshof, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 44.
- Stralau-Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.
- Lichtenberg, Kurkowsky, Pfarrstr. 74.
- Steglitz, Albrechtshof, Albrechtstr. 1a.
- Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelmshofstraße 18.
- Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.
- Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
- Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251.
- Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.
- Reinickendorf, Glende, Schillingstraße, Ecke Auguste-Victoria-Allee.
- Spandau, Mudetzky, Bismarckstr. 8.
- Pankow, Rozycki, Kreuzstr. 3/4.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.

Wahlleiter ist der Kollege Wilhelm Biering, Linienstr. 83/85, 123/3 Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Lichterfelde. Freitag, den 1. August, abends 8 Uhr, in allen Bezirken Handzetteldistribution.

Reutlitz. Sonntag, den 3. August, Wanderung der Jugendsektion nach dem herrlichen Dubrowforst. Abfahrt I: Sonnabendabend 7.40 (Vorortbahnsteig). Fahrgehalt und Uebernachten 1,70 M. Abfahrt II: Sonntag früh 6.45 (Fernbahnsteig). Fahrgehalt 1,45 M.

Reutlitz. Die Bibliothek des Wahlvereins ist vom 1. August an wieder geöffnet. Der Katalog der Bibliothek erscheint Anfang September. Die Bibliothekskommission.

Hermisdorf-Waidmannslust. Sonntag, den 3. August, Tagesausflug nach der bei Hohen-Schöpping gelegenen alten Stolper Kiegelei. Badegelegenheit. Treffpunkt für Hermisdorf: Kaiserplatz, für Waidmannslust: am Bahnhof, pünktlich um 8 Uhr.

Berman. Die Zentralbibliothek ist vom 2. August bis 6. September geschlossen. Die noch ausgeliehenen Bücher müssen bis Sonnabend, den 2. August, zurückgegeben werden.

Berliner Nachrichten.

Der gestrichene Strich!

Am 15. Mai 1913, also am 5. Pfingstfeiertag Berliner Kalenderstils, nachmittags gegen 4 Uhr, fiel mir plötzlich ein, daß ich veräumt hatte, meinem Vetter zum zehnten Hochzeitstag — gratulieren. Dieses Versehen konnte nur mit einem Telegramm abgemacht werden. Ich kramte in meiner Schreibmappe, und es stellte sich heraus, daß ich wieder mal auf dem dafür zuständigen Postamt keine Depeschen-Blanquette auf Vorrat angetroffen hatte. Ich nahm ein gewöhnliches Briefblatt (22:14) und schrieb quer:

Silberstein Wilhelmstr. 8

Krojanke

Für 50 Pfennig Glückwünsche sendet

Georg

Dann rief ich Maxe, den sehr natürlichen Sohn unserer Portierfrau, 10 Jahre alt, Schüler der fünften Volksschulklasse, Flachkopf — beibeibe nicht etwa Flachkopf, lieber Sezer —. Im Gegenteil! Mit Spreewasser getauft!

Es entspann sich dieses Zwiegespräch:

Maxe! Weist Du, was 'ne Depesche ist?

Aber richtig!

Na also! Da — trag' mal die 'rum auf die Post. Hier hast Du fünf Froschen. So viel kost' sie, un' da noch 'n Froschen — den behältst Du für den Beech. Verstanden?

Ja! Danke ooch schein!

Maxe verstaunte zunächst den Botenlohn in irgendeinem Loch seines Gewandes. (Er behauptet, das wäre eine Taschel!) Dann nahm er die halbe Mark in die rechte, das Telegramm in die linke Hand und schob ab.

Maxe!!!

Als der Bengel eben die Türe schließen wollte, rief ich ihn zurück. Zum Glück war mir noch Angefallen, daß ja laut Musterformular unter die — Bestimmungsanstalt ein dicker Strich von 7 1/2 Zentimeter Länge gehört. Als lokaler Bürger beschloß ich sofort, die Linie meiner Subordination unter den Staatswillen zu ziehen und dem Vamten vom Dienst die Arbeit abzunehmen, deren er sich doch unterziehen mußte, wenn ich nicht strichelte.

Ich malte also, so daß es nun sauber und vorchriftsmäßig da stand:

Krojanke

Und jetzt konnte mein Glückwunsch den Bea alles Drahtes gehen!

Ich hatte ein gutes Werk vollbracht! Die hochwohlblöbliche Behörde war in der Lage, mit Hilfe meines Tintenbalkens auf den ersten Blick festzustellen, daß mein Telegramm nach K r o j a n k e bestimmt war und nicht etwa nach „Silberstein“, nach „50 Pfennig“, nach „Glückwünsche“ oder sonstwohin. — Zwanzig Minuten nach Maxens Verabschiedung:

Bum-bumm!

Herein!

An der Stubentüre stand Maxe und arinste übers ganze Gesicht. Nein, das ist zu wenig gesagt. Er arinste mit dem ganzen Körper.

Nanu, Junge, was ist denn los?

Also wat der Postfriebe is, der wollte mit Gewalt noch eenen Sechser for die Depesche ha'm.

Wieso denn, Maxe?

Na, wissen Se, von wejen den Strich!

Was???

Weil Se doch den Strich unter Krajanke geiebt ha'm!

Na — aber, Maxe! Das is doch Quatsch!

Det hab' id' n ja ooch jesaakt! Aber der Postfriebe meente zu mir: Wenn der Strich uff die Depeschen-Dinger ruffgedruckt is, denn is et en Strich, und denn kost' nischit. Aber wenn der Strich man bloß mit Tinte oder mit's Mei ruffjemacht wird, denn is det ten W o r t, un denn kost' s' n Sechser!

Tsss!

Ja! Woll!

Na, Maxe, dann hast Du wohl 'n Sechser für mich ausgelagt?

A, wo wer' id' denn?!

Na, was denn sonst?

Wissen Se, id' habe den Postfriebe jesaakt: denn soll er den ollen deemlichen Strich man wieder wechradieren oder austreichen!

Sol! Na, und?

Det jinge woll, hat er jesaakt, aber det jeht nich. Von wejen die Vorschriften. Un id' soll man noch 'n Sechser hinlejen.

Sieh mal an!

Ne, hob id' jesaakt, det dhu id' nich von mein Feld. Un id' hab' überhaupt keen Feld nich mehr bei mir, hab id' jesaakt. Bravo, Maxe!

Na, denn soll id' noch eenen Sechser holen jehn, sagt er. Ne, sag id, det wird der Herr, wo mir jesaakt hat, nich mochen. Der is selber Schreiber oder sowat.

Bravo, Maxe, Bravo!

Mit eenmal jeht den Friebe 'n Licht uff. Weecht de, sagt er, id' (als wie der Postfriebe, wissen Se) — id' derf an die Depesche nischit ändern. Aber Du, als wie id'c, kannst et ja macher! Bah mal uff, sagt er. Jeh 'mal da an den Dich 'ran un nehme 'ne Feder. Un denn streichst De den Strich

durch, jagt er, un ganz unten schreibst hin: Een' Strich gestrichen — un denn Dein' Namen!

Sahahaha!

Det hab id' denn ooch jemaacht, un denn wa't jut!

Famos, Maxe, famos! Sage 'mal, Junge, hier hast Du 'n Blatt Papier, Tinte, Feder — schreib mir doch 'mal auf, wie Du das geschrieben hast. Aber ganz genau wie auf der Post, Maxe!

Ja! Woll! Machen wir!

Was er schrieb:

Een schtrich, jestrichen. Maxe Nisch.

Ich war sehr zufrieden. Nachdem ich Maxe zur Anerkennung für tapferes Verhalten vor dem postalischen Feinde und zugleich als Bezahlung für das Autoarum noch einen Nidel verehrt hatte, der schleunigt zu dem ersten Groschen ins Loch wanderte, verabschiedete ich ihn.

Am 6. Juli las ich in der Zeitung, daß der Ueberhauf der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung um 5 892 000 Mark hinter dem Voranschlage zurückgeblieben ist. Daran sind die 5 Pfennige mit schuld, die dem heldenmütigen Maxe durchaus nicht abzuknöpfen waren!

Maxens Schulferien fingen gut an: Ich habe ihm drei Windbeutel mit Schlagfahne gesendet. Den Maxen hat er sich nicht verdorben, und seine Erwartungen sind nicht hinter dem Voranschlage zurückgeblieben! —

5 1/2 Millionen Mark Schullastensprüche der Vororte gegen Berlin. Die Berliner Finanzverwaltung hat jetzt, wie wir hören, eine Uebersicht über die Forderungen zusammengestellt, die von den Großberliner Vorortgemeinden gegen Berlin auf Zahlung von Schullasten erhoben worden sind und die sich auf den § 53 des Kommunalabgabengesetzes stützen. Danach beträgt die Gesamtsumme aller bisher angemeldeten Forderungen der Vororte nicht weniger als 5 540 697 M.

Hiervon entfällt der Löwenanteil auf die Stadt Reutlitz, die für die Jahre 1897—1912 insgesamt 3 180 000 M. Zuschuß von Berlin fordert. Bis zur höchsten Instanz, dem Oberverwaltungsgericht, ist davon nur die Forderung für das Jahr 1897 durchgeführt worden. Reutlitz verlangte 80 000 M., Berlin wurde verurteilt, 40 000 M. zu zahlen. Die übrigen Forderungen schweben zum Teil vor dem Bezirksauschuss, zum Teil hat sie das Oberverwaltungsgericht (am 1. April d. J.) zu näherer Prüfung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Für mehrere Jahre wurde der Anspruch Reutlitz von Bezirksauschuss zurückgewiesen. — Die zweithöchste Forderung hat Lichtenberg für die Jahre 1901—12 erhoben in Höhe von 1 133 282 M. Für das erste Jahr wurde der Anspruch Lichtenbergs zurückgewiesen. Für die übrigen Jahre schwebt das Verwaltungsstreitverfahren noch. An dritter Stelle steht Weihenau, das für die Jahre 1897—1907 Forderungen in Gesamthöhe von 633 180 M. angemeldet hat. Nur für das erste Jahr ist Berlin vom Oberverwaltungsgericht verurteilt worden, 26 020 M. zu zahlen; für die übrigen Jahre wurde Weihenau dank der sorgsamsten „Gegenrechnung“ der Stadt Berlin mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Dann folgt die ehemalige Landgemeinde Vorhagen-Rummelsburg mit 417 894 M. Hier wurde Berlin für das erste Jahr von den Schullasten freigestellt; infolge der geschickten Gegenrechnung Berlins zog dann Vorhagen die weiteren Forderungen zurück. Reinickendorf verlangt allein für das Jahr 1912 84 418 M. Brieg will sich für die Jahre 1900—06 mit 68 520 M. begnügen. Hier von hat Berlin nur für das erste Jahr 1420,51 M. gezahlt. Die übrigen Ansprüche hat Brieg dann nicht weiter verfolgt. Von den kleineren Gemeinden hat erst jüngst Französisch-Buchholz vom Bezirksauschuss 1800 M. zugesprochen erhalten. Das war allerdings, wie hervorgehoben sei, nur im Beschlußverfahren; das Verwaltungsstreitverfahren schließt sich jetzt erst an. Wehnlich liegt es bei den kleinen Gemeinden, deren Ansprüche zum Teil zurückgewiesen worden sind.

Die Berliner Finanzverwaltung hat jeden Fall eines Schulstundes, dessen Vater in dem betreffenden Vorort wohnt, aber in einer Berliner Fabrik arbeitet, genau nachgeprüft und ist dabei oft zu überraschenden Ergebnissen gekommen. So hat das Berliner Finanzbureau erst dieser Tage festgestellt, daß in der Stadt Lichtenberg, die für das Jahr 1911 dem Berliner Magistrat 1815 Kinder „in Rechnung stellte“, zahlreiche Arbeiter beschäftigt sind, die in Berlin wohnen und von denen hier 2510 Kinder, also weit mehr als Lichtenberg seinerseits in Rechnung stellt, die Berliner Schulen besuchen.

Der Schullastensreit zeigt von neuem die schlimmen Folgen der heutigen kommunalen Zerplitterung Groß-Berlins.

Eine Flucht aus dem Kinderkrankenhaus.

Wieder hat in einem Krankenhaus der Stadt Berlin der Mangel an Pflegepersonal und die daraus sich ergebende Unzulänglichkeit der Beaufsichtigung einem kranken Kinde einen Fluchtversuch ermöglicht. Eine im „Vorwärts“ veröffentlichte Mitteilung über einen Fall dieser Art, der im Krankenhaus am Friedrichshain vorgekommen war, führte damals zu einer Vermehrung des Nachtwachepersonals dieser Anstalt. Diefelbe Wirkung erwarten wir jetzt von der öffentlichen Besprechung eines neuen Falles, der aus dem Kinderkrankenhaus an der Reinickendorfer Straße bekannt wird. Eigentlich sollte aus solchen Fluchtversuchen kranker Kinder längst die Lehre gezogen worden sein, daß überall in den mit Kindern belegten Sälen sich eine weitgehende Vermehrung des Personals empfiehlt, die eine ausreichende Beaufsichtigung sichert. Es scheint aber, daß es immer wieder erst einer Wiederholung dieser skandalösen Vorkommnisse bedarf, bis in den einzelnen nach einander davon betroffenen Anstalten die Gefahr recht erkannt wird.

Auch im Kinderkrankenhaus ist der Fluchtversuch bei Nacht unternommen worden, wo das diensttunende Personal verringert war und die Nachtschwester die große Zahl der ihnen zur Beaufsichtigung zugewiesenen Kinder schwer überblicken konnten. In der Abteilung für ansiedelnde Krankheiten lag seit etwa zwei Wochen ein zehn-jähriger Knabe B., der mit Scharlach eingeliefert worden war und im Krankenhaus auch an Diphtheritis erkrankt sein soll. Eines Tages nach 11 Uhr, als die Nachtschwester in einen anderen Raum gegangen war, stand er aus seinem Bett auf, zog die Hufe eines anderen kranken Knaben an und sprang durch das offene Fenster des im Erdgeschoß liegenden Saales aus einer Höhe von etwa 2 Meter in den Garten hinaus. Er erhob sich unverletzt vom Rasen, lief nach dem Tor der das Anstaltsgrundstück gegen die Straße abgrenzenden Mauer, kletterte über die Eisentangen der Gittertür und gelangte ohne Sturz glücklich ins Freie. Er war aber bereits bemerkt worden, und eine mit dem Portier nacheilende Schwester erwiichte auf der Straße den Ausreißer, der im Laufen mehrmals hingefallen. Als er zurückgebracht wurde, brach die diensttunende Nachtschwester vor Aufregung in Tränen aus.

Wir nehmen an, daß die Schuld an dem Fluchtversuch des kranken Kindes nicht sie trifft, die in jener Nacht mehrere Räume

mit zusammen 45 Kindern gleichzeitig zu beaufsichtigen hatte. Daß die Verantwortung auf diejenigen fällt, die eine derartige Ueberbürdung des Personals bisher geduldet haben, scheint nicht an leitender Stelle nicht einzulehen. Den Eltern ist wenigstens im Direktionsbureau, als sie sich beschwerten, der sonderbare Bescheid gegeben worden, die Sache erkläre sich aus der schlechten Erziehung des Jungen, seine Flucht sei geradezu eine Unmündigkeit. Dieser Versuch, die Schuld von der Anstalt abzuwälzen und sie in beleidigenden Worten den Eltern und ihrem Jungen aufzubürden, ist denn doch ein starkes Stück und große Ungehörigkeit. Der Herr, mit dem sie verhandelten, soll sich überhaupt sehr aufgeregt und die Eltern angefahren haben. Er war ihnen als Direktor Prof. Wagnitsky bezeichnet worden, aber die von seinem Benehmen gegebene Schilderung entspricht so wenig dem sonstigen Auftreten dieses Mannes, daß wir eine Personenverwechslung vermuten müssen. Die Eltern erklärten dem mit ihnen verhandelnden Herrn, daß sie ihr Kind keine Stunde mehr in einer Anstalt wissen möchten, in der es solchen Gefahren für Gesundheit und Leben ausgesetzt sei. Er wehrte sich lebhaft gegen ihre Forderung, das noch nicht genesene Kind sofort zu entlassen, aber sie beharrten dabei und setzten ihren Willen durch.

Unseres Erachtens kann hiermit die Angelegenheit nicht erledigt sein. Daß im Direktionsbureau der Fluchtversuch eines kranken Kindes nicht aus Unzulänglichkeit der Beaufsichtigung im Krankenhaus, sondern kühn aus Mängeln der Erziehung in der Familie erklärt worden ist, läßt darauf schließen, daß an leitender Stelle die rechte Einsicht in die Ursachen dieses Vorkommnisses fehlt. Wir erwarten, daß die Krankenhausdeputation eingreift und schleunigt das Nötige tut, um eine Wiederholung solcher Fluchtversuche zu verhüten.

Aus Grabowsee, der Heilstätte vom Roten Kreuz, wird uns geschrieben: Den hiesigen Patienten war bisher gestattet, zwischen den Mahlzeiten zu kurzen Spaziergängen den Anstaltsraum zu verlassen. Hier von wurde recht reger Gebrauch gemacht und der Großschiffahrtskanal Berlin-Stettin sowie die etwa 20 Minuten entfernt liegende Halter Schleuse besichtigt. Vor ein paar Wochen wurde nun der Vorfall des Sonntags geschlossen. Die Anstaltsleitung behauptet, es würde Sonntags in den umliegenden Streifen jubel gezeugt und die Kur dadurch illusorisch gemacht. Auch sollen in der Umgebung durch die Patienten Waldbrände entzündet sein. Von all diesen Vorkommnissen ist den älteren Patienten nicht das geringste bekannt. Es liegt nach unserer Ansicht auch hier wie bei den Leubenkolonien vom Roten Kreuz eine Verfrömmelungsmanie zugrunde. Denn am ersten Sonntag nach der Schließung ging die Schwester von einem Patienten zum andern und frag, wer zur Kirche gehe. Wo die Frage bejaht wurde, erfolgte die Antwort: „Dann brauchen Sie nicht zum Dischen.“ Man hofft anscheinend die in der Anstalt befindliche Kirche mehr zu füllen, denn es gibt leider eine große Zahl, die einer erfrischenden Dusche den Kirchgang vorgeziehen.

Gausfuchungen bei Berliner Rechtsanwälten.

Seit einiger Zeit schweben gegen eine Reihe von Rechtsanwälten in Charlottenburg und Schöneberg Untersuchungen, in denen den Anwälten zum Vorwurf gemacht wird, Examenkandidaten zum Referendar- und Assessorexamen gegen Entgelt die schriftlichen Arbeiten angefertigt oder ihnen bei der Anfertigung Hilfe geleistet zu haben. Die Anwälte sollen sich für die Anfertigung der Arbeiten in einzelnen Fällen ansehnlich hohe Honorare haben zahlen lassen. Gestern sind auf Veranlassung der Oberstaatsanwaltschaft die die Untersuchung führt, von der Charlottenburger und der Schöneberger Kriminalpolizei bei den beschuldigten Rechtsanwälten Gausfuchungen vorgenommen worden, die zum Teil schwer belastendes Material zutage gefördert haben. Es handelt sich fast ausschließlich um junge Rechtsanwälte, die sich zum Teil aus dieser Tätigkeit ernähren haben sollen. Die Untersuchung ist auch gegen die Kandidaten, die sich die Arbeiten haben anfertigen lassen, eingeleitet worden. Zur Kenntnis der Behörden soll die Affäre dadurch gelangt sein, daß ein Herr, der sich damit befaßte, den Kandidaten Anwälte nachzuweisen, die sich zur Anfertigung der Arbeiten verpflichtet haben, gegen einen Anwalt Klage auf Zahlung der ihm versprochenen Provision anstrengen mußte.

Der Nadelverschluss.

Ein „Schlosser“ Bruno Müller ist gestern wieder der Kriminalpolizei in die Hände gefallen, nachdem es ihm vor 14 Tagen gelungen war, aus dem Gefängnis zu fliehen, wo er eine mehrjährige Strafe zu verbüßen hatte, entsprungen war. Eine „Spezialität“ des Ein- und Ausbrechers, der schon mehrmals mit Justizhaus bestraft ist, ist es, nach seiner Festnahme eine Nadel, allerdings eine Sicherheitsnadel, zu verschlucken. Damit erreicht er, daß er nicht in das Untersuchungsgefängnis abgeführt, sondern als Polizeigefangener in ein Krankenhaus gebracht wird. Nicht weniger als siebenmal gelang es dem Müller, sowohl außerhalb wie auch in Berlin, aus diesen zu entkommen. Zuletzt entwich er mehrermals hintereinander aus der Charité. Nachdem er sich länger als ein Jahr lang der Freiheit erfreut hatte, fiel er dann vor einem Vierteljahr der hiesigen Kriminalpolizei wieder in die Hände. Es ergab sich hierbei, daß er sich zuletzt nur noch unter dem Namen Otto Weives umhergetrieben, Einbrüche ausgeführt und auch Strafen verbüßt hatte. Er hatte diesen weniger „belasteten“ Namen angenommen, um bei der Aburteilung gnädiger wegzukommen. Die Papiere auf diesen Namen hatte er dem Eigentümer gestohlen. Nach dieser für ihn unangenehmen Entdeckung verschluckte er, ehe man ihn hindern konnte, wieder eine Nadel. Weil man aber seine Absicht kannte, führte man ihn doch nach dem Untersuchungsgefängnis und ließ ihn im Lazarett behandeln. Später mußte er jedoch zur weiteren Behandlung nach der Charité gebracht werden, wo es ihm, nachdem er eine schwere Operation durchgemacht hatte, wieder gelang, zu entkommen. Endlich gelang es nun der Polizei zu Liegnitz, wo er auch schon einmal entflohen war, ihn zu fassen. Er wurde dort zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. — Vor vierzehn Tagen gelang es ihm nun, in seiner Zelle eine Gitterstange zu entfernen und durch die Öffnung zu entfliehen. Weil man damit rechnete, daß der „Nadelverschluss“ sich nach Berlin begeben habe, sorgten Beamte, die ihn von früher her noch genau kennen, überall nach. Gestern gelang ihnen die Festnahme. Auf dem Polizeipräsidium wurde seine ganze Kleidung und auch sein Körper gründlich durchsucht, bis er wieder eine Nadel bei sich habe und dann erst in die Isolierzelle gebracht. Eine Nadel wurde nicht gefunden. Gleich nach der Einlieferung klagte der gefährliche Vursche jedoch wieder über heftige Schmerzen und sagte gleichzeitig, daß er in der Zelle eine Nadel verschluckt habe. Wo er diese aber verborgen gehabt haben sollte, ist ein Rätsel. Eine vorläufige ärztliche Untersuchung ergab nicht mit Bestimmtheit, ob er tatsächlich die Nadel verschluckt hat oder nicht.

Wegen Halschmüngererei wurden gestern zwei Brüder Gebhard verhaftet, die falsche Fünfmarkstücke angefertigt und in den Handel gebracht hatten.

Auf der Fahrt nach Berlin tödlich verunglückt ist dieser Tage der 59jährige Schiffseigner Timm aus Jeddin. Er, der sich auf der Fahrt nach Berlin befand, passierte Dienstag früh um 7 Uhr die Magdalenenschleuse am Finowkanal. Nachdem die Fiske durchgeschleust war, verlor er durch Staken das Fahrgeschäft etwas schneller vor-

wärts zu bringen. Dabei stieß der alte Mann plötzlich aus und stürzte über Bord. Er fiel auf den Uferstrand und schlug mit großer Wucht mit dem Kopf auf einen großen Stein. Der Schiffer erlitt einen Schädelbruch und verstarb, ehe noch ein hinzugerufener Arzt zur Stelle war.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern nachmittags im Osten Berlins zugetragen. Gegen 1/3 Uhr verfuhr ein von der Ecke der Bogdangener und Warschauer Straße der 80-jährige Postkassierer Richard Lenz kurz vor einem in der Richtung nach Kummelsburg fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 26 das Gleis zu überfahren. Obwohl der Fahrer des Wagens nach Kräften bremste, wurde Lenz doch umgehauen und geriet mit beiden Beinen unter den Schutranneben. Durch Anstoßen des Wagens wurde der Verunglückte in drei Minuten befreit und nach der Unfallstation in der Warschauer Straße gebracht, wo bei dem Postkassierer Bruch beider Unterschenkel festgestellt wurde. Nachdem dem Verunglückten Notverbände angelegt worden waren, wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht.

Verloren. Am Sonnabend, den 26., abends gegen 9 Uhr, ist auf dem Wege Reander-, Ecke Köpenickerstraße und Silesischer Bahnhof, ein dem Turnverein „Fichte“ gehöriger Fußball verloren gegangen. Es wird gebeten, Mitteilungen an Adolf Stande, SW 29, Wittenwalderstr. 12, gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Mit dem Jenaer Parteitag befaßte sich letzten Dienstag die Versammlung des Wahlvereins. Der Vorsitzende, Genosse Käter, ging in längeren Ausführungen auf die Tagesordnung des Parteitages ein. Er vermißt besonders die früher fast ständig behandelte, bei den jetzigen Strömungen notwendige Frage der Parteitalität als Beratungsgegenstand. Auch die preussische Wahlrechtsfrage müßte die Tagesordnung des deutschen Parteitages aufweisen, obgleich sie mehr Angelegenheit der preussischen Organisation sei. Beim Bericht der Reichstagsfraktion werde im Hinblick auf die Debattefrage ein bester gegenständlicher Meinungsaustausch zu erwarten sein. Nach Erörterung der übrigen Punkte wurden folgende Anträge zur Debatte gestellt: Auf die Tagesordnung des Jenaer Parteitages sind zu setzen: „Das Waffenstreitproblem“, „Die Agrarfrage“, „Die Geburtenbeschränkung als politisches Kampfmittel“, weiter wurde noch die Aufhebung des Beschlusses betr. Ausschluß der Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes“ beantragt.

Genosse Hoffmann beantragte, daß die Taktik der Partei nicht Verhandlungsgegenstand bilde und beurteilte die Haltung der Fraktion bei der Debattefrage. — Genosse Thielicke erhob den Vorwurf, daß die Beratung der Debattefrage nicht der der Präsidialvorlage vorangegangen ist. Als die wichtigste Angelegenheit beim Vorstandsbereich (der zeitlicher zu veröffentlichen wäre) sei der Rückgang der Organisationen und die geringe Beteiligung der Mitglieder am Parteileben zu bezeichnen. Das Waffenstreitproblem und somit das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft müsse erörtert werden. Aus der Masse heraus jedoch sei die neuerliche Bewegung nicht gekommen; diese hat ein mehr nüchternes Urteil darüber. Die Frage des Geburtenrückgangs werde besser in den Organisationen besprochen. Die Aufhebung des Rärnderger Beschlusses bekämpfte Redner und geht auf die Gründungsgefühle des Diebstahlischen Verbandes ein. Auch Genosse Schäfer hält neben dem Fraktionsbericht und der Steuerfrage das Waffenstreitproblem für die Gegenstände, wo die Kritik ansetzen werde. Der Ruf nach dem politischen Streik erscholl nicht allgemein, sondern mehr von hoher Warte. Nicht künstliches Aufkommen, sondern die ökonomische Entwicklung würde den Gedanken des Massenstreiks nähren. Mehr private Sache sei die Frage des Geburtenrückgangs. Im Gegensatz hierzu vertreten die Genossen Worn und Widert diesen Antrag, der dann auch von der Versammlung angenommen wurde. Auch für die Behandlung des Waffenstreitproblems entscheidet sich die Versammlung, während die übrigen Anträge Ablehnung fanden. — Als Kandidaten für die Parteitage-Delegation wurden Genossin Lozer und Genosse Thielicke vorgeschlagen.

Zur Verbandsgeneralversammlung am 8. August wurden die Vertreter der letzten Versammlung wieder delegiert. Die am 24. August stattfindende Kreisgeneralversammlung sollen die Genossen Knuth, Neubert, Thielicke, Wendt und Frau Worn besuchen.

Stralau.

Der Gesangverein „Vorwärts-Frohman“ hält sein diesjähriges Waldfest am Sonntag, den 3. August, in Karlsdorf im Eichenwald nahe der Rembahn, gegenüber dem Krankenhaus, ab. Da der Verein bei jeder Veranstaltung des Wahlvereins zur Verschönerung beiträgt, werden die Genossen ersucht, sich auch dort zu beteiligen.

Weißensee.

Die Errichtung einer Gemeindefabrik für zweite Hypotheken war der einzige Punkt der Tagesordnung der letzten Gemeindevertreterversammlung. Wie der Bürgermeister als Vortragender und Begründer des vorliegenden Ortstatuts sagte, ist man in den einzelnen Kreisen der Regierung und des Ministeriums zu der Einsicht gekommen, die Hauseigentümer aus den Sorgen der Verschaffung der zweiten Hypotheken zu befreien. Deshalb haben bereits einige Gemeinden solche Anstalten errichtet, andere sind dabei. Das vorliegende Ortstatut schließt sich einem bereits genehmigten Ortstatut an, jede Forderung der einzelnen Bestimmungen würde die Genehmigung erschweren und auf längere Zeit hinausschieben. Die Debatte war demnach eine sehr lebhaft, einzelne Herren betrachteten das ganze Ortstatut als unannehmbar, weil einzelne Paragraphen gar nicht durchführbar sind, so sollen z. B. die ersten Hypotheken unfundbar und amortisierbar sein. Solche Hypotheken gibt es gar nicht zu beschaffen. Es ist zu erwägen, ob man nicht auch zugleich eine Anstalt für erste Hypotheken errichtet, dann hätte das Ganze einen Sinn. Drei Stunden debattierten man, geändert wurde aber nicht ein einziges Wort. Für die Errichtung dieser Gemeindefabrik wurde weiter beschlossen, eine 5 Millionen-Anleihe aufzunehmen, die je nach Bedarf abgehoben werden. Auch wurde zugleich ein Vorstand gewählt, diesem gehört von unserer Fraktion der Genosse Freny an. Die Wahl des Herrn Köpfermeisters Jung passte den Mitgliedern der alten Fraktion nicht, weil diese nicht mehr wissen, ob Herr Jung ihnen noch ganz oder bloß halb angehört. Herr Leichter begte ferner die Beschäftigung, daß wenn die Fraktionen nicht paritätisch vertreten seien, von dem Vorstand nach Günstig entschieden werden wird. Als Beweis zog er seine Grundsteuerveranlagung heran, was natürlich den anwesenden Steuerzahlermitgliedern wiederum Veranlassung gab, sich hiergegen zu verhalten.

Die Vorlage kommt lediglich den Haus- und Grundbesitzern zugute und nicht der Allgemeinheit. Vorlagen, die wirklich einem größeren Teile der Bevölkerung zugute kommen würden, schweben noch in der Luft und werden anscheinend mit Absicht zurückgehalten, das ist die Arbeitslosenversicherung.

Treptow-Baumschulentweg.

Die Gemeindevertreterversammlung vom 29. Juli erkreute sich zwar keiner besonders guten Beteiligung, aber um so größerer Einmütigkeit in den Beschlüssen, was naturgemäß ein seltenes Ereignis ist. Die meisten Tagesordnungspunkte waren aber auch rein formaler Natur: Vermietungen, Reparaturkosten, Ausschluß der Gemeindefabrik, Wochensfrage an die zentrale Heizungsanlage usw. Von den Erweiterungsplänen zum neuen Friedhof, die nach dem Vorschlag des Gemeindefabrikanten genehmigt wurden, dürfte interessieren, daß die Wasserversorgung durch Taugbrunnen nunmehr auf den ganzen Friedhof ausgedehnt werden soll. Für Koffeln wird auch der Anschluß an die Wasserleitung erteilt. Dann sollen auf dem Friedhof Bänke und einige neue Wasserfontänen aufgestellt werden. Die hintere Einfriedigung wird bis auf 80 Meter an die Kanne Chauße vorgerückt und auf dem dadurch gewonnenen Terrain der ursprünglich für später vorgesehene Umenhain schon jetzt angelegt.

Diese Neuerungen erfordern 12.500 M. Auf eine Anfrage aus der Vertretung wurde mitgeteilt, daß der der Gemeinde gehörige Platz auf den Reibbergen hinter dem Friedhof vorläufig in seinem jetzigen Zustande als Budeplatz für die Kinder bleiben soll, dagegen ist als Spielwiese der Platz vor der Jümeschen Gärtnerei, links von der Reibholstraße, freigegeben.

Schließlich fand noch der Bebauungsplan für das Reußlin-Treptower Grenzgebiet die erforderliche Zustimmung der Gemeindevertretung. Das fragliche Terrain erstreckt sich zwischen der Verbindungsbahn Reußlin-Baumschulentweg, dem Heidelampsweg und der ehemaligen Kanne Chauße, die jetzt in Reußlin „Königliche Allee“, in Treptow „Forsthaus-Allee“ heißt. Die Grenze zwischen den beiden Gemeinden bildet der Heidelampsweg. Auf Reußliner Gebiet befindet sich das ganze Land im Eigentum der Stadt. Diese will darauf ein besseres Wohnviertel schaffen, indem sie eine großzügige Bebauung durchführt. Im Zuge der Kaiser-Friedrich-Straße soll eine 40 Meter breite Straße vom künftigen Bahnhof „Königliche Heide“ nach Baumschulentweg führen und dort in einer Breite von 24 Metern ihren Ausgang in einer Richtung nach der Kreuzung der Baumschulentweg und der Forsthaus-Allee finden. Neben vielen kleineren Freiflächen ist dicht hinter dem Bahnhof „Königliche Heide“ ein großer Park mit Planwirtschaft und gedeckten Wandelhallen vorgesehen. Für die anscheinend recht fromme Reußliner Bevölkerung ist der Platz für eine Kirche vorgesehen, außerdem auf dem Gebiet beider Gemeinden Raum für je eine Schule. In Baumschulentweg ist diese für die Reibtrahen der Forsthaus-Allee projektiert. Nachdem sich nunmehr beide Gemeinden über den Bebauungsplan geeinigt haben, ist wohl hoffentlich auch die Erschließung dieses riesigen Gebietes in absehbarer Zeit zu erwarten.

Friedrichshagen.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurden zunächst 284 M. zur Herstellung der drei Tennisplätze nachbewilligt, deren Herstellungskosten auf 2700 M. veranschlagt waren. Von dem Wohltätigkeitskonzert des gemischten Chors „Konordia“ wurde dem Fonds für die Ferienkolonien der Ueberläufer in Höhe von 271,80 M. überwiesen. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, den Kirchplatz zu asphaltieren, da durch die Asphaltierung der Kirchstraße eine Umplanung des Kirchplatzes notwendig wäre, wurde dem Gemeindevorstande zurückgegeben, weil die Kirchengemeinde jegliche Beihilfe zu den Kosten verweigert. Der Kirchplatz wird somit nur umgepflastert. Unter Mitteilungen gab der Bürgermeister bekannt, daß am 16. August die Wanderversammlung des Vereins der Vororte hier stattfindet.

Jugendveranstaltungen.

Reußlin. Sonntag, den 3. August: Familienwanderung mit Baberak. Abfahrt Bahnhof Reußlin 6.55 Uhr bis Grunewald. Jahrgeld inkl. einmal Ueberlegen 75 Pf. Jeden Mittwoch und Sonnabend von 7 bis 9 1/2 Uhr finden auf dem hiesigen Spiel- und Sportplatz an der Gehwegstraße untere Spiele statt.

Arbeiterjugend Wilmersdorf und Umgegend. Sonntag, den 3. August, findet ein Ausflug nach Wilmersdorf, Restaurant „Zum alten Freund“ statt. Die Teilnehmer treffen sich um 7 Uhr morgens bei Seltz, Brandenburgische Str. 69. Für Nachzügler Treffpunkt mittags in Wilmersdorf, Ueberläufer und Pevolant umbringen.

Spiel und Sport.

Schwimmer.

Unter polizeilicher Ueberwachung

Am Freitag, den 25. Juli, in Reinickendorf eine öffentliche Schwimmerversammlung vom Arbeiter-Schwimmerverein Berlin statt mit der Tagesordnung: Die gesundheitlichen Vorteile des Badens und Schwimmens. Schwimmgenosse Lade wies in seinem einleitenden Referat darauf hin, daß in der preussischen Freiheit zwei Gendarmen notwendig sind, um eine Aussprache von Arbeitern über den Schwimmsport zu überwachen. Während man den bürgerlichen Vereinen Stabions baut, mit Millionen subventioniert und sie in jeder Hinsicht behütet, sucht man die Arbeiter-Sportvereine durch Stellung unter Polizeiaufsicht das zweierlei Recht harzuzumachen. So ist man höheren Orts nach Kräften bemüht, unsere Organisation zu unterdrücken zwecks Gewinnung neuer Mitglieder. Redner betonte, daß die Arbeiter, welche sich in dumpfen Fabriken und Werkstätten abrackern, unter gesundheitswidrigen Verhältnissen um ihren Lebensunterhalt ringen müßten, alle Ursache hätten, einem Sportverein, der zur Kräftigung und Erholung des Körpers diene, beizutreten. Da sei es besonders das Baden und Schwimmen, was von ärztlichen Autoritäten zur Stärkung, Abhärtung und Gesunderhaltung des gesamten Organismus empfohlen werde. In der Diskussion wurde über das zweierlei Recht in dem Staate der vollendeten Rechtsgarantien Klage geführt. Statt daß Staat und Behörden das gesundheitliche Schwimmen fördern, bestrafe man Badende, die sich der lässlichen Wasserflut an nicht genehmigter Stelle anvertrauen. Statt dort Schilder zu errichten, wo das Baden mit Lebensgefahr verbunden ist, spekuliere die Staatsgewalt eifrig, wo sie die im Wasser Erholung Suchenden mit einem Strafmandat beglücken kann. Die Versammlung schloß mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, dem Arbeiter-Schwimmerverein, der dem Arbeiter-Schwimmerbund angeschlossen ist, beizutreten.

Der Strausberger Schwimmklub „Welle“ hielt am vergangenen Sonntag das herrliche Bad bei einem Schwimmfest im Strausberger unter Mitwirkung des Schwimmvereins „Vorwärts“, Berlin 1897, statt. Die Berliner waren mit circa 140 Schwimmern, Schwimmern und Gästen herbeigekommen, um den jungen Verein nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Partie durch das Ammal und darauf das Schwimmen waren so gut gelungen, daß man bald zu der Ueberzeugung kam, im nächsten Jahre, wenn es gilt, die Strausberger nochmals zu unterstützen, daß der „Welle“-Klub nicht veräußert wird, dies mit noch stärkeren Kräfte zu tun. Die Konkurrenz, die viel unter dem furchtbaren Sturm zu leiden hatten, zeigten folgende Resultate: Schwimmklub „Welle“, 1. Jugendbrennschwimmen. 50 Meter. B. Gerde, 58", Sel. 2. Handüberhandschwimmen. 50 Meter. A. Fürt, 55", Sel. 3. Juniordrillschwimmen. 50 Meter. D. Dingel, 59", Sel. 4. Jugendbrennschwimmen. 50 Meter. D. Fürt, 58", Sel. 5. Damenbrennschwimmen. 50 Meter. Hohenberg, 1 Min. 38", Sel. 6. Alle Herrenschwimmen. 50 Meter. B. Wolf, 1 Min. 6", Sel. Am Wasserballspiel siegte die Mannschaft mit Kappe gegen ohne Kappe mit 2:1. — Aus dem „Vorwärts“-Konkurrenzen entnehmen wir folgende Resultate: 1. Wasserballspiel. Barnabstraße gegen Oberberger Straße mit 1:0. 2. Jugendbrennschwimmen. 100 Meter. R. Hensch, 1 Min. 39 Sel. 3. Jugendbrennschwimmen. 50 Meter. 2. Jahr, 50 Sel. 4. Damenbrennschwimmen. 50 Meter. H. Kraft, 1 Min. 1 Sel. 5. Jugendbrennschwimmen. 100 Meter. O. Knapp, 1 Min. 30 Sel. 6. Handbrennschwimmen. 100 Meter. R. Hensch, 1 Min. 37 Sel. 7. kurze Strecke. 50 Meter. A. Ker, 38 Sel. 8. Kürzlingen. B. Rejner, 14", Punkte. 9. Seniorschwimmen. 300 Meter. A. Ker, 4 Min. 58 Sel. 10. Treibschwimmen. A. Ker, vom „Vorwärts“ mit 50 Sel. Außerdem wurde ein Felgen vom „Vorwärts“ angeschafft, welcher beim Publikum guten Anklang fand.

Radfahrer.

Arbeiter-Radschreiberverbund „Solidarität“ (Trübsgrube Berlin). Touren zum Sonntag, den 3. August. 1. Abt.: 5 Uhr Reinickendorf. 1 Uhr Wilmersdorf (Alter Freund). Start: Wilsonstr. 58. — 2. Abt.: 5 und 9 Uhr Berlin (Seefeld), Badetour. Start: Fontanepromenade 18. — 3. Abt.: 6 Uhr Köpenicker (Badetour). 1 Uhr Köpenicker (Villa Stahl). Start: Kautzer Weg 12. — 4. Abt.: Am 2. 12 Uhr Reichtour nach Wend. Start: Kautzer Weg 12. — 5. Abt.: Am 2. 12 Uhr Reichtour nach Wend. Start: Kautzer Weg 12. — 6. Abt.: Am 2. 12 Uhr Reichtour nach Wend. Start: Kautzer Weg 12. — 7. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 8. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 9. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 10. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 11. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 12. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 13. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 14. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 15. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 16. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 17. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 18. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 19. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 20. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 21. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 22. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 23. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 24. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 25. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 26. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 27. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 28. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 29. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 30. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 31. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 32. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 33. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 34. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 35. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 36. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 37. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 38. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 39. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 40. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 41. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 42. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 43. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 44. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 45. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 46. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 47. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 48. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 49. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 50. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 51. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 52. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 53. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 54. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 55. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 56. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 57. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 58. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 59. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 60. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 61. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 62. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 63. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 64. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 65. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 66. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 67. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 68. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 69. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 70. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 71. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 72. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 73. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 74. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 75. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 76. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 77. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 78. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 79. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 80. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 81. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 82. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 83. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 84. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 85. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 86. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 87. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 88. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 89. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 90. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 91. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 92. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 93. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 94. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 95. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 96. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 97. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 98. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 99. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 100. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 101. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 102. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 103. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 104. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 105. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 106. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 107. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 108. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 109. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 110. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 111. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 112. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 113. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 114. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 115. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 116. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 117. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 118. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 119. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 120. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 121. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 122. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 123. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 124. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 125. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 126. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 127. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 128. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 129. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 130. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 131. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 132. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 133. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 134. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 135. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 136. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 137. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 138. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 139. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 140. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 141. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 142. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 143. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 144. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 145. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 146. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 147. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 148. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 149. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 150. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 151. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 152. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 153. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 154. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 155. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 156. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 157. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 158. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 159. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 160. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 161. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 162. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 163. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 164. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 165. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 166. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 167. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 168. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 169. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 170. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 171. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 172. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 173. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 174. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 175. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 176. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 177. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 178. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 179. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 180. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 181. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 182. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 183. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 184. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 185. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 186. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 187. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 188. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 189. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 190. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 191. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 192. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 193. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 194. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 195. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 196. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 197. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 198. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 199. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 200. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 201. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 202. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 203. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 204. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 205. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 206. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 207. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 208. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 209. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 210. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 211. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 212. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 213. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 214. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 215. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 216. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 217. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 218. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 219. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 220. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 221. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 222. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 223. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 224. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 225. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 226. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 227. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 228. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 229. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 230. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 231. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 232. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 233. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 234. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 235. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 236. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 237. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 238. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 239. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 240. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 241. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 242. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 243. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 244. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 245. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 246. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 247. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 248. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 249. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 250. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 251. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 252. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 253. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 254. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 255. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 256. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 257. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 258. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 259. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 260. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 261. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 262. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 263. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 264. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 265. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 266. Abt.: 6 Uhr Sengitz (Badetour). Start: Oberberger Straße 28. — 267. Abt.: 6 Uhr S